

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Pannschuh u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion: Er. Mühlstraße 8, Fernsprecher 881. Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 2 Pf. In der Expedition und bei den Buchhändlern vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Einzelheft 2 Pf. Sonntags- und Feiertagshefte 5 Pf. — Postgebühren: die sechsgeheftene Vierteljahrszeitung 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 276.

Nr. 203.

Magdeburg, Donnerstag den 31. August 1905.

16. Jahrgang.

Sedan in der Schule.

Der Sedanrummel wird wieder lebendig. Die deutschen Sieger haben sich in den fünfundsiebzig Jahren seit Siebzig noch nicht heißer genug gebrüllt. Und die Jugend hat die nationalen und christlichen Qualitäten des Mord- und Gurratriotismus noch nicht genügend begreifen und würdigen gelernt. Was den „heidnischen gelben Affen“ Japans der Lack echt menschlichen Empfindens zu verschmähen gebot — die geräuschvolle, selbstgefällige, rühmrednerische Kundgebung zur Verherrlichung blutiger, mit ungezählten Menschenopfern erkaufter Siege — dem „christlichen Kulturvolke“ der Deutschen, das nach Bülow „in der Welt voran“ marschiert, ist sie ein nationales Bedürfnis geworden. Daher soll die Sedanfeier in den Schulen, die in den letzten Jahren erfreulicher Weise mehr und mehr ins Hintertreffen geraten war, wieder zu Ansehen gebracht werden. Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Preußen hat angeordnet, daß in diesem Jahre am 2. September der Schulunterricht wie früher wieder ausfallen und durch einen feierlichen Aktus ersetzt werden soll. Auch aus andern Bundesstaaten wird berichtet, daß verfügt worden sei, die Sedanfeier wieder in der altbekannten Weise zu begehen.

In den Händen der kapitalistischen Gesellschaft dient die Volksschule der Aufgabe, das Volk zum Glauben an die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Autoritäten zu erziehen, zu einem Glauben, der Demut, Bescheidenheit, Gehorsam und Knechtsinn als erwünschte Früchte zeitigt. Je höher das Postament ist, auf dem die Autoritäten stehen, und je blenden-der die Glorie, in der sie erstrahlen, desto mächtiger und ohnmächtiger lernt der Mensch sich fühlen, desto geringer wird sein Vertrauen zum eignen Werte, desto geeigneter und tauglicher erweist er sich als Objekt der Knechtung und Ausbeutung. Die Bedung und Befestigung des Glaubens an die himmlischen Autoritäten ist Sache des Religionsunterrichts, in der Erziehung der Jugend zur Verehrung und Würdigung irdischer Autoritäten steht der Geschichtsunterricht unter allen Lehrfächern der Schule obenan.

Der Geschichtsunterricht — als ob das Sammelstadium von Regentennamen, Jahreszahlen, Schlachtentagen und Anekdoten aller Art, das man den Kindern zu bieten magt, auf diese Bezeichnung Anspruch hätte! Man erschließt in unsern Schulen keinen Einblick in eine Welt- und Kulturgeschichte, die zeigt, daß alles Geschehene das Produkt einer durch wirtschaftliche Notwendigkeiten bedingten Entwicklung ist. Man schöpft aus ihr nicht die Fülle der Erkenntnis, die die Solidarität der menschlichen Interessen zum Bewußtsein bringt. Man führt nicht den suchenden Geist der Jugend zum Erfassen und Verstehen der Kräfte, die das Leben der Völker wie der Mensch, bewegen und beherrschen. Im Gegenteil, man lenkt den Blick ausschließlich hinweg von den charakteristischen Momenten des historischen Werden und Gestaltens; man färbt Tatsachen und Zustände mit dem Anstrich nationaler, konfessioneller oder politischer Tendenzen; ja man schreckt selbst nicht vor offenkundigen Fälschungen der Geschichte zurück. Vor allem wird mit Hartnäckigkeit an der Lüge festgehalten, daß die ganze Weltgeschichte sich um die beiden Angelpunkte Könige und Kriege drehe. Während die Geschichte klar beweist, daß mit der steigenden Bildung, mit der Verfeinerung der Sitten, mit dem allgemeiner werdenden Bewußtsein vom gleichen Recht aller und von der Freiheit, die jedem Menschen und jedem Volke zukommt, die Neigung zum Kriege schwindet, Eroberungen und Völkerhändel verachtet werden, Selbsterhaltung nur im Kampfe für Recht und Freiheit erworben wird, lehrt man in unsern Schulen, daß Könige und Diplomaten die Wohltäter der Menschheit seien, daß fürstliche Guld und landesväterliche Güte den Völkern die Segnungen der Kultur und Zivilisation geschenkt habe, daß der kriegerische Massenmord zu den großen Erziehungs-werken gehöre, die am Menschengeschlecht vollbracht werden und vollbracht werden müssen. So wird unter dem Deckmantel der Geschichte der Geist der Jugend für die Interessen und Zwecke der Gewalthaber und herrschenden Klassen gedrückt.

Aus diesem Geiste der Unwahrheit, der Fälschung, der tendenziösen Geschichtsklitterung heraus sind die Sedanfeiern unserer Schulen entstanden. Ihr Daseinszweck ist nicht bloß der der systematischen Täuschung und Zerefführung; es soll durch sie auch ein blind begeisterter chauvinistischer Patriotismus geweckt und genährt werden. Den „Feind“ kräftig hassen zu lehren, damit die „Liebe zum Vaterlande“ sich um so überchwenglicher und kritischer ent-

falte — das ist die Parole der Sedanfest-Arrangeure in unsern Schulen. So pflegen denn die Sedanfeiern, zu denen unsere Schuljugend kommandiert wird, durchgängig auf den Ton gestimmt zu sein, den man aus Kriegervereinstoasten und Kontrollversammlungsansprachen gewöhnt ist. Die Franzosen von 1870-71 marschieren als „fränkische Schergen“, „welche Banditen“, „gallische Bösewichter“ und „Schelmfranzosen“ auf, Paris ist der „Sündenpfuhl“, das „Nabel an der Seine“, die Franktireurs, jene mutigen, von glühender Vaterlandsliebe besetzten Freischützentruppen, werden als „elendes Räubergefindel“ verleumdet, die volle Schale des Hasses und Hohns, der Verachtung und des Spottes wird über ein ganzes Volk, das mit uns auf gleicher Kulturstufe steht, ausgeschüttet, das Gift nationaler Verheugung und des Menschenhasses wird in die Herzen der Kinder geträufelt. Vor allem aber wird immer wieder betont, daß der „Erbfeind“ noch beständig an der Tür des Deutschen Reiches rüttelt, Einlaß begehrend und Raube schraubend, und daß nur ein Volk in Waffen, ein bis an die Zähne gerüstetes und bewaffnetes Kriegsheer und eine jederzeit kampfbereite Marine sicheren Schutz vor den „furchtbaren Räuberzügen“ gewähren und den Frieden erhalten können. Alles, was sonst in den Gemütern der Kinder an Nächstenliebe, Achtung vor dem Mitmenschen, Respekt vor der Menschenwürde und dem Menschenleben, an Scheu vor Gewalttat, Roheit, Grausamkeit und Verbrechen, an Verachtung der niedrigen Triebe und Instinkte der menschlichen Natur gewonnen worden ist, wird an diesem Tage wieder grausam zerstört, wird mit einem Schläge vernichtet.

Was die Exaltationen und Hyperbeln der Festredner nicht vermögen, das bewirkt mit unfehlbarer Sicherheit die unsagbar abgeschmackte und rohe mordspatriotische Blutpoesie, die nicht nur in den Lieder- und Gesangbüchern unserer Schüler, sondern auch bei festlichen Anlässen, wie der Sedanfeier, eine große Rolle spielt. Unzählig oft ist schon auf diesen verwerflichen Unfug hingewiesen, ist dieser demoralisierende Schullieder-Patriotismus gezeißelt und gebrandmarkt worden, leider bis jetzt ohne rechten Erfolg. In ein paar Proben kann man ersehen, auf welcher sittlichen Höhe sich diese Erziehung bewegt. Es heißt da in den patriotischen Liedern:

Wir wollen heute, Mann für Mann,
Mit Blut das Eisen röten,
Mit Hendersblut, Franzosenblut,
O süßer Tag der Rache!
Das klinget allen Deutschen gut,
Das ist die größte Sache.

Oder an anderer Stelle:

Ihr Schützen, Gott segne euch jeglichen Schuß,
Durch welchen ein Franzmann erlassen muß!

Oder:

Es jauchzen die Trompeten auf
Und die Standarte fliegt;
March, march, in Gottes Namen drauß,
Gaut ein, bis alles liegt!

Oder:

Die Reiter, sie fühlen das deutsche Blut,
Franzosen zu töten, das deucht ihnen gut!

Das ist eine Poesie, die man an Tagen wie dem Sedantage von harmlosen, unschuldigen Kindern singen, vorlesen oder gar deflamieren läßt! Und diese plammäßige Verwüstung alles dessen, was im Herzen und Sinn der Kinder rein und edel ist, nennt sich patriotische und sittliche Erziehung!

Mein, das ist noch nicht das schlimmste. Man höre weiter:

Und besser kam's. Gehehre um! So spart ihr manchen Schuß. —
Die Franzosen hüpfen hüdenweis gleich Fröschen in den Fluß.
An dreißigtausend kamen um, da war die Jagd vorbei!
Viktoria! Viktoria! So war das Feldgeschrei!

Ein andres:

Erwürgt die flüchelnden Schergen,
Zermalmt das freble Mordgeschlecht!

Oder:

Eine Lustjagd, wie wenn Schützen
Auf der Spur dem Wolfe sitzen!
Schlagt ihn tot! Das Weltgeräch
Stragt euch nach den Gründen nicht

Und endlich:

Das Wiesel deiner Greife ruft: Erwache!
Der Hüte Schutt verflucht die Räuberbrut.
Die Schande deiner Töchter schreit um Rache.
Der Mordmord der Söhne schreit nach Blut!

Es ist grauenhaft, durch das Chaos von Mord und Blut, Brutalität und Barbarei hindurchzuwaten; geradezu ungeheuerlich aber ist, daß man alle diese Dinge, die jeden sittlich empfindenden, nicht total verrohten und verkommenen Men-

schen mit Ekel und Widerwillen erfüllen müssen, in unverantwortlicher Gewissenlosigkeit den Kindern als Mittel zu sittlicher Erziehung darbietet, ja ihnen aufnötigt und aufzwingt.

Das kapitalistische Deutschland ist ein „Kultur“staat, der des kriegerischen Massenmordes nicht zu entbehren vermag. Denn wie die Ausbeutung, so ist auch der Krieg eine Form des Kapitalismus. Unse Bourgeoisie bedarf des Krieges, und damit des Militarismus, wie sie zur Erhaltung ihrer Existenz der Ausbeutung bedarf. Man entziehe ihr einen dieser beiden Grundpfeiler ihres Bestandes, und der morsche Bau wird ins Wanken geraten, wird zusammenstürzen. Instinktiv fühlt der Kapitalismus, daß der Kampf der Sozialdemokratie sich gegen sein ureigenes Wesen richtet; sein Selbst-erhaltungstrieb zwingt ihn, wie die Ausbeutung, so auch den Militarismus und den Krieg um jeden Preis vor dem Untertum des Umsturzes zu retten. Das Proletariat aber ist klug genug, gerade gegen die Hauptpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft die volle Kraft ihres Kampfes zu richten. Es bleibt auch nicht bei der bisher ausschließlich geübten Kritik stehen, schon hat es in der Marokko-Angelegenheit den Versuch unternommen, der kapitalistischen oder feudalen Diplomatie, wie Faures sagte, die friedliche Diplomatie der Völker entgegenzustellen. Eben aber dieser Versuch scheint es gewesen zu sein, der an maßgebenden Stellen so stark auf die Herzen gefallen ist, daß ein deutlicher Wink, an der „bewährten patriotischen Erziehung der Jugend“ unbedingt festzuhalten und sie mit allem Nachdruck zu pflegen, die unmittelbare Folge war. Auf diese Weise ist auch die Sedanfeier wieder zu Ehren gekommen.

Sommerzu! Der Sozialismus anerkennt trotz alledem weder religiöse Verbannung noch brutale Gewalt, weder patriotische Begeisterung noch wirtschaftliche Auszehrung werden ihm Einhalt zu gebieten vermögen. Er marschiert — in einem Sedan des Sieges entgegen! —

-re-

Friede!

* Portsmouth (New-Hampshire), 29. August. Laut offizieller Mitteilung wurde in der heutigen Sitzung der Friedenskonferenz volle Uebereinstimmung in allen Fragen erzielt und beschlossen, zur Ausarbeitung des Friedensvertrags zu schreiten. Die Konferenz vertagte sich dann auf 3 Uhr nachmittags.

Nach einer „Reuter“-Meldung hat Japan in fast allen Fragen, die noch zu erledigen waren, nachgegeben. Es nahm Russlands Schlußmitteilung an, die dahin geht, daß keine Kriegsentwädigung zu zahlen ist, daß Sachalin zwischen Rußland und Japan zu teilen ist, und zwar ohne Zahlung einer Rückkaufsumme an Japan. Auch in den Fragen der Auslieferung der in fremden Häfen internierten russischen Schiffe und der Beschränkung der russischen Seekreitkräfte in Ostasien hat Japan nachgegeben.

Die Friedensdelegierten haben beim russischen bzw. japanischen Kaiser beantragt, daß sofort ein Waffenstillstand abgeschlossen werde.

Das sind die Meldungen, die zur Stunde vorliegen. Nach wochenlangem Herumraten der Korrespondenten endlich eine bestimmte Nachricht und diese Nachricht beendet den ostasiatischen Krieg, der vom 8. Februar 1904 ab die Welt in Spannung gehalten hat.

In diesem Kriege standen die Sympathien aller Völker, auch des russischen, auf Seiten Japans. Um so schmerzlicher wird die Enttäuschung sein, daß der Friede nur durch die Nachgiebigkeit der Sieger gesichert werden konnte. Daraus folgt nun aber nicht, daß Japan etwa leer ausgegangen wäre.

Als die Friedenskonferenz am 10. August zu ihrer ersten Beratung zusammentrat, überreichten die japanischen Bevollmächtigten den Vertretern Russlands ein Schriftstück, das nächst den bereits genannten Bedingungen folgende Forderungen enthielt: Abtretung der russischen Nachbungen auf der Liaotunghalbinsel, die Räumung der gesamten Mandchurie, die Zurückgabe aller russischen Borrechte in diesem Landesteil an China und Anerkennung der offenen Tür durch Rußland, ferner die Abtretung der chinesischen Ostbahn südlich von Charbin an Japan, während die Hauptlinie durch die nördliche Mandchurie bis Bladowostok der

Müssen verbleiben sollte, sodann Anerkennung der japanischen Schutzherrschaft über Korea und Gewährung von Fischereigerechtigkeiten an Japan in den sibirischen Küstengewässern nördlich von Wladivostok bis zum Behringsee.

Wenige Tage später wurde bekannt, daß die russischen Delegierten diese Forderungen angenommen hätten. Damit hätte Japan erreicht, was es erstrebt hatte, als es im Februar 1904 die Verschleppungstaktik der russischen Diplomaten mit dem Abbruch der Beziehungen zu Rußland beantwortete, und heute gibt es keine Macht mehr, welche den Japanern zum zweiten Male den Siegespreis vorzuenthalten gedenkt. Sie gehen reich an militärischen Erfolgen und mit einem bedeutenden Zuwachs an Macht und Ansehen aus diesem Kriege hervor, der sie zum ausschlaggebenden Faktor im fernem Osten gemacht hat. Der Verzicht auf eine Entschädigung ändert daran nichts, wenn auch die japanische Regierung nicht wenig Mißhe haben wird, ihn vor der Bevölkerung zu rechtfertigen, die im Vollgefühl der großen militärischen Erfolge schon die ursprünglich in Aussicht genommene Entschädigung von 2½ Milliarden Mark als einen ungenügenden Ersatz der durch den Krieg erforderlich gewordenen finanziellen Aufwendungen und durch ihn veranlaßten wirtschaftlichen Schäden angesehen hat. Aber Japan hatte nur die Wahl, neue Opfer an Gut und Blut zu bringen, nachdem das eigentliche Kampfziel erreicht war, wenn es auf die Kriegsschädigung nicht verzichten wollte, und der Krieg hat ihm ohnehin schon sehr schwere Wunden geschlagen.

Rußland scheidet vom Kampfplatz mit der Versicherung, daß es nicht überwunden sei und die Japaner außer Sachalin russischen Boden nicht erobert haben. Der Verzicht der Japaner auf die Kriegsschädigung unterstützt anscheinend diese Behauptung, mit der die russischen Bevollmächtigten sich auf der Konferenz gegen die härtesten Bedingungen der Japaner zur Wehr gesetzt haben. Aber die Welt wird dadurch nicht über den wahren Charakter dieses Friedens getäuscht, der den Verzicht Rußlands auf seine mit enormem Aufwand betriebene ostasiatische Politik bedeutet. Rußland hat auf lange hinaus aufgehört, für die ostasiatischen Angelegenheiten in Frage zu kommen, da es ihm an einer Flotte gebricht, um seine Ansprüche von neuem geltend zu machen.

Der ostasiatische Krieg ist beendet; der Kampf des Zarismus mit der Revolution wird neue Mahnung erhalten. In diesem Kampfe kann es für die Revolutionäre keinen Friedensschluß geben; er kann erst endigen, nachdem der Zarismus restlos überwunden ist. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 30. August 1905.

Fleischnot und Mittelstand.

Es ist sehr lehrreich zu beobachten, wie sich die Mittelstandsfreundschaft der sogenannten Mittelstandspolitiker bei der jetzigen Fleischnot bewährt. Im Reichstag haben ihre Vertreter allen Maßregeln zugestimmt, die eine Verschlechterung in der deutschen Fleischversorgung herbeiführen konnten. Jetzt muß nun die Schuld an der Teuerung — dem Mittelstand zugeschoben werden, nämlich den Reggern, den Zwischenhändlern und den Wirten. So meint die „Kz.-Ztg.“ zu einem Notschrei der Berliner Schlächter:

Wir meinen, daß die Berliner Fleischer hier ein sehr gewagtes Spiel treiben. Sollten sie den Versuch machen, die Detailpreise für Fleisch noch weiter zu erhöhen, so wird die Meinung unserer Berliner Hausfrauen, das Fleisch von auswärts zu beziehen, erheblich wachsen. In den Ostprovinzen sind die Fleischpreise immer noch geringer als in Berlin, und die Leitlinie eines größeren Haushalts, die sich in bestimmten Zwischenräumen durch die Post je 10 Pfund Fleisch von dort schicken läßt, ist in der Lage, auf diese Weise merkliche Ersparnisse zu machen. Die Berliner Fleischer werden also gut tun, den Wagen nicht zu überspannen. Im tausenden Publikum findet eben die Erkenntnis, daß sie und die Zwischenhändler das Schrige tun, die gegenwärtige Lage zu ihrem Vorteil auszunutzen, immer breiteren Boden. An anderer Stelle haben wir das von der „Holländischen Zeitung“ angeführte Beispiel zur Kenntnis unserer Leser gebracht. Dieses Blatt hat nachgewiesen, daß in Halle aus einem Mark, dessen Erhebungspreis 47 Mark betrug, eine Einmange von 99,60 Mark erzielt worden ist, daß also dem Fleischer als Entschädigung für den Kauf und Transport des Tieres, die Arbeit des Bodenverkaufs und als Unternehmergebiet nicht weniger als 43,20 Mark, d. i. etwa 92 Prozent verbleiben. Die Fleischer haben wirklich allen Grund, sich ruhig zu verhalten.

Ist das nicht reizend, wie hier ein Blatt für Agrarier und Mittelstand gegen die Fleischer heßt? Aber keine Mittelstandsvereinerung wagt es, gegen die Agrarier aufzutreten. Sie sind als Parteimänner allezeit in das agrarische Joch gespannt und müssen die Hand tüffen, die sie züchtigt. Es ist eine böse Zeit für die Mittelstandsretter. Und die Zeit wird noch viel böser werden. —

Katholikentag — Zentrumsfrage!

Die Zentrumspresse, die den Katholikentag um keinen Preis als eine politische Macht des Zentrums gelten lassen will, vielmehr an dem Versuche festhält, mit religiösem Glaubensspek ungewirkte Männe in die Parteifalle zu locken, wird wenig angenehm berührt sein von einer Enthüllung, die das „Zwanzigste Jahrhundert“, die Zeitschrift der bayrischen Reformkatholiken, in ihrer neuesten Nummer veröffentlicht.

In Regensburg waren ausdrücklich alle Katholiken, also nicht bloß wichtige Zentrumsleute, nach Straßburg eingeladen worden, um dort ihre Meinungen auszusprechen und ihre Anträge vorzubringen. Die reformkatholische Kreis-Vereinsgesellschaft hatte dieser Aufforderung durch Einbringung des folgenden Antrags Folge geleistet:

Die 22. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begrüßt die innerhalb der katholischen Kirche anstehenden Veränderungen, welche der Gegenwart entsprechen sollen, die der Religion daraus erwachsen müssen, wenn 1. die Angehörigen eines religiösen Beken-

nisses als solche für eine bestimmte politische Partei in Anspruch genommen werden; 2. die Diener einer Religionsgemeinschaft ihre auf ihrer Stellung beruhendes Ansehen oder sogar ihre amtliche Tätigkeit dazu benützen, um die Angehörigen ihrer Religionsgemeinschaft in Sinne einer politischen Partei zu beeinflussen.

Dieser Antrag wurde von den Veranstaltern des Katholikentags mit richtiger Zentrumsduldsamkeit einjacht unterbrückt und gar nicht in das Verzeichnis der eingelaufenen Anträge aufgenommen. Die Nachr. erklärten, der Antrag enthalte „verallgemeinerte Vorwürfe gegen den Klerus“ und greife in die „Kompetenz der hochwürdigen Herren Bischöfe“ ein. Nebenbei stellte sich heraus, daß sich die Drahtzieher in Regensburg tatsächlich durch Abänderung der Geschäftsordnung das formale Recht verschafft hatten, eingelaufene Anträge ruffisch zu zensurieren. Im selben Augenblick also, in welchem vor den Katholiken der Aufruf erging, alle Katholiken, sollten ihre Meinung frei herauszusagen, zog man hinter den Kulissen den Zentrumsmanuskorb schärfer an. Das tut daselbe Zentrum, dessen Presse ihren glaubensstarken Lesern täglich vorlägt, die Sozialdemokratie unterdrücke die Meinungsfreiheit in ihren eignen Reihen! —

Eine Polizeistiftung.

Mit der Ausweisung des holländischen Journalisten Cas sich zu beschäftigen, zeigt die bürgerliche Presse Deutschlands im allgemeinen recht wenig Neigung. Herr Cas hat es mit ihr verschüttet, da er die sozialdemokratische Presse die allein anständig nennt; jetzt beist sie sich zu zeigen, wie — recht der Mann hatte, indem sie die Tatsache seiner Ausweisung und ihre ungehenerliche Vorgeschichte entweder völlig totschweigt oder mit ein paar nichtssagenden Bemerkungen abtut. Bis zu einem gewissen Grade machen einige freisinnige Blätter eine Ausnahme. Das „Berliner Tageblatt“ weiß sogar nach Berichten aus deutsch-holländischer Quelle einige Einzelheiten zu erzählen, die verdienen, wiedergegeben zu werden.

Nach dem Gewährsmann des „Berl. Tagebl.“ hat, was ohne weiteres zu glauben ist, die Ausweisung des Herrn Cas unter den holländischen Journalisten und in deutschen Kreisen Amsterdams Erstaunen und Entrüstung hervorgerufen. Man führt dort die Maßnahme der preussischen Polizei auf die Treibereien des Redakteurs des „Deutschen Wochenblatts“ zurück (eben jenes würdigen Organs, das wir gestern zitiert haben. D. Red.), eines Herrn, der aus dem Verbands des deutschen Vereins aus geschlossen wurde. Dieser Herr wird beschuldigt, in der Affäre Cas dieselbe interessante Rolle gespielt zu haben wie der russische Generalkonsul in Königsberg im Hochverratsprozess. Er soll nämlich ein bißchen falsch übersetzt haben. Wenn also bei einer künftigen parlamentarischen Debatte über den skandalösen Fall, die schwerlich ausbleiben wird, ein preussischer Minister wieder einmal „belastende Stellen“ zitieren sollte, so wird man ihm daher scharf auf die Finger sehen müssen.

Aber wenn auch der Gentleman von Redakteur, der eine so hervorragende Vertrauensstellung auf dem Berliner Alexanderplatz genießt, in seinen Uebersetzungen ein wenig übertrieben haben sollte, so wird dadurch das Vorgehen der preussischen Regierung nicht weniger blamabel, nicht weniger unentschuldigbar. Ein Staat, der die Meinungsfreiheit ausländischer Pressevertreter durch Drohung mit der Ausweisung einzuschränken will, die Meinung Europas durch Polizeimittelchen terrorisieren will, hat seinen Kredit als Kulturstaat damit verflüchtigt.

In einem Punkte befindet sich das „Berliner Tageblatt“ im Irrtum, nämlich wenn es meint, die preussische Polizei trane sich nur an die Journalisten des kleinen Holland, nicht aber an die Frankreichs, Englands und Amerikas heran. Das Polizeiheldentum mag ja gegen kleine Holländer ungenierter auftreten als gegen große Amerikaner; trotzdem hat es vor einigen Jahren den Mut gefunden, einen amerikanischen Journalisten, Herrn Fischer, der ein nicht ganz ehrerbietiges Buch über Wilhelm II. verfaßt hatte, über die Grenze zu jagen. Seit jener Zeit ist es ausländischen Zeitungsherausgebern nicht mehr unbekannt, mit welchen unbegrenzten Unmöglichkeiten man in Deutschland rechnen muß. Wer die journalistischen Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß solche ausländischen Herausgeber, die etwas auf unabhängige Berichterstattung halten, jetzt schon am liebsten deutsche Reichsinsländer, die durch ihre Staatszugehörigkeit vor polizeilichen Verleumdungsversuchen sichergestellt sind, zu ihren Korrespondenten machen.

So wird der Fall Cas vielleicht am Ende dazu beitragen, die große Seifenblase plagen zu lassen. Man wird endlich erfahren, wie man im Auslande über deutsche Zustände wirklich denkt! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 30. August 1905.

— **Achtung, Parteigenossen!** Wir machen nochmals auf die heute, Mittwoch, abend 8½ Uhr im „Dreikaiserbrunn“ stattfindende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins aufmerksam und ersuchen, recht pünktlich zu erscheinen. Zur Legitimation sind die Mitgliedsbücher vorzubringen. —

— **Den Stadtkonventen** ist für die nächste Sitzung noch eine Reihe weiterer kleinerer Vorlagen zugegangen, so daß die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung 21 Punkte umfaßt. Das Hauptinteresse unter den Vorlagengegenständen dürfte aber zweifellos die Anfrage des Stadtkonvents an den Magistrat sein. Die Fleischer in Anspruch nehmen. Die Stadtparlamente einer ganzen Reihe von Städten haben sich bereits mit der Frage befaßt. —

— **Die holländische Bäckerei** in der Wilhelmstraße ist von Anm. 17 nach Querstraße 13 verlegt worden. Am Sonntag abend den 26. August ist im neuen Lokal der Betrieb eröffnet worden. Mit der Verlegung ist eine bedeutende Erweiterung verbunden. Die Bäckereigebäude sind jetzt an allen Wochentagen von 12—1/2 und 6—9, Sonntag von 12—1 Uhr. Das neue Gebäudchen, geräumiger als das der Nordfrontbäckerei, wird von 11—2 und 6—10,

sonntags von 11—1 Uhr offen stehen. Der Bücherbestand beträgt jetzt rund 4000 Bände; ein neuer gedruckter Katalog wird binnen kurzem über den Zuwachs Auskunft geben. Die Bücherlei kann von jedem Erwachsenen unentgeltlich benutzt werden. —

— **Die Zahl der Blinden und Taubstummen in der Provinz Sachsen.** Mit der am 1. Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung sollen bekanntlich auch Erhebungen über die Zahl der mit körperlichen Gebrechen behafteten Personen verbunden sein. Zum Teil haben solche Erhebungen bereits bei der Volkszählung am 1. Dezember 1900 stattgefunden, doch erstreckten sich dieselben nur auf die erblindeten und taubstummen Personen. Nach den hierüber jetzt vorliegenden Mitteilungen des kaiserlichen Gesundheitsamts sind die Ergebnisse der diesbezüglichen Erhebungen, soweit die Provinz Sachsen in Frage kommt, folgende: Blinde wurden gezählt 959 männliche, 855 weibliche, zusammen 1814. Von ihnen standen im Alter bis zu 5 Jahren 19 männl., 11 weibl., über 5—10 Jahre 48 männl., 22 weibl., über 10—20 Jahre 91 männl., 68 weibl., über 20—40 Jahre 155 männl., 145 weibl., über 40—60 Jahre 270 männl., 216 weibl., über 60 Jahre 374 männl., 392 weibl. Im Deutschen Reiche wurden Blinde gezählt 17 818 männl., 16 516 weibl., zusammen 34 334. — Taubstumme wurden in der Provinz Sachsen gezählt 1047 männl., 984 weibl., zusammen 2031. Von ihnen standen im Alter bis zu 5 Jahren 27 männl., 19 weibl., über 5—10 Jahre 92 männl., 98 weibl., über 10—20 Jahre 228 männl., 228 weibl., über 20—40 Jahre 372 männl., 378 weibl., über 40—60 Jahre 245 männl., 178 weibl., über 60 Jahre 82 männl., 80 weibl. Im Deutschen Reiche wurden Taubstumme gezählt 26 368 männl., 22 382 weibl., zusammen 48 750.

— **Justiz- und Medizinwesen in der Provinz Sachsen.** Am 1. Januar 1905 betrug im Bezirk des Oberlandesgerichts Naumburg a. S. die Zahl der Gerichtseingesessenen 3 180 300, die Zahl der Amtsgerichte 127, der Landgerichte 9. Die durchschnittliche Einwohnerzahl eines Amtsgerichtsbezirks stellte sich auf 25 042, die eines Landgerichtsbezirks auf 353 387. Die Zahl der Richter betrug 440, so daß durchschnittlich auf einen Richter 7228 Einwohner entfielen. Rechtsanwälte wurden im Oberlandesgerichtsbezirk gezählt 334; es kamen durchschnittlich auf einen Rechtsanwalt 9522 Einwohner. In der Provinz Sachsen praktizierten im Jahre 1904 1321 Ärzte und 90 Zahnärzte. Apotheken einschließlich Filialen waren 276 vorhanden. Auf einen Arzt kamen 1904 19,22 Quadratkilometer, 1894 22,70 Quadratkilometer. Es kamen auf einen Arzt Einwohner 1904: 2220, 1894: 2395, auf eine Apotheke 1904: 10 627, 1894: 11 335. —

— **Die Firma C. Rudolph u. Co.** beweist ihren Arbeitern wieder einmal mit aller Deutlichkeit, daß sie nicht schillern sein sollen, wenn die Geschäftslage eine gute ist. Die Arbeiter dieser Firma hatte in der Metallindustrie Magdeburgs die ungünstigsten Arbeitsbedingungen. Kein Wunder, daß auch hier im Frühjahr d. J. die Arbeiter in einer Lohnbewegung Verbesserungen, speziell des Lohnes, verlangten. Sie haben sich dann, weil damals noch ungeschult, mit einer ganz mäßigen Lohnhöhung begnügt, und darauf gerechnet, daß die Firma aus den Vorkommnissen der eignen und anderen Fabriken gelernt und mit der Arbeiterkraft in anständiger Weise verfahren würde. Doch weit gefehlt. Bei der Lohnbewegung wurde verlangt, daß die Arbeiterkraft auch Rücksicht auf den Betrieb nehmen sollte; jetzt haben die Aufträge kaum nachgelassen und sofort hat die Firma angeordnet, daß die Arbeiterkraft, zunächst die Dreher und Formner kurze Zeit arbeiten sollen, die andern werden folgen. Was braucht die Firma Rücksicht auf die Arbeiter zu nehmen? Die Arbeiter haben ihre eignen Gedanken, warum gerade ihr Betrieb keine Aufträge hat, in einer Zeit, wo anderwärts mit Tag- und Nachtarbeit gearbeitet werden muß und die Aufträge kaum bewältigt werden können. Sie sagen sich ganz richtig, daß da, wo eine gute technische und kaufmännische Leitung und infolge hoher Löhne und sonstiger guter Arbeitsbedingungen, eine interessierte leistungsfähige Arbeiterkraft ist, auch Arbeit vorhanden und ein Betrieb auch konkurrenzfähig ist. Soweit die Zahl der Beamten in Rechnung zu ziehen ist, kann die Firma Rudolph u. Co. den Vergleich mit andern ausfallen. Auf 100 Arbeiter kommen 19 Beamte, und sonderbar, bei den Beamten ist niemals Arbeitsmangel, von Entlassungen hat man dort noch nichts gehört. Die Handlungsweise der Firma Rudolph u. Co. macht aber nicht nur die eigne Arbeiterkraft zu klaffenbewußten Arbeitern, nein, sie gibt auch allen andern, die lernen wollen, Lehren für die Zukunft. —

— **Die Italiener** haben den Streit als aussichtslos aufgeben müssen, da sich aus Celle Arbeitswillige in genügender Zahl eingefunden hatten, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. —

— **Streitbrecher - Annoncen** kann man in der bürgerlichen Presse täglich finden. In dieser Beziehung sind hier der „Gen.-Anz.“ und nächst ihm der „Centr.-Anz.“ allen andern Blättern voran. Eine ganz eigentümliche Anzeige des „Gen.-Anz.“ hat folgenden Wortlaut:

„Tüchtige Zimmerer und Maurer. Gesellen finden dauernde Beschäftigung in Kiel. Stundenlohn 60 Pfg., bei 9½ stündiger Arbeitszeit.“

In Kiel befinden sich die Maurer und Zimmerer im Streit. Es fällt sofort auf, daß in der Annonce keine Angabe enthalten ist über die Stelle, bei der sich Streitbrüder melden können. Wo aber wollen sie nun Näheres in Erfahrung bringen? Sie können sich nur an den „General-Anzeiger“ wenden! Nicht nur, daß der „General-Anzeiger“ Streitbrecherinhalte aufnimmt, er bestimmt seine Expedition auch dazu, eine förmliche Streikbrecher-Agentur zu werden! Die Arbeiter, die das Blatt noch lesen und dadurch den schärfsten Kampf gegen sich selbst unterstützen, mögen sich das merken. Für einen Mißerfolg des Inzerats möge aber jeder nach bestem Können Sorge tragen. —

— **Gut abgelaufen.** Gegenwärtig ist man mit der Beseitigung eines Güterkuppens am Alten Bachhof beschäftigt, dessen Abbruch durch den Einsturz der Rainauer an der Strombrücke notwendig wurde. Als man gestern früh 7 Uhr den Sichel warf, stürzte dieser, wie es beabsichtigt war, zur Erde; zu gleicher Zeit gab aber auch die Wand, auf welcher der Sichel genügt hatte, nach und stürzte in die Elbe, ohne glücklicherweise schwereres Unheil anzurichten. Die in der Nähe mit den Aufräumungsarbeiten der alten Rainauer beschäftigten Arbeiter kamen mit dem Schreck davon. Die Holzträger der aus Fachwerk bestehenden eingefüllten Wand wurden aus der Elbe zum großen Teil wieder herausgeholt. —

— **Automobil - Marken.** Als Erkennungszeichen für die Kraftfahrzeuge sind für den Regierungsbezirk Erfurt die weiteren Nummern M 2301 bis 3000, für den Regierungsbezirk Kassel die weiteren Nummern T 1701 bis 2100 und für den Regierungsbezirk Wiesbaden die weiteren Nummern T 2101 bis 2600 überwiesen worden.

— **Aus dem Polizeibericht.** Einem Gefreuten wurde aus einem Zimmer ein blau-larierter Jacketanzug und eine silberne Schlüsselkette, in deren Dedel der Name „Fritz Grundlich, Erfurt“ eingraviert ist, gestohlen. Aus dem Hausflur eines Grundstücks am Markt, wogegen wurde ein Fahrrad „Vernanzen“ mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, Freilauf, Kücktrittbremse und Lenkstange mit kurzen Vorbau gestohlen; ferner vom Hofe eines Hauses am Demsdorferwege ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, weißen Felgen und nach oben gebogener Lenkstange. —

— **Erhängt** hat sich am Montag gegen Abend in ihrer Wohnung, St. Michaelstraße 13, die Ehefrau Alwine G. in einem Anfall von Schwermut. —

— **In Haft** genommen wurden das Dienstmädchen Katharina Sch., das am 27. d. M. aus der verschlossenen Bodenstube eines Hauses der Kaiserstraße 7 Mark gestohlen hat; der dieselbe bestraute Schriftfeger Franz D., der eine Uhr und einen goldenen Ring entwendet hat, und der Gelegenheitsarbeiter Wilhelm Z. wegen einjachen Diebstahls. —

— **Gestohlen** wurde aus einem Schanklokal am Breitenweg ein Ebenholzschiff mit silberner Krone, auf der sich das Monogramm H. D. befindet; aus dem Fremdenzimmer einer Herberge eine silberne Remontuhr mit Ritzkette; aus einem Garten am Hauptbahnhof eine goldene Damen-Remontuhr (auf dem Dedel das Monogramm C. V.) mit langer silberner Kette. —

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Jena 1905.

Die Buchhandlung Vorwärts kann seit einigen Jahren über einen anständigen Aufschwung des Geschäfts berichten. Diese erfreuliche Tatsache ist auch für das Berichtsjahr zu verzeichnen. Der Warenumsatz stieg von 347 000 Mark des vergangenen Jahres auf 468 827 Mark. — Die Buchhandlung konnte deshalb auch einen diesem erhöhten Umsatz der letzten Jahre entsprechenden Uberschuß von 95 000 Mark der Parteikasse überweisen.

Im Vorjahre zeigten wir die Herausgabe der Sozialistischen Agitations-Bibliothek an, die dazu dienen soll, die tagespolitische Agitation durch die Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern. Von dieser Bibliothek waren im Vorjahre zwei Hefte erschienen: „Prinz Arndberg und die Arndberge“ und „Der Zukunftsstaat der Junker“. Als 3. Heft konnte in diesem Jahre erscheinen: „Der Klassenkampf in Ruhrrevier“, das in 15 000 Exemplaren gedruckt wurde. Bei Niederschrift dieses Berichtes ist unter dem Titel „Ein neues Ausnahmegesetz“ ein weiteres Heft herauszugeben, das sich gleichfalls mit den Verhältnissen der Bergarbeiter beschäftigt. Von den bereits erschienenen Heften konnten im Berichtsjahr nachgedruckt werden, und zwar von Heft 1: 2000 Exemplare, von Heft 2: 5000 Exemplare.

Sonstige Agitationschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Zetkin: „Die Schulfrage“, ein Sonderabdruck der Rede der Genossin Zetkin auf dem Bremer Parteitag (23 400 Exemplare). Webers Rede zum Reichstags (20 000). „Saarabien“, die Prozeßverhandlungen in Saarbrücken (32 000). Kampffmeyer: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte“ (5000). Braun: „Die Warenhäuser“ (12 000 Exemplare). Stamper: „Religion ist Privatfache“ (10 000 Exemplare). Von einer vom Genossen Dr. F. Herzfeld verfaßten, für die Agitation in Mecklenburg in 100 000 Exemplaren verbreiteten Broschüre: Die Landarbeiter in Mecklenburg wurde eine für den Buchhandel bestimmte Ausgabe in 1000 Exemplaren hergestellt.

Der vierzigjährige Todestag Lassalles gab Veranlassung zur Herausgabe einer Broschüre, in der E. Bernsteins die Bedeutung Lassalles für die Arbeiterbewegung würdigte. Sie wurde in 8500 Exemplaren verbreitet. Endlich wurde im Anschluß an den Königsberger Prozeß auf Veranlassung des Parteivorstandes eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte und der Verhandlungen dieses denkwürdigen Prozesses herausgegeben; eine Heftausgabe, die den Parteigenossen die Anschaffung des Wertes erleichtern sollte, erreichte 5000 Auflage.

Von früher erschienenen Agitations-Broschüren wurden nachgedruckt: Die neu durchgesehene Programm-Broschüre „Grundsätze und Forderungen“ von Kautsky und Schönlanke (105 000 Exemplare). „Parteiprogramm“ (20 000). Braune: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ (76 000). Göhre: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde“ (10 000). „Christliche Arbeiterpflichten“ (75 000). Liebknecht: „Wissen ist Macht“ (3000). Bernsteins: „Verschiedene Formen des Wirtschaftslebens“ (2000). Plechanow: „Anarchismus“ (3000). Kautsky: „Soziale Revolution“ (Heft 1: 20 500 und Heft 2: 1400 Exemplare). Ferner wurde eine Neubearbeitung des „Verbands- und Versammlungsrechts in Deutschland“ nötig, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschien.

Illustrierte Zeitungen sind im Berichtsjahre erschienen: „Gau mich aus!“ (Silberzeitung; 117 000 Exemplare). „Schiller-Zeitung“ (119 000 Exemplare). „Mai-Zeitung“ (843 000 Exemplare).

Das „Protokoll des Bremer Parteitags“ erreichte eine Auflage von 40 000, das „Protokoll des preussischen Parteitags“ von 20 000 und das „Protokoll des Internationalen Kongresses von Amsterdam“ 7000 Exemplare. — Der Arbeiter-Notiz-Kalender hat wiederum einen erheblich größeren Absatz (40 700 Exemplare) erreicht, der Notizkalender für Schuhmacher erschien in 3000 Auflage. Die „Sammlung sozialistischer Theaterstücke“ wurde um ein neues Stück vermehrt: „Die Bombe“ von Ludwig Rejser

(2000 Exemplare), während eines der älteren Feste Prezagans: „Der verlorene Sohn“ in 1000 Exemplaren nachgedruckt wurde.

Die billigen Gesetzesführer wurden um drei neue vermehrt: „Führer für den Militärpflichtigen“ (5000 Exemplare), „Führer durch die Landgemeinbeordnung für die östlichen Provinzen Preußens“ (3000 Exemplare) und „Führer durch das Krankenversicherungs-Gesetz“ (5000 Exemplare).

Die im Vorjahre begonnene „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ wurde ebenfalls um drei weitere Hefte vermehrt: „Alkoholfrage und Arbeiterklasse“ von Dr. R. Fröhlich (8000), „Das Schulkind“ von Dr. R. Silberstein (5000), „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten“ von Dr. E. Gebert (5000 Exemplare).

Außer den bisher genannten Neuerscheinungen wurden noch herausgegeben: „Fadeln der Zeit“, Gedichte von Ludwig Rejser, und unter dem Titel „Leuchttürme“ eine Sammlung desamatorischer Vorträge (in je 5000 Exemplaren).

Die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden“, die nunmehr im neunten Jahrgang erscheint, hält dank der Unterstützung der Parteipresse ihren erhöhten Abonnentenstand aufrecht.

Von den unter dem Gesamttitel „Kulturbilder“ erscheinenden Einzeldarstellungen aus der Kulturgeschichte ist der erste Band: „Wider die Pfaffenherrschaft“ abgeschlossen. Durch den frühzeitigen Tod des Verfassers, des Genossen Emil Rosenow, war der Verlag gezwungen, mit der Fertigstellung des Wertes einen andern Genossen zu beauftragen. Genosse S. Stroebel hatte die Freundschaft, die Arbeit zu beenden. Inzwischen ist auch der zweite Band: „Die Hohenzollern-Legende“, im Erscheinen begriffen. Der Verfasser, Genosse Dr. Max Maurenbröcher, behandelt darin die Entstehung und Entwicklung des preussischen Staates und wendet sich in seiner Darstellung gegen die Geschichtslügen, die unsere jervile Schulweisheit um die Hohenzollernschen Tücheln gewoben hat. Als nächster Band ist eine „Geschichte der Revolutionen“ in Aussicht genommen.

Der Verlag, der sich bisher der regsten Unterstützung der Parteipresse erfreute, rechnet auch in Zukunft auf die dankenswerte Mitwirkung aller Parteigenossen bei der Verbreitung seiner Erscheinungen, die ja nur den Zweck haben, unsere Grundsätze und Auffassung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorgänge in immer weitere Kreise zu bringen und die dabei erzielten Gewinne wieder der Partei zu neuer Agitation zur Verfügung zu stellen. — (Fortsetzung folgt.)

Helden der Revolution.

Der Abschiedsbrief des zum Tode verurteilten Genossen Sahim Gerschowitz an seine Mutter:

Teuerstes Mütterchen!

Ich schrieb Dir bereits einen Brief vor dem Urteil, doch weiß ich nicht, ob Du ihn erhalten hast. Der Brief ist wahrscheinlich durch das Polizeidepartement gegangen und das ist eine lange Geschichte. Wenn Du den Brief erhalten hast, so weißt Du gewiß schon alles über mich, über das Gericht und über mein Urteil. Das Urteil ist so ausgefallen, wie ich es erwartete. Und hätte man denn von „ihnen“ etwas andres erwarten können! Du weißt, wer „sie“ sind, Du kennst sie schon recht gut. Nicht wenig hast Du schon durch sie gelitten und erduldet, doch wollen wir es jetzt lassen, von unsern Feinden zu reden. Sie sind dem ganzen russischen Volke bekannt und man hat genug von ihnen geredet.

Ich schreibe Dir vielleicht den letzten Brief, und deshalb will ich die Gelegenheit ausnützen, das heißt von Wichtigem sprechen, davon, was mich quält und mich bewegt, und was ich will und sagen muß. Es ist die Frage über meinen Tod und

über Dein Verhalten dazu. Obgleich mein Advokat die Kassationsklage eingereicht hat und Gründe für sie mehr als genügend vorgebracht waren, obgleich auch das Urteil vom Generalgouverneur, das heißt von Trepow, noch nicht bestätigt worden ist, bin ich doch überzeugt, daß ich sterben werde, es sei denn, daß die Revolution oder daß irgendwelche andern wichtigen politischen Ereignisse mich retten werden. Alles dies ist möglich.

Jeder weiß, daß die russische Revolution nicht hinter den Bergen ist und kein Todesurteil, keine Hinrichtung werden sie aufhalten. Daran glaube ich und werde sogar daran glauben im letzten Moment, wenn mir der Genker den Strick um den Hals legt. Mit diesem Glauben werde ich sterben, und mein Tod wird für mich leicht sein, ich möchte sagen süß, wenn man das in Bezug auf den Tod sagen könnte. Glaube mir, meine Teure, ich bin vollständig ruhig, merkwürdig ruhig. Was bedeutet denn mein Tod, mein Leben, im Vergleich mit der bevorstehenden großen Zukunft, für welche so viele Hunderttausende (vielleicht noch mehr!) junger und besserer Leben als das meine hingegen wurden! Du kannst Dir nicht vorstellen, welche ein Glück der Tod bringen kann. Ich sage das nicht darum, weil ich das Leben nicht liebe oder weil es mir furchtbar oder zuwider ist, oder als ob ich mich von ihm befreien wollte. Nein, im Gegenteil, ich liebe das Leben, ich liebe es so, wie nur ein junger neunzehnjähriger Mann voller Energie, Glauben und Kraft es lieben kann, und wenn nur irgend eine Möglichkeit vorhanden wäre, so würde ich mit der größten Freude leben bleiben. Aber da diese Möglichkeit vor der Hand nicht da zu sein scheint, so wollen wir darüber nicht sprechen.

Ich sage, daß der Tod ein großes Glück im folgenden Sinne bringt und bringen kann. Das ist im Sinne der Moral, im Sinne der Erkenntnis seiner eignen sittlichen Kräfte. Versteh mich recht: wofür sterbe ich denn? Für das große Werk der Befreiung nicht nur des russischen Volkes, sondern auch der ganzen Menschheit. Ich sterbe dafür, daß ich nicht Sklave sein wollte, daß ich nicht beständig mich unter das Joch beugen und zuschauen wollte, wie mit mir noch Millionen Leute unter demselben Joch seufzen, Millionen, welche hätten frei sein können, welche das Recht haben auf die Freiheit und alles, was damit zusammenhängt — wie ein jeder lebende Mensch darauf das Recht hat.

Ich hatte so viel Kraft, daß ich den Tod nicht fürchtete, daß ich bereits zweimal das Gefängnis und die Verbannung ertrug und daß ich vor Gericht, vor den Genkern ruhig, stolz und mutig erschien, und ebenso ruhig und stolz werde ich aufs Schafott steigen. Bringt denn diese Erkenntnis wenig Glück! Obgleich ich immer einen festen Charakter hatte, konnte doch schöner Gesang, gute ergreifende Musik manchmal mir eine unwillkürliche Träne entlocken. Aber jetzt, Teure, da ich von Dir, auf ewig scheiden muß, von so viel Liebe und Treue, ist mir keine Träne ins Auge getreten, überkam mich nicht das geringste Kleinmütige Gefühl.

Das ist die Wahrheit, meine Teure, die reine Wahrheit. Ich sage alles das nicht, um mich zu loben, sondern damit Du sehen kannst, daß ich vollständig ruhig bin und sogar glücklich. Ich wünschte, daß Du auf meinen Tod ebenso wie ich schauen wollest, Du wirst dann nicht so weinen und wehklagen. Ich weiß, wie schwer mein Tod für Dich sein wird. Aber, Teure, wenn Du wüßtest, wie ich wegen Deiner Tränen und

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(41. Fortsetzung.)

Fanny erwiderte: „Nicht. Ich brauche es nicht zu verschweigen. Ich schritt wie gewöhnlich im Hof auf und ab oder vielmehr ich beschrieb einen eintönigen Kreis um den Raum, als ich, gerade die Mauer entlang gehend, plötzlich leise meinen Namen rufen hörte. Im ersten Moment war ich zu bestürzt, um zu begreifen, was man von mir wollte: wäre ich vorbereitet gewesen, hätte mein Verhalten mich wohl nicht verraten. Der Ruf wiederholte sich, im nächsten Moment flog etwas vor mir nieder. Es kam etwas über die Mauer. Nun erst erfaßte ich die Absicht des Rufenden, ich sah mich aufmerksam um, und da ich niemand an den Fenstern bemerkte, und meinen Aufseher, sich keines solchen Zwischenfalls verkehrend, ruhig an der Tür stehen und frühstücken sah, ohne daß er es der Mühe wert erachtete, den Blick nach mir zu wenden, nahm ich den Moment wahr und hob den über die Mauer geworfenen Gegenstand auf. Es war ein um einen Stein gewickelter Zettel.“

„Haben Sie gelesen, was darauf stand?“

„Wie hätte ich das gekonnt — ich mußte ihn doch bergen. Und gleich darauf rannte die Aufseherin auf mich zu und nahm mir ihn ab.“

„So wissen Sie nicht, was er enthält?“

„Nein.“

„Aber Sie wissen, von wem er herrührt?“

„N—nein.“

„Sie wissen es, Fanny Mäder —“

„Ich habe ihn ja noch nicht angesehen.“

Die Gefangene zögerte in ihrer gewöhnlichen Weise, dann richtete sie sich, wie immer in solchen Fällen, stolz empor und antwortete: „Ja.“

„Es würde vergeblich sein, über den Urheber eine Auskunft von Ihnen zu erlangen.“ fuhr Rodbert fort.

„Völlig vergeblich.“ erwiderte Fanny mit Festigkeit.

„Und ob er mit dem Schreiber der von Ihnen vernichteten Briefe identisch ist?“

„Völlig vergeblich.“ wiederholte sie in derselben Weise.

„Sehr wohl, ich habe das erwartet. Hören Sie nun, was ich Ihnen zu eröffnen habe. Ich stand eben im Begriff, die nötigen Schritte zu tun, um Ihre Freilassung zu bewirken. Heute abend, wenn die Weihnachtsglocken zu läuten begannen, sollte Ihr Fuß die Pforte der Freiheit überschreiten. Die Ergebnisse meiner Forschungen setzten mich hierzu in den Stand.“

Er blickte bei diesen Worten die junge Dame forschend an. Sie schien im ersten Augenblick freudig betroffen, als sie aus der Form seiner Mitteilung heraushörte, daß von dem Genesenen, nicht mehr Vorhandenen die Rede sei, verdüsterten sich ihre schönen Züge, und an die Stelle des anfänglichen Hoffnungsleuchtens trat eine ernste, gramvolle Spannung.

Der Affessor fuhr langsam, jede Silbe betonend, fort: „Da ereignete sich dieser Zwischenfall. An sich würde derselbe auf die von mir vorgesehene Maßregel ohne Einfluß sein, aber der Inhalt der aufgefangenen Botenschaft erweist sich als derartig bedeutungsvoll, daß er die rätselhafte Angelegenheit, die ich schon zum größten Teil erklärt wähnte, mit einem Schlage in das alte Dunkel zurückstürzt.“

Sie entgegnete kein Wort, sondern hielt die Augen noch immer mit dem Ausdruck verzehrender Angst und Spannung auf ihn geheftet.

„Und das nicht allein.“ sprach er weiter, „ich glaubte durch die letzten Resultate der Untersuchung Ihre Unschuld sonnenklar erwiesen — dieser Zettel gibt mir, wenn nicht den Beweis Ihrer Schuld, doch denjenigen Ihrer Mitwisserschaft, Fanny Mäder. Hören Sie, was darauf geschrieben steht.“

Und Rodbert las mit lauter Stimme: „Teure, unglückliche Fanny! Was mußst Du Arme leiden um meinetwillen, um fremder Schuld willen! Habe Dank, innigen Dank! Und halte Dich aufrecht, mein Lieb, hörst Du? Bewahre um Gotteswillen Deinen Mut! Sei überzeugt, es wird alles gut werden. Niemand begt eine Abkehr von der Wahrheit. Vertraue auf mich, wie ich mich

fest auf Dich verlasse, ich lasse Dich nicht untergehen. Alles steht zum besten, in wenigen Tagen wirst Du frei sein.“

Fanny lauschte fast mit angehaltenem Atem der Botschaft; der Text des Briefes schien sie mächtig zu packen, die himmelblauen Augen bligten im Glanze feuchter Diamanten, ein kampfhaftes Schluchzen entrang sich ihrer Brust.

Der Affessor bemohnte kaum seine Erregung zu bemerken. Sich bezwingend, fügte er hinzu: „Der Zettel trägt keine Unterschrift — selbstverständlich nicht. Trotzdem bildet er für uns ein wertvolles Beweismittel, denn es geht aus ihm zur Evidenz hervor, daß Sie in der Tat von dem Schicksal des Doktor Ohlhoff mehr wissen, als sich mit Ihrer bisher behaupteten Unschuld verträgt.“

„Ich bin unschuldig!“ rief Fanny heftig.

„So wollen Sie behaupten, es sei Ihnen mit diesem Schreiben eine Falle gestellt worden?“

Das junge Mädchen überlegte, was sie darauf erwidern sollte.

„Sie haben bereits zugegeben, die Stimme erkannt zu haben.“

Fanny richtete sich auf und heftete einen Blick edlen Stolzes auf den Vertreter der Staatsanwaltschaft.

„Ich habe Sie noch nicht belogen und werde auch nicht lügen. Der Brief bedeutet keine Falle, er ist ehrlich gemeint.“

„Dann war der Verfasser mindestens sehr unvorsichtig. Ihnen ein Dokument zuzustellen, worin so viel für Sie Belastendes enthalten ist. Wenn er Ihnen absichtlich schaden wollte, er hätte nicht anders handeln können.“

Die Gefangene bewegte den Arm wie abwehrend. „Mir schaden? Er? Niemals!“ rief sie fast unwillkürlich.

„Sind Sie dessen so sicher?“

„Ja.“ In ihrem Blick prägte sich eine heilige Gesinnung aus. „Der Unglückliche hat kein andres Mittel gefunden, mir einige Worte des Trostes in meinem Elend zu senden — keine Meinung war die edelste. Er soll sich nicht —“

(Fortsetzung folgt.)

Deiner Schmerzen teilhaftig. Wie furchtbar bitter es ist, sich ihrer zu erinnern. Denn wirklich, was sollen Deine Tränen? Bist Du nicht denn dadurch retten? Wozu Dich vom Schmerz überwältigen lassen, wenn Du als alte Frau noch Großes, Glückliches und Freudiges erleben wirst, das heißt eine mehr oder weniger freie Heimat — dasjenige, wofür Deine Kinder in Gefängnissen geknechtet haben, in die Verbannung gingen und ihr Leben hingegeben haben. Meine Leute, ich flehe Dich an, weine nicht so und wehklage nicht.

Verzeihe mir alle Deine schweren Qualen und Leiden, die Du meinetwegen erduldet hast. Du weißt ja, wie ich Dich liebe, Du weißt, daß, wenn ich Dir auch etwas Bitteres verursacht habe, es doch nur unwillkürlich oder unbewußt geschehen ist. Wie gern hätte ich gewünscht, Dich fest an meine Brust zu drücken. Nun lebe wohl!
Dein Gatte m.

Ein ähnlicher Scheidebrief des in diesen Tagen in Wilna gleichfalls zum Tode verurteilten Person an seine Eltern wird gleichzeitig mit dem oben veröffentlichten aus den Freisen des „Bundes“ bekannt gegeben.

Die Salgenregierung arbeitet... Aber das ist ihre letzte Arbeit! Und diese Siegesgewißheit gibt den Soldaten der Revolution in Rußland die freundliche Seelenruhe, die in dem Brief einen so ergreifenden Ausdruck findet. —

II.

Als das Schlagschiff „Anjas Potemkin“ nach Feodosia kam und mit der Stadtbehörde in Unterhandlungen wegen des Provianten und der Lebensmittel trat, wurden diese der revolutionären Schiffsbesatzung zugesagt. Als sich aber das Boot mit Matrosen der Küste genähert hatte, gab der Kommandant der Feodosia-Garnison — ein Oberst — den Befehl, auf die Anlassen des Bootes zu schießen. Und die Soldaten gehorchten. Es befand sich aber unter ihnen einer namens Wotshedlobor, der das Verbrechen nicht ruhig ertragen konnte und der den Beschluß faßte, dagegen zu protestieren. Er trat vor die Front und schoß auf den Regimentskommandeur, ohne ihn zu treffen. Natürlich wurde der kühne Rebell zum Tode verurteilt.

Hier der letzte Brief dieses Soldaten, den er an seine Freunde schrieb, ehe er „justifiziert“ wurde:

Meine Genossen!

Ich schreibe Euch in der Fargonsprache, weil ich der russischen nicht vollkommen mächtig bin. Brüder und Schwestern! Ich werde Euch meine Tat erklären. Zur Zeit, als man auf unsre Genossen Matrosen schoß und ich es sah, wie sie von unserer Hand tot und verblutend niederfielen, da wurde mir dunkel in den Augen. Seitdem fing ich an zu denken: Wer bin ich? Bin ich denn kein Revolutionär? Bin ich denn Gegner der Freiheit und unsres Ideals, welches ich erst spät kennen gelernt habe?

Als ich 20 Jahre alt war, kam ich in die Hände von Tyrannen und da tat's mir um meine früheren jungen Jahre leid, welche nicht der fruchtbarsten Arbeit zur Erreichung unsres heiligen Ideals geweiht waren. Meine Eltern wollten mich in das Ausland schicken, um mich vor dem Soldatendienst zu bewahren. Aber der leidenschaftliche Wunsch, für unser Ideal zu arbeiten, hielt mich fest und ich ging zum Militärdienst. Keine geringe Mühe hat das zaristische sozialdemokratische Komitee gehabt, mich von der Nichtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen! Da konnte ich mich nicht entschließen, mich aus dem Lande, wo ein schrecklicher Kampf gegen unsern Blutsind bedroht, zu entfernen. Nein! Ich habe es beschlossen, es solle die Mühe meiner Agitation nicht umsonst sein und ich soll an der Sache für die in der letzten Zeit im blutigen Kampf gefallenen Opfer teilnehmen. Gewiß werde ich mich vor den Genossen der Feodosia-Organisation nicht rechtfertigen können, daß ich zur Zeit, als es möglich war, im Regiment zu

arbeiten, die Soldaten über ihre schreckliche Tat gegenüber den Genossen Matrosen aufzuklären, gegen die religiösen Vorurteile zu kämpfen, die Arbeit liegen gelassen habe. Ja, ich habe die Arbeit liegen gelassen und habe beschloffen, zu protestieren. Seit 1 1/2 Jahren, als ich ein Klassenbewußter Genosse geworden bin, habe ich einen solchen Tod ersehnt, welcher der Seele eines jeden einen Stempel aufdrücken würde. Ich fürchtete mich immer, als Opfer eines sinnlosen Krieges zu fallen, welchen die russische Regierung führt! Und da wollte ich diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen und habe beschloffen, dem Regimentskommandeur ein Ende zu bereiten. Ich bitte aber wiederum die Organisation um Verzeihung, daß ich im Regiment so viel Arbeit liegen gelassen habe. Aber wie glücklich ich bin, daß ich in Feodosia das erste Opfer bin!

Ich habe sehr viel die Obrigkeit durch meine Gespräche verbrochen und ich möchte, daß meine Rede zu Euch dringen könnte. Ich sehne mich leidenschaftlich danach, daß ihr bei meiner Todesstrafe anwesend seid, welche vielleicht heute abends oder morgen in der Früh vollzogen wird. Einen Gruß an alle Brüder und Schwestern. Ich wünsche Euch Sieg. —

Einen Gruß an alle Genossen! Aus den wilden Mauern des Kerkers mit Gitterfenstern herab wünsche ich Euch den Sieg der Revolution! Der Soldat, der Euch den Brief übergibt, ist ein zielbewußter und ehrlicher Genosse, welcher mich auf meinem Posten ersetzen wird. Die Sachen, welche ich hinterlasse, bitte ich zu verkaufen. Und für dieses Geld bitte ich Literatur (illegale Bücher) für mein Regiment zu kaufen.

Es interessiert Sie wahrscheinlich mein Zustand und was mit mir geschieht. Beim Verhör habe ich erklärt, daß in mir mein Eid laut wurde, welchen ich geschworen habe, bis zu dem letzten Blutstropfen für die Freiheit der Heimat zu kämpfen! Als man mich gefragt hatte: „Wer hat Dich zu dieser Tat gesendet?“ antwortete ich: „Die Liebe zur Menschheit hat mich dazu bewogen.“ — Weiter fragte man: „Falls man Dich freiläßt, wirst Du kein Attentat mehr auf das Leben des Regimentskommandeurs versuchen?“ — Und ich gab zur Antwort: „Lassen Sie mich nur auf eine halbe Stunde frei und Sie werden ihn nicht mehr unter den Lebenden finden. Er hat den Tod wegen seiner Wildheit verdient!“ Sie haben darauf bestanden, daß ich mich als schuldig bekenne, und meine Antwort war, daß ich gezwungen war, meine Tat zu vollbringen.

Sie haben es nötig, daß ich mich selbst für schuldig erkläre, damit sie sich stärker fühlen und die Möglichkeit haben, sich verächtlich zu unserm Ideal zu verhalten. Aber nein! Ich werde mich nicht betrogen lassen! Ich werde nicht auf die Angel der blutrünstigen Tyrannen gehen! Ich werde meinen Brüdern und Schwestern trösten, solange der Strick noch nicht meinen Hals zusammenschneidet. Ich werde es nicht zulassen, daß sie auf unser Ideal speien! Sie mögen sehen, wie mächtig es ist. Sie werden uns nicht mit ihren Säbeln und Flinten zu Tode hegen. Sie werden uns nicht erschrecken.

Singend werde ich zu Tode gehen.

Erst jetzt habe ich es verstanden, in was für einer gemeinen Welt wir leben. Ich danke der Natur, daß es mir beschieden war, durch meinen Tod meine Brüder und meine Schwestern zu beschützen.

Lebt wohl, lebt wohl, Brüder und Schwestern!

Joseph Wotshedlobor.

Auch dieser junge Held weilt nicht mehr unter den Lebenden.

Singend, glücklich, froh hat er den Tod erwartet — den Tod für die Freiheit seiner Heimat!

Die deutsche Sozialdemokratie sammelt für die Opfer der Revolution. Ist jemand vorhanden, der nichts für eine Sache empfindet, für die die Märtyrer so ihr Leben lassen? —

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Tapezierer! Bei der Firma A. W. Güllen in Dortmund sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Gehilfen sind im Ausstand. Zuzug ist streng fern zu halten!

Frieden im rheinisch-westfälischen Baugewerbe. Aus Dortmund wird uns vom 29. August geschrieben:

Am Montag traten die Vertreter der Arbeiterverbände in Bochum zu einer Konferenz zusammen, um über den von der Einigungs-Kommission vorgelegten neuen Arbeitsvertrag zu beraten. Nach langer, teilweise erregter Debatte wurde der Vertrag mit 93 gegen 37 Stimmen angenommen. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Bestimmungen sind folgende: Die 10stündige Arbeitszeit muß spätestens bis zum 16. März 1907 durchgeführt sein. Ihren grundsätzlichen Standpunkt, für dieses Jahr keine Lohnzulage zu gewähren, für Orte, wo schon Tarife bestanden, haben die Unternehmer beibehalten; andererseits haben die Arbeiter von ihrer ursprünglichen Forderung viel nachgelassen. Eine Lohnzulage um 1 Pf. tritt in Kraft vom 1. Oktober d. J. ab, eine weitere Zulage um 2 Pf. folgt am 1. April 1906 und für eine Anzahl Orte nochmals eine solche vom 1. April 1907 ab. Für Maurer und Zimmerer würde von den letzteren Terminen an der Lohn betragen in Dortmund, Bochum, Essen und Gelsenkirchen: 55 Pf., in mittleren Orten 53 Pf. und je nach den örtlichen Verhältnissen abgestuft bis auf 45 Pf. in einigen rein ländlichen Gebieten. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter stehen überall um 10 Pf. unter den Maurer- und Zimmererlöhnen. Für Ueberstunden, die nur in ganz dringenden Fällen gestattet sind, wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt, für Sonntagsarbeit gibt es 100 Proz., für Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag. Akkordarbeiten sowie besondere Arbeiten unterliegen bezüglich der Löhne der freien Vereinbarung, jedoch wird bei Akkordarbeit der Stundenlohn garantiert. Der Vertrag ist wirksam bis zum 1. Mai 1908. Zweck Schlichtung eventuell ausbrechender Streitigkeiten wird ein Einigungsamt eingesetzt, zu welchem in gleicher Zahl Unternehmer und Arbeiter Vertreter entsenden. Am Mittwoch werden die Unternehmer offiziell die Abmachungen akzeptieren. In allgemeinen Verammlungen soll noch heute und morgen über die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt werden. Damit ist der große Kampf beendet. Wahrscheinlich werden auch noch andre Gebiete sich auf diesen Vertrag festlegen. Falls solche Anträge gestellt werden, bestimmt das Einigungsamt die Löhne für die respektiven Bezirke. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß die satfam bekannte ultramontane „Armonia“ in Dortmund noch in letzter Stunde einen Versuch machte, die Unternehmer aufzureizen, nichts zu bewilligen, mit der Erklärung, die Arbeiter wären sowieso gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das war ein Schelmenstreich, jedem Scharfsmacherorgan würdig. Die Zentrumsprelle legt sich im Punkte Arbeiterverrat immer weniger Zwang auf; die ausgesprochenen Kapitalistenblätter können sich bald schlafen legen, in bezug auf Unternehmensschutz halten sie mit der Zentrumsprelle die Konkurrenz nicht aus. Diesmal war die schwarze Verräterei etwas zu spät gelegt. —

Die Holzarbeiter in Köln nahmen in einer von 1500 Verbandsmitgliedern besuchten Versammlung Stellung gegen die Streikbrecherpraktiken der „Christlichen“. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die im Lokale zum Roten Löwen tagende öffentliche Holzarbeiter-Versammlung beurteilt in ganz entschiedener Weise das Verhalten der christlichen Führer, die ihre Mitglieder zum Streikbruch zwingen und sämtliche Streikposten der Polizei denunzieren. Infolge dieses Arbeiterverrats der christlichen Führer kann kein Arbeiter den christlichen Holzarbeiter-Verband als Arbeiterorganisation anerkennen. Die Schreiner Kölns werden aber, unbekümmert um diesen Verrat, den Kampf

Bergbriefe.

[Nachdruck verboten.]

Berggäste und Bergpöbel.

Der Mensch erinnert sich von Zeit zu Zeit, daß seine eigentliche Heimat nicht zwischen den Steinmauern der Städte liegt, sondern daß seine Ahnen ihre Kraft aus dem Lohen der Wälder und Wälder und Berge gesaugt. Diejenigen, „die es haben“, folgen dann diesem Drang und befriedigen ihn auf einige Wochen, und diejenigen, die es nicht haben, nehmen den Sonntag dazu und rümen wenigstens für ein paar Stunden sonnenstrahlendurchflutete, reine Luft.

Nun glaube ich zwar nicht, daß die Unterscheidung der Menschen in gute und schlechte, in Schöne und Böde, so leicht zu bewerkstelligen ist, daß man sagt: diejenigen, die etwas haben, sind die schlechten, und diejenigen, die nichts haben, das sind die guten. Aber eins ist sicher; nämlich, daß hier oben in den Bergen die Zahl derjenigen, die etwas oder viel haben, und die unangenehm ausfallen, relativ weit größer ist, als die Zahl der unangenehmen Berggäste, die nichts haben. Ein Bildungs- und Besitzpöbel macht sich in den Bergen breit, daß einem ganze Nachmittage verhungert werden können, wenn man die Gesellschaft nicht von der humoristischen Seite anzusehen die Gemütsveranlagung hat. Die meisten Leute, welche vornehme Gefinnung und hohe Bildung besitzen, finden sich zwar auch, aber unzureichend selten. Am angenehmsten ist noch der gelehrte Mittelstand: Bergie, Professoren usw. Am meisten auf die Herzen gehen einem die kleinen Industriellen, Fabrikdirektoren und Konjunkten mit deren Gattinnen und Kindern. Was auf den Gesichtern dieser Leute steht, ist meist Parvenüsm, Gemütslosigkeit, Energie und eine Vagabundage Selbstbewußtsein. Es laufen hier, 1000 Meter über dem Meer, Fabrikdirektors-Gattinnen herum in Seide und Brillanten, deren äußerliche Körperlichkeit durch die geistige Verwahrlosung und Unfähigkeit der Gesellschaft so degradiert ist, daß sie einem widerwärtig sind und Ekel einflößen. Der tierische und blöde Instinkt auf dem Gesicht eines armen Schmiedelumpen ist noch sympathischer; denn auf solchen Gesichtern sieht doch meist auch die Trauer über die eigene Verkommenheit geschrieben.

In einzelnen Fällen sieht man die Eigenschaften des Vaters und der Mutter auch schon an den Kleinen Kindern. Junge sind es Herrschmiedelumpen, ohne die Fähigkeit, sie zu bestrafen, die sich da regen. In Sprache und Gesichtsausdruck solcher kleinen

von einer sogenannten Erzieherin überwachten Kinder zeigen sich schon die Anfänge des Größenwahns, der die Alten beherrscht. Sie fühlen das Bedürfnis, über alles ihre Meinung zu sagen und zu erlauben oder nicht zu erlauben. So ein kleiner Frack kam dieser Tage zu mir, als ich in einem illustrierten Weltblättchen, das ich der Bibliothek des Gasthauses entnommen hatte. Er sah so hochmütig, als er das fertig brachte, in das Buch und sagte: „Weißt Du, die Bilder gefallen mir nicht, aber Du darfst sie meinetwegen ansehen.“ Das Kerlchen war 4 Jahre alt und hatte nichts Kindliches mehr an sich. Die Ohrfeige, die sich meiner Reden aufdrängen wollte, hätte eigentlich dem Vater und der Mutter des bemitleidenswerten Wüchens gehört, das nur die Manieren seiner Erzeuger nachahmt. Das gleiche Kerlchen war einst nicht mit seinem Mitageßen zufrieden, das er mit seiner Stimme in der Wirtstube einnahm. Er rief auf eigene Faust eine Kellnerin: „Lina, sagen Sie, was dort's heut an der Table d'hôte?“ — Es gab mir fast einen Stich ins Herz. Da fragte ein vierjähriges, verzogenes Wüchchen im Beisein der Kellnerin nach der Speisekarte der großen Mittagstafel, weil ihm Huhn und Kompost nicht saßen, und Tausende armer Arbeiterkinder wären glücklich, wenn sie sich an Brot und Kartoffeln satt essen könnten. Ich habe nie einen wirksameren Agitator des Klassenkampfes gesehen, als das vierjährige Leuchtbüchlein und Schändchen des Herrn Großindustriellen Sombro aus A., der ein Typus in seiner Art ist.

Es ist mir dieser Tage einmal unerträglich geworden, diese überernährten Köpfe voll Hochmut und Egoismus zu sehen, und ich bin in den Wald geflüchtet. Da fand ich fünf Italiener an der Arbeit. Ehrliche, ernste Gesichter mit jener stillen Trauer auf den Zügen, welche man so oft bei den Söhnen des Südens findet, die bei uns in 12stündiger Arbeit in der Fremde ihr Brot verdienen. Aber der Konflikt wirkte trotzdem erstickend. Hier war doch die lebendige Kraft, die sich aber trotzdem ihrer selbst noch nicht bewußt ist; dort aber war das bis zum Größenwahn entwirkelte Selbstbewußtsein einer Kraft, die schon die Fäulnisstadien an sich trägt, ohne es zu merken.

Diese Herrschaften benehmen sich auch der Natur gegenüber so pöbelhaft, als ob sie nur dazu da wäre, ihnen für einige Wochen über die größte Langeweile zu helfen. Sonnenanfang und untergang, die Alpenfernsicht, die blauen Ratten und die tiefen Wälder, all das betrachten sie mit einer gewissen gnädigen Geringschätzung als ihre wegen da, und das Wort, das sie für

die Herrlichkeiten der Erde haben, ist gewöhnlich, es sei „einmal ganz nett und interessant“. Sie — leider aber auch weniger begütertes Wandervolk — haben so wenig Schönheitssinn, daß sie den Waldboden mit unzähligen Papierstücken, Eierhäuten usw. besunghen. Andre mögen es wegschaffen. Zum Zeitvertreib helfen sie auch einmal den Knechten heuen, aber so, daß ihnen die Knechte nachfluchen; denn sie wälzen sich nur auf dem Heu, so daß es sich halt und nicht gut geladen werden kann, oder die Damen fragen die Herren, ob sie sich im Heu „interessant ausnehmen“. Stelhaftes Drohnenvolk, das nicht nur von der Arbeit anderer lebt, sondern vor dieser Arbeit nicht einmal den Respekt hat, der das wenigste ist, was man von Faulenzern verlangen kann.

Noch unangenehmer aber und geradezu gemeinschädlich sind die Millionäre, die jetzt auch im Schwarzwald ganze Stücke Landschaft dem öffentlichen Zugang entziehen, indem sie große Landflächen ankaufen, mit Stachelstrauchzäunen umgeben, eine Villa darauf bauen und im Jahr zwei Monate dort wohnen. Der Titisee z. B. ist in Gefahr, alleiniges Gemeineigentum von Millionären zu werden, die nicht nur das Seeufer unzugänglich machen, sondern auch noch Baumplantagen so anlegen, daß der Wanderer auch von der Straße aus mit der Zeit den See nur noch stellenweise sehen können. Ein Versuch, diesem Landchaftskapitalismus entgegenzuarbeiten, wird jetzt am Titisee dadurch gemacht, daß der Staat den See als Eigentum des Fiskus in das Grundbuch eintragen und einen Weg um das Seeufer anlegen läßt. Aber ohne Prozesse wird's kaum abgehen. Die Geschichte der Kapitalisierung landschaftlicher Schönheit in England ist so ein erschreckendes Kapitel der Brutalität privatrechtlicher Annektion, daß man in Deutschland beizeiten daraus lernen sollte.

Glücklicherweise trifft man aber auch andre Berggäste, als den vornehmen Pöbel. Und oft findet man bei einfachen Handwerkerbürgern oder Bauern ein überraschendes Feingefühl für das Ueberwältigende der Naturschönheit hier oben. Am besten unter diesen Berggästen, die oft am Sonnabend nach harter Wochenarbeit nicht zu Bett gehen, um am Sonntag früh den Sonnenaufgang auf den Bergen ansehen zu können, hat mir gestern ein Männlein, ein alter Säger brummen aus dem Tal, gefallen, der mir sagte: „Dene Morge ich's sei g'sil Eifach nobell. D'Kirch' isch nig d'rageel. So jol!“ —

so lange fortführen, bis er mit einem Siege für die Arbeiter beendet ist."

Aus dem Gewerkschaftskartell und Sekretariat in Breslau ist die dortige Geschäftsstelle des Metallarbeiterverbandes ausgetreten. Die eigentliche Ursache zu diesem Schritt ist in Grenzstreitigkeiten zwischen dem Metallarbeiter-Verband und der Organisation der Fabrikarbeiter zu suchen, die schließlich die erstere Organisation veranlaßte, den Ausschluß der Fabrikarbeiter aus dem Kartell zu beantragen. Diesen Antrag lehnte das Kartell ab, weil, wie der Vorstand des Gewerkschaftskartells erklärt, nach einem seinerzeit veröffentlichten Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands es unzulässig sei, eine Gewerkschaft wegen Grenzstreitigkeiten aus dem Kartell auszuschließen.

Folgen der Crimmitschauer Aussperrung. Als im Januar v. J. die Crimmitschauer Textilarbeiter nach monatelanger Aussperrung wieder in Arbeit traten, wußte die Unternehmensepresse von einem großen Sieg der Fabrikanten zu berichten. Und richtig, die Arbeiter waren niedergezwungen worden, die brutale Kapitalmacht hatte gesiegt; aber der große Sieg hat den Siegern weit tiefere Wunden geschlagen, als den Besiegten. Die Arbeiter haben sich längst vom Schlag erholt, der Textilarbeiterverband hat heute in dem Streikgebiet mehr Mitglieder als zuvor; aber die Crimmitschauer Garn-, Tuch- und Wollstoff-Industrie leidet noch immer unter den Nachwehen der durch den Machtdünkel und die Halsstarrigkeit der Fabrikanten heraufbeschworenen Arbeitsstörung. Das ganze vorige Jahr hatten, wie der Jahresbericht der Handelskammer Plauen beweist, diese Industriezweige hart mit der durch die Aussperrung großzügigen Konkurrenz zu kämpfen. So heißt es z. B. im Bericht:

„Die Weberei von Crimmitschau hatte im Berichtsjahre einmal unter den Folgen des im August des Vorjahres ausgebrochenen und erst mit dem 18. Januar 1904 beendigten großen Streiks, dann aber auch mit der Ungunst der Mode zu kämpfen, so daß sich das Jahr zu einem durchaus unglücklichen gestaltete. Die Folgen des Streiks kamen hauptsächlich dadurch zum Ausdruck, daß es erst ganz allmählich gelang, die alte Kundenschaft, welche sich während der lang dauernden Arbeitseinstellung, wie bereits im vorigen Bericht hervorgehoben, andern Fabrikationsplätzen zugewendet hatte, wiederzugewinnen. Von einem Berichtsfaktor wird in dieser Beziehung bemerkt, daß er erst nach und nach ganz allmählich seine Fabrikation wieder aufnehmen konnte, da die Aufträge sehr ungenügend eingingen, so daß er erst Mitte Dezember des Jahres 1904 wieder voll beschäftigt war. Da demnach die Beziehungen zu der alten Kundenschaft erst wieder angeknüpft werden mußten, so sahen sich die Fabrikanten veranlaßt, vielfach Beschäftigung in billigen Stapelqualitäten und Konfektionsstoffen anzunehmen, wie sie sich gerade boten. Dazu kam noch, daß sich infolge Fehlens von Mustergarnen die Neumusterung schwierig gestaltete, so daß die Sommeraison so gut wie vollständig verloren ging, wenn auch im Laufe des Sommers noch einige Aufträge von der Berliner Damenkonfektion eingingen. Aber auch für die Wintermusterung war die Saison bei Beendigung des Streiks schon soweit vorgeschritten, daß nur in beschränktem Maße gemustert werden konnte und Aufträge auf die Musterung nur sehr spärlich eingingen.“

Die Fabrikanten werden es sich daher überlegen, ob sie noch einmal 7000 Arbeiter aufs Pflaster werfen sollen.

g. Die Koalitionsfreiheit mit dem Galgen daneben. Ein bedenkliches Urteil fällt das Schöffengericht Nürnberg auf Grund des famosen § 153 G.-D. Der Beleidigung und Bedrohung Arbeitswilliger war der Gauleiter des Bau- und Erdarbeiterverbandes Heinrich Rothmund beschuldigt. Im Mai traten die Bauarbeiter angründlich von Faber-Castell'schen Schloßneubau in den Streik ein. Rothmund wollte die am gleichen Bau beschäftigten Maurer und Steinhauer veranlassen, sofort ebenfalls in den Ausstand einzutreten, während diese, erklärten, sie müßten erst die Anweisungen ihres Hauptvorstandes abwarten. Im Fortgehen sagte Rothmund zu dem organisierten Steinhauer Roth, sie sollten tun, was sie wollten, er werde schon wissen, was er in der Presse zu tun habe. Darauf erwiderte Roth, man werde ihn doch nicht als Streifbrecher hinstellen wollen. Der vorübergehende Gendarm Wirth hörte diese Auseinandersetzung und hatte nichts anderes zu tun, als Rothmund wegen Beleidigung und Bedrohung d. s. s. anzuzeigen. Vor Gericht erklärte Roth, er habe sich durch Rothmunds Äußerung nicht bedroht gefühlt und seine Erwidrerung sei nur als Scherz aufzufassen. Die Maurer und Steinhauer seien bereit gewesen, sich dem Streik anzuschließen, aber nur mit Genehmigung ihres Hauptvorstandes; als diese bald darauf eingetroffen sei, hätten sie sofort die Arbeit freiwillig niedergelegt. Trotz dieser Aussage wurde Rothmund zu 7 Tagen Gefängnis verurteilt, da seine Äußerung die Drohung enthalte, Arbeiter, die nicht streiken würden, als Streifbrecher hinzustellen. Die Aussage des Roth wird in dem Urteil als „Fünkerei“ erklärt, Roth wolle dem Angeklagten nur heraus helfen und seine „Maßnahmen von anderer Seite“ zu befürchten. Es ist aus gewissen Gründen nicht angängig, zu diesem Urteil das zu sagen, was man gerne sagen möchte.

Der Verband der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen

hält gegenwärtig in Breslau seinen sechsten Verbandstag ab. In der Sitzung am Montag erlatete der Verbandsvorsitzende Giebel-Diffendorf Bericht über die Tätigkeit des Verbandes in den verfloßenen 3 Jahren seit dem letzten Verbandstag.

Dem Verband gehören am 1. Juli 1905 2037 Mitglieder an, gegenwärtig ist die Mitgliederzahl auf 2200 gestiegen. Beim letzten Verbandstag in Hannover 1902 betrug die Mitgliederzahl noch 1500, es ist also ein wesentlicher Fortschritt erzielt. Eine im Jahre 1903 vorgenommene Abstufung bezüglich der Anstellungsverhältnisse ergab folgenden Resultat. Von rund 1200 Beamten hatten 532 unter 1500 Mark, 443 unter 2000 Mark, 170 über 2100 Mark Gehalt. Das Durchschnittsgehalt betrug also 1600 Mark, doch ist zu berücksichtigen, daß die Fragen nur durch Kollegen beantwortet wurden, die schon in besseren Stellen sich befinden. Von den beantwortenden Kollegen hatten nicht weniger als 774 keinen Anstellungsvertrag. Als im Jahre 1903 die Kotelle zum Krankenversicherungsgezet kam, reichte der Verbandsvorstand eine

Petition an den Reichstag ein, worin die volle Selbstverwaltung der Kassen gefordert wurde, jedoch um gesetzliche Garantien gegen willkürliche Entlassungen der Beamten usw. gebeten wurde. Der Reichstag hat die Petition leider nicht berücksichtigt, dagegen den Antrag Saonig (Br.) angenommen, welcher ungefähr das Gegenteil der Wünsche der Beamten enthält. Giebel gibt sodann einen Überblick über die Bestrebungen des Verbandes, in freier Vereinbarung mit den Kassenvorständen Verbesserungen für die Angestellten zu erreichen. Er erinnert an die Münchner Beschlüsse des Ortskrankentages und an die Dresdener Revision derselben. Zum Schluß vertritt Medner die Notwendigkeit für den Verband weiter zu agitieren. Es sei selbstverständlich ein Unsinn anzunehmen, daß die Kassenbeamten einmal streiken würden. Derartige absurde Gedanken untergraben das Selbstverwaltungsrecht der Kassen und das Letztere liege auch dem Verbands der Kassenbeamten in erster Linie am Herzen.

Nachdem der Kassenvorstand erlatet worden, wurde ein Ueberblick über die Gestaltung des Verbandes (Vollständliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung) seit dem letzten Verbandstage gegeben. In Hannover wurde sowohl der Verbandsvorstand als auch der Kassenvorstand der Ortskrankenkassen gewählt. Die Anforderungen an die Redaktion wüßten immer größere. Neben der Vertretung der beruflichen Interessen nahm die weitere Ausdehnung des sachlichen Leses immer größere Kräfte in Anspruch. Der Kassenvorstand der Zeitschrift, Wendlandt-Wagdeburg, gab über seine eigne Tätigkeit noch einen besonderen Bericht. Es sind neben der Redaktionsstätigkeit besonders die vielfachen schriftlichen Anfragen, Beantwortungen, die der Redaktion obliegen. Rund 900 Antworten mußten in den letzten 3 Jahren erteilt werden. Das sind pro Monat dreißig. Die Anfragen betreffen meistens sachliche Materien (Gesetzesauslegungen usw.), doch werden vielfach auch Anfragen gestellt, die besser unterblieben.

Es folgte hierauf der Bericht des Ausschusses.

Dann wurde die Debatte über die Berichte eröffnet. Im wesentlichen drehte sich dieselbe um die Haltung des Verbandsvorstandes und der Redaktion gegenüber den einzelnen Kassenvorständen. Menge-Warmen gab Ausschluß über die Verhältnisse der Beamten in Rheinland-Westfalen. Dort wird dem Vorstand der Kasse ein gewisses Pauschale gezahlt und dafür muß er sämtliche Unterbeamten anstellen und honorieren. Dann haben die Kassenvorstände die Verantwortung für die Anstellungsverhältnisse der Beamten auf andere Schultern abgewälzt. Für die Verhältnisse in diesen Kassen ist es bezeichnend, daß, als in Hannover ein anderer Verbandsvorstand gewählt wurde, die Bezirksgruppe Rheinland-Westfalen sich auflöste, weil der Verband jetzt in — sozialdemokratisches Fahrwasser gelang. Nur ein kleiner Stamm der Verbandsmittelglieder unter den Beamten hielt am Verband fest und ihm gelang es auch, die Bezirksgruppe wieder zu beleben.

Braun-Königsberg ist im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes und der Redaktion der „Vollständlichen Zeitschrift“ einverstanden, bemängelt aber doch die Art, wie die „Zeitschrift“ gegenüber den Vorständen der Ortskrankenkassen in Leipzig und Dresden polemisiert habe. Es sei sehr anerkennenswert, daß Wendlandt die gewerkschaftlichen Interessen der Verbandsmittelglieder in so temperamentvoller Weise wahrnehme. Aber doch gebe es auch darin eine Grenze. Wenn man gegen die Kassenvorstände polemisiert, müsse man sich vergegenwärtigen, daß diese zwar die Arbeitgeber der Beamten seien, aber doch nicht in dem Sinne eines Privatunternehmers, der in gewissen Maße aus Eigennutz und Profitgier sich den Arbeitern feindlich gegenüberstellt. Die Kassenvorstände, soweit sie überhaupt in Gegnerschaft zu den Angestellten sich befinden, hätten doch keinerlei eigenes Profitmotiv, das sie zu ihrer absonderlichen Haltung bringe, sondern sie wären nur im Eifer um ihre soziale Stellung. Deshalb müsse man ihnen gegenüber eine andere Stellung auch im Kampf einnehmen als gegenüber den Privatunternehmern. Die Herren Pollender und Fräßdorf seien zwar in ihren Äußerungen auch nicht einwandfrei gewesen, aber Wendlandt sei in seiner Abwehr entschieden zu weit gegangen. Er habe hoffentlich inzwischen eingesehen, daß er zu weit gegangen sei, als er gar den Streik androhe.

Julius Cohn-Berlin meint, seine engeren Kollegen seien nicht der Ansicht, daß man sehr zimperlich im Ton sein müsse. Man müsse mit den Kassenvorständen auch einmal Fraktur reden. Das sei besonders notwendig gegenüber manchen Leuten, die gewerkschaftlich und politisch sozialdemokratisch denken und die als Kassenvorstandsmittelglieder denken, daß sie den Beamten alles und noch einiges bieten könnten. Solche Fälle seien zwar vereinzelt, aber wenn sie vorkommen, müsse man auch zeigen, daß man den Leuten auf die Hand rücke. Man dürfe auch — er stelle sich mit den Berlinern vollkommen auf den Boden der Wendlandtschen Ausführungen — vor einem Streik nicht zurückweichen.

Friele-Radebeul polemisiert gegen den Vorredner und gegen Wendlandt, dessen Artikel in der Kassenvorstandsfrage nicht den Interessen der Angestellten gedient habe. Medner meint weiter, daß der Stellennachweis des Verbandes nicht gut funktioniere, da die Vorstände zwar Stellen ausgeschrieben, aber sie schon vorher besetzt hätten. In Zwickau habe man den Reichstagsabgeordneten Seifert in das Amt des ersten Kandidaten berufen und andere ältere Beamte übergegangen.

Im weiteren Verlauf der Debatte verwarf sich Giebel-Diffendorf namens des Verbandsvorstandes gegen die Auffassung Julius Cohns, als ob man immer nur auf die Kassen los schlagen dürfe, ohne die begleitenden Umstände genau zu prüfen. Das sei nicht die Ansicht des Verbandsvorstandes.

Den Verbandsfunktionen wurde Entlastung erteilt.

Zu der Nachmittagsung referierte zunächst der Verbandsvorsitzende Giebel über die sogenannten Münchner Beschlüsse und die Stellungnahme des Dresdener Ortskrankentages zu denselben.

Medner gab einen kurzen Rückblick auf die Entstehung der Münchner Beschlüsse. Die vom Breslauer Ortskrankentage 1903 eingeleitete paritätische — aus Vorstandsmitgliedern und Beamten zusammengesetzte — Kommission hatte die Aufgabe, eine Vorstudie für die Beamten entsprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen der verschiedenen Gegenden Deutschlands anzuarbeiten. Diese Stala wurde 1904 vom Münchner Ortskrankentage mit einigen Veränderungen zum Beschluß erhoben und den Kassen zur Durchführung empfohlen. Auf dem letzten Ortskrankentage, der Anfang dieses Monats in Dresden stattfand, hat es nun bekanntlich lebhafteste Debatten über die Zweckmäßigkeit jener Beschlüsse gegeben mit dem Resultat, daß die paritätische Kommission in Gemeinkraft mit der geschäftsführenden Kasse des Verbandes der Ortskrankenkassen beauftragt wurde, die Münchner Beschlüsse einer Nachprüfung zu unterziehen. Giebel unterzog die Dresdener Debatten und insbesondere die Stellungnahme von Fräßdorf und Pollender einer eingehenden Kritik und behauptete insbesondere, daß ein Bureau-Beamter — Kundé-Hamburg — sich als Schulmeister für die Kassenvorstände aufgepielt habe. Ferner polemisierte Medner gegen die „Medizinische Reform“, die das Streben der Beamten nach Sicherstellung auf eine Stufe mit dem Vorgehen der Ärzte gegen die Kassen gestellt hatte. Diese Gegenüberstellung sei ein Unsinn, denn das Verhältnis der Beamten zur Kasse sei ein ganz anderes als das der Ärzte. Medner wies ferner auf die Haltung des Zentralorgans der christlichen Gewerkschaften, die „Westl. Arbeiterzeitung“, hin, welche den Standpunkt vertreten habe, die Kassenvorstände hätten ganz recht, wenn sie die Wünsche der Beamten ablehnten. Im weiteren betonte er die Notwendigkeit, daß auf Grund der Dresdener Beschlüsse weiter gearbeitet würde. Besonders sei es ein Tätigkeitsgebiet der Bezirksgruppen, die Einführung der Gehaltskala bei den einzelnen Kassen zu betreiben.

Es sei auch notwendig, daß bei Gründung des geplanten und in Dresden prinzipiell abgeklärten Zentralrats und der Bezirksgerichtsgerichte den Beamtenbeisitzern strengste Objektivität zur Pflicht gemacht werde, damit später nicht einmal der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht werden könne.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die Stellung des Verbandes zu den neuen Beratungen der paritätischen Kommission. Allseitig wurde gewünscht, daß die Revision der Münchner Beschlüsse keine Rückwärtsbewegung werden möge. Die Delegierten des Verbandes zur paritätischen Kommission sollen aber freie Hand behalten. In einzelnen wurde darüber Klage geführt, daß die Münchner Beschlüsse auch von solchen Kassen nicht durchgeführt worden sind, von denen Vorstandsmitglieder der paritätischen Kommission angehörten. Die

Diskussionsredner nahmen fast sämtlich nicht oder mißlich scharf gegen über den angeblich beamtensyndikalen Kassen in Sachsen. Stellung. Schließlich wurde die Meinung des Verbandstages in folgender, einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck gebracht:

Der Verbandstag verurteilt zunächst das Vorgehen der Vorstände der drei großen sächsischen Krankenkassen und hält nach wie vor die Durchführung der Münchner Beschlüsse bezüglich der Regelung der Anstellungen und Gehaltsverhältnisse der Kassenangehörigen in allen Kassen, ganz besonders in allen größeren Kassen, nicht nur für möglich, sondern auch im Interesse der Angestellten für dringend notwendig und macht es den Vorstandsmitgliedern zur Pflicht, ungeachtet der Vorgänge auf der Jahresversammlung in Dresden für die weitere Einführung dieser Beschlüsse inermüde zu wirken.

Als Delegierte für die paritätische Kommission wurden gewählt: Giebel-Diffendorf, Braun-Königsberg, Reick-Wurzen, Wendlandt-Wagdeburg, Cohn-Berlin.

Dann ging der Verbandstag über zur Festsetzung des Verbandsbeitrags und zur Beratung von Anträgen zur Änderung des Verbandsstatuts. Diese Beratungen haben für die Deffentlichkeit kein Interesse.

Provinz und Umgegend.

Müchtersleben, 29. August. (Bei der Bauaufsicht der Kanalisation) wurde die Befreiung der Gemeindefriedhöfe und die Ausführung der Grabarbeiten inklusive Regen der Müchtersleben vergeben. Die Ausführung des ersten Auftrags wurde der Firma Mölders u. Co., Hildesheim, zum Betrage von 307 617,88 Mark, die des zweiten der Firma Wöhlde, Magdeburg, zum Betrage von 209 392,50 M. übertragen. Im ganzen waren zwölf Offerten eingegangen, deren Beträge zwischen 701 342,30 Mark und 489 382,25 Mark für beide Aufträge sich bewegten. Unter diesen Bewerbern befanden sich zwei hiesige Firmen, die Firma Weisner und H. Wännecke. Nachdem beide Firmen keine Beschäftigung gefunden hatten, unternahm es zunächst die Firma Weisner über die Vergebung der Arbeiten an auswärtige Firmen sich zu äußern. Trotz ihrer Nichtbeschäftigung befreite sich die Firma in der Beurteilung des Beschlusses über die Vergebung der Arbeiten größter Objektivität, dabei nicht unterlassend, zu bemerken, daß es zu bedauern sei, daß eine Steiner-Firma von großer Leistungsfähigkeit bei ihrer billigen Offerte nicht berücksichtigt worden sei. Die Firma H. Wännecke hat sich ebenfalls geäußert. Die Ausführungen unterscheiden sich von denen der Firma Weisner im wesentlichen dadurch, daß sich die Firma darin gefaßt, ihre Leistungsfähigkeit im größten Maße zu zeigen, wobei behauptet wird, daß die Nichtbeschäftigung der Firma durch den Einfluß des Ingenieurs Salomon erfolgt sei. Die internen Einzelheiten aus den Sitzungen der Tiefbaukommission, welche die Firma Wännecke zum besten gibt, lassen erkennen, daß sie sehr gute Verbindungen nach dort hin hat. Am Schluß ihrer Ausführungen heißt es dann: „Es wäre zu wünschen, daß wir Arbeiter wüßten, weshalb einmal aus dem Schlafe auf und sehen darauf, daß das Geld möglichst in der Stadt bleibt und nicht wie vielfach auch bei Weihnachts- und Hochzeitsfeiern nach auswärts geschleppt wird.“ Für das Letztere mögen sich bei der Firma Wännecke die besser situierten Stände, zu welchen Herr Wännecke selbst gehört, bedanken, denn die Arbeiter trifft die Bemerkung nicht. Nun sind über die Ausführungen des Herrn Wännecke verächtlich zustimmende Äußerungen laut geworden. Selbst aus Arbeiterkreisen ist dieses selber auch der Fall gewesen. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Die beiden Firmen, denen die Arbeiten übertragen worden sind, wohnen in größeren Städten. Nun ist die Verfrachtung ausgesprochen worden, daß dieselben die zur Ausführung nötigen Arbeiter mitbringen würden, wodurch den hiesigen Arbeitern die Möglichkeit, durch den Kanalisationsbau Arbeit zu erhalten, genommen sei. Daß diese Verfrachtung ausgesprochen wird, scheint mehr ein spekulativer Kniff gewisser Kreise zu sein, denn die einfache Tatsache, daß die Löhne in Magdeburg als auch in Hildesheim höher sind als in Müchtersleben, lassen die Unhaltbarkeit der Bemerkung erkennen. Deshalb könnten höchstensfalls wirklich einige Arbeiter von den genannten Orten nach hier kommen, wodurch die Löhne der hiesigen Arbeiter deren Löhnen angepaßt werden, worüber die hiesigen Arbeiter sich kaum beklagen würden. Wenn nun die Firma Wännecke in sehr beweglichen Worten schreibt: „Wohlerlebet macht auf, daß das Geld im Orte bleibt“, so kann das wohl nur auf den entgangenen Verdienst für die genannte Firma Bezug haben. Welche Sympathie aber hierbei die Firma zum Ausdruck bringt, beweist das, daß dann die Bürger in Sorgen und Furchtschmerz, die der Firma Arbeiten übertragen haben, von dieser hätten darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß sie ihre Arbeiten am Orte vergeben müßten. Aber das — ist nicht geschehen. Ob ferner der Arbeiterchaft damit gedient worden wäre, wenn die Firma Wännecke die Arbeiten ausgeführt hätte, dürfte sehr zu bezweifeln sein. Der Beweis vom Gegenteil ist dadurch erbracht, daß die Firma bei größeren Bauausführungen billige Arbeitskräfte heranzog. Weiter hat die Firma bei Ausführung von Pfasterarbeiten (Mosai) ungelernete Arbeiter beschäftigt, wogegen die Steinseher pausieren mußten. Daß dieses geschah, dürfte doch nur auf die niedrigen Arbeitslöhne zurückzuführen sein. Es fand auch keine Abstellung statt, trotzdem sich die in Frage kommenden Steinseher an zuständiger Stelle darüber beschwerten. Der Wahrspruch des Herrn Wännecke dürfte nur für den Bruchteil der Bürgerchaft in Frage kommen, zu dem er selbst gehört.

Biere, 28. August. (Ein dreifacher Diebstahl.) Am Sonntag war hier Landwehrfest. Bei dieser Gelegenheit haben Diebe die Abwesenheit des Mauerers Heinrich Günther benützt, einen Einbruch zu verüben. Den Dieben sind ungefähr 75—80 Mark in die Hände gefallen, außerdem haben sie noch ein vollständiges Bett, drei Rissen und ein Deckbett mitgehen lassen. Das erbeutete Geld war Eigentum des Verbandes der Maurer. Nachdem die Diebe Schränke aufgebrochen, alle Wertsachen, Kommode, Kleiderkäufe und ein anderes Bett nach Geld durchwühlten hatten, verließen sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit, alle Türen weit offen lassend. Bisher fehlt jede Spur von den frechen Einbrechern; wir wollen wünschen, daß dieselben bald dingfest gemacht werden. Die fortgesetzten Diebereien hier am Orte dürften ein und denselben Urheber haben.

Burg, 30. August. (Achtung, Parteigenossen!) Am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr findet unsere Wahlvereinsversammlung statt. Gesonnen! Escheint vollständig, damit endlich einmal Erprobung geschaffen wird. Die Bezirksleiter müssen alle in der Versammlung erscheinen, da unter „Agitation“ Wichtiges zu erledigen ist. Außerdem steht noch der Vortrag „Jugend und Sozialismus“ und der Bericht von der Generalversammlung in Uten-Plathow auf der Tagesordnung. (Siehe gestriges Inserat.) Also auf in die Versammlung!

Burg, 30. August. (Ein Spuk.) trieb nach Angabe der Schwestern der dritten Klasse der hiesigen Volksschule die Kinder ihrer Klasse in dieser. Mit lauten Geschrei verließen die Kinder ihre Klassen und waren trotz gültigen Zuredens ihres Lehrers sowie des Rektors nur schwer zu bewegen, ihre Klasse wieder zu betreten. Und was war es? Ein auf die Wandtafel der Klasse gegebener Lichtschein, der lustig hin und her tanzte, hatte die Mädchen in furchtbare Aufregung versetzt. Dem „Erreger“ dieses „Spukes“ wird es wohl selb vermerkt werden, daß er so großes Unheil angerichtet hat. Von der Bodenluke eines der Klasse gegenüberliegenden Hauses hatte nämlich ein Junge mit einem Spiegel, auf welchen er die Sonne scheinen ließ, diesen „Spuk“ auf die Wandtafel gezaubert.

Salzberstadt, 30. August. (Die Wahlvereinsversammlung) findet am Donnerstag abend statt. Auf der Tagesordnung stehen Vortrag und Vorstandswahl.

Salzberstadt, 29. August. (Die Unnahbaren.) Ordnungen der hiesigen Handchuhfabrikanten und Handchuhmacher hatten sich gestern auf dem Rathaus eingefunden und hielten im Beisein des Ersten Bürgermeisters Herrn Dr. Gerhardt eine Besprechung über den gegenwärtigen Lohnkampf ab. Auch diese Unterredung ist wieder resultatlos verlaufen. Die Fabrikanten wollen keine Lohnherabsetzung bewilligen, die Handchuhmacher dagegen schärfen

M. Lublin

Donnerstag
Freitag
Sonntag

1000 Pfd. weisse sehr füllkräftige **Rupf-Federn** Extra-Preis **2.60**

Sorte 0 Wild-Federn 30 Pfund	25	Sorte 5 Reine Enten-Daunen . . . 30 Pfund	2.50	Sorte 11 Weisse Land-Rupf-Federn <small>Prima</small> 30 Pfund	3.00
Sorte 1 Hühner-Federn 30 Pfund	45	Sorte 6 Halbweisse Rupf-Federn . 30 Pfund	1.80	Sorte 12 Land-Rupf-Gans-Federn <small>extra prima</small> 30 Pfund	3.60
Sorte 2 Füll-Federn 30 Pfund	85	Sorte 7 Weisse Rupf-Federn . . . 30 Pfund	2.20	Sorte 13 Weisse Halb-Daunen <small>prima</small> 30 Pfund	4.25
Sorte 3 Enten-Federn 30 Pfund	1.25	Sorte 8 Weisse Rupf-Federn . . . 30 Pfund	2.50	Sorte 15 Weisse Daunen 30 Pfund	4.80
Sorte 4 Enten-Halb-Daunen . . . 30 Pfund	1.50	Sorte 9 Weisse Rupf-Federn . . . 30 Pfund	2.75	Sorte 16 Weisse Daunen <small>extra prima</small> 30 Pfund	6.25

Fertige komplette Betten

bestehend aus 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen

10.50 **14.50** **21.50** **25.00** **33.50** **43.50**

gefüllt mit 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund Federn Daunen

Bett-Inlett aus grau-rot gestreift Köper-Stout

Oberbett	2.40	2.75	3.75
Unterbett	2.40	2.75	3.75
Kopfkissen	70	85	1.10

Bett-Inlett aus rot und rot-rosa gestreift Satett

Oberbett	2.15	2.85	4.50
Unterbett	2.15	2.85	4.75
Kopfkissen	65	85	1.15

Bett-Inlett aus Prima schifartig und federdicht Körper-Zulett, rot und rosa gestreift

Oberbett	5.25	6.25	8.00
Unterbett	5.50	6.25	8.00
Kopfkissen	1.50	1.75	2.25

Bunte Bettgarnitur

Chemise 1 Deckbett 2 Kopfkissen	2.75	Satin couverture 1 Deckbett 2 Kopfkissen	3.00
---	-------------	--	-------------

Betttücher

Domlas 130x200	85	Domlas Pa. 132x200	1.55
Domlas Pa. 160x225	2.10	Sinon Pa. 130x200	1.10

Bunte Bettgarnitur

Bettzeug 1 Deckbett 2 Kopfkissen	2.85	4.00	5.00	Satin Augusta 1 Deckbett 2 Kopfkissen	4.50	5.25
--	------	------	------	---	------	------

Weisse Bettgarnitur

Linon 1 Deckbett 2 Kopfkissen	3.00	3.75	4.25	Dimiti 1 Deckbett 2 Kopfkissen	3.25	5.00	5.75
---	------	------	------	--	------	------	------

Betttücher

Galbleinen 130x200	1.25	Galbleinen 150x200	1.75
Galbleinen Pa. 150x200	2.20	Galbleinen Pa. 160x210	2.50

Weisse Bettgarnitur

Damast 1 Deckbett 2 Kopfkissen	4.25	5.50	Damast 1 Deckbett 2 Kopfkissen	7.00	8.00	9.50
--	------	------	--	------	------	------

Stepp-Decken

Satin-Steppdecke mit Tritofutter, bordeau, blau, ca. 130/190	3.25	Satin-Steppdecke doppelseitig, bordeau, ca. 160/210	7.00
Satin-Steppdecke mit Tritofutter, bordeau, blau, ca. 140/205	4.00	Satin-Steppdecke doppelseitig, Seidenglanz, blau, bordeau bordeau/grün, bordeau/blau	8.75
Satin-Steppdecke mit gleichfarbigem Futter, bordeau, blau ca. 160/205	5.15	Woll-Atlas-Steppdecke Handarbeit, mit Tritofutter bordeau, blau	8.75
Woll-Satin-Steppdecke mit Tritofutter, bordeau, blau ca. 140/205	5.75	Woll-Atlas-Steppdecke mit gleichfarbigem Satinfutter Handarbeit, bordeau	10.25
Woll-Satin-Steppdecke mit Tritofutter, bordeau ca. 160/210	6.75	Satin-Steppdecke Seidenglanz, doppelseitig, Ia. Qual. mit Wollfüllung blau, bordeau, bordeau/grün, bordeau/blau, ca. 160/210	13.50

land planten eine bewaffnete Intervention in Russisch-Polen, nicht nur beständig, sondern auch hinzuzügli, daß eine solche Intervention für etwas ganz „Selbstverständliches“ sei. Soweit die Nachricht des „Standard“ Oesterreich betrifft, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß sie falsch ist. Die inneren Schwierigkeiten, an denen das Gabsburgerreich leidet, sind viel zu groß, die nationalen Widerstände, die bei der Ausführung eines solchen Plans zu überwinden wären, viel zu mächtig, als daß sich Oesterreich in ein solches gefährliches Spiel einlassen könnte. Die Glaubwürdigkeit des „Standard“ wird durch diese tatsächliche Feststellung erschüttert. Auf der andern Seite aber bleibt es doch sehr auffallend, daß sich der Zar gegenüber der Forderung der polnischen Autonomie so überraschend schnodderig und scheitbar couragiert benimmt; die Frage drängt sich auf, wer diesem Schwächling den Rücken gestärkt haben mag.

Die internationale Sozialdemokratie braucht nicht erst zu sagen, daß sie keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darin gipfeln, den Zar Nikolaus 2. zum König des Königreichs Polen krönen zu lassen. Viel wichtiger muß es ihr erscheinen, daß in diesem Augenblick alle Volksstämme Russlands den Kampf gegen den Zarismus einmütig betreiben, als daß sie vorzeitig nationale Sonderwünsche geltend machen, deren Erfüllung sich aus einer demokratischen Neugestaltung des Staates doch von selbst ergeben würde, die aber unter den jetzigen Umständen Verwirrung schaffen und der Reaktion dienen. Die Polen, die früher die Rolle von Revolutionsführern gespielt haben, würden auf diese Weise in eine ähnliche Situation geraten, wie die Tschechen während der deutschen Revolution von 1848.

Deswegen wäre es aber kein geringeres Verbrechen, wenn Deutschland wirklich den Versuch machen würde, einen polnisch-nationalen Aufstand in Rußland mit gepanzerter Faust niederzuschlagen. Der bloße Versuch eines solchen Eingriffs, ja selbst die geringsten Vorbereitungen dazu, würden sofort die Sympathien aller zivilisierten Menschen und Völker auf Seite der Polen bringen. Für die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen hat man im europäischen Westen vielfach, noch jene Verliebe, die den herrschenden Klassen der deutschen Nation, seit sie reaktionär geworden, völlig verloren gegangen ist. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß der „Standard“ der deutschen Regierung gegenüber nur die Rolle des Sockers übernommen hat, der sie in die Fährnisse und Wirrnisse einer internationalen Verwicklung mit Vorbedacht hineintreiben will.

Welches Interesse hätte Deutschland an der Niedertreibung eines polnischen Kustodes? Doch nur das eine, daß die Polen im eignen Lande nicht zu übermütig werden möchten. Die polnische Frage in Deutschland ist aber eine rein preussische Frage; die verkehrte preussische Außenpolitik, in die das Reich leider nichts dringender hat, mit dem Waffen fortzusetzen, ist eine Aufgabe, die nur böllia Gipslöse dem deutschen Volk und Weltöffentlichkeit überlassen darf. Und welchen Schaden hätte das Reich davon, wenn sich Preußen unter dem Druck eines siegreichen russisch-polnischen Aufstandes genötigt sehen würde, von seiner kaiserlichen Unterdrückungspolitik abzusehen? Im Jahre 1848 schrieb die „Kölnische Zeitung“:

Will man die Freiheit der Polen — und man muß sie wollen — so überlasse man ihnen die innere Organisation ihrer Verwaltung selbständig; man ziehe die deutschen Beamten zurück, man unterstütze die Polen, wie sie selbst verlangen, in der Führung ihres Heeres und schütze sie in dessen gegen den nicht unwahrscheinlichen Angriff der Russen.

Seitdem ist der nationalliberale Text ein ganz anderer geworden, und eine deutsche Intervention in Polen würde vermuthlich nur mehr der Intervention des deutschen Proletariats begegnen. Inzwischen wollen wir hoffen, daß der gesonderte nationalpolnische Aufstand ebenso wie seine Niederwerfung durch Preußen ein böser Traum bleibt, aus dem die Welt am Morgen einer siegreichen russischen Demokratie aufwendend erwacht wird.

Reichstagsstichwahl in Eisenach.

Am Freitag, 17. d. wird im Eisenacher Wahlkreis die Stichwahl die Entscheidung darüber bringen, wer der Nachfolger des verstorbenen nationalliberalen Abg. Fries wird: der Sozialdemokrat oder der bündlerische Antisemit. Die ausgesprochenen Parteien, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und das Zentrum, haben zwischen den beiden Extremen zu wählen.

Die Dual ihrer Wahl wirkt erheitend. Der Eisenacher Korrespondent der „Voll. Ztg.“ wendet sich wie ein Regenwurm, der unter den Stiefelabsatz geraten ist:

Die liberalen Parteien sind durch die Stichwahl zwischen den Antisemiten und den Sozialdemokraten in eine wichtige Lage versetzt worden. Die verheerende antisemitische Agitation macht es selbst den Nationalliberalen außerordentlich schwer, die Unversöhnungsparole für den Kandidaten Schach ausgegeben. Dies geschieht seitens des Eisenacher Organes der Nationalliberalen auch nur provisorisch. Die Berliner Parteileitung hat bis jetzt noch keine Erklärung veröffentlicht. Trotzdem wird sie, gegen den Grundgedanken der Partei, gegen den Sozialdemokraten lauten. Wie aber die Verhältnisse liegen, werden die Eisenacher Nationalliberalen kaum einen Finger für Schach rühren. Man rechnet in Eisenach mit einer sehr starken Schenkhaltung. Das Zentrum wird seine 119 Stimmen zugunsten Schachs abgeben. Auch auf dem Lande dürfte die Stimmzahl des Antisemiten durch Zuwachs von nationalliberaler Seite und eines kleinen Teils der Freisinnigen zunehmen. Die freisinnige Volkspartei ist eben durch die scharfe und verdauliche Kampfesweise der Sozialdemokratie in den vorgeschrittenen Wahlen zu häufig angegriffen worden, um es vor ihren Wählern demütigen zu können, ohne jede Beschränkung für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Auf alle Fälle gegen den

Antisemiten“, so wird ihre Parole lauten. Daß die Erklärung nicht unumwundener lauten wird, hat der sozialdemokratische Kandidat Leber selbst verschuldet.

Die Prophezeiung über die Stellung des freisinnigen Wahlausschusses trifft zu. Eine Depesche meldet:

Der Zentral-Wahlausschuß der Freisinnigen-Volkspartei veröffentlicht heute folgende Erklärung: Bei der bevorstehenden Stichwahl überlassen wir den Gefinnungsgenossen, nach eigenem Ermessen ihre Stimme abzugeben, bemerken jedoch hierzu, daß kein freisinniger Mann dem antisemitischen Kandidaten seine Stimme geben kann.

Nach was! jagen die freisinnigen Wähler; was geht uns der Wahlausschuß an. Wir machen es, wie wir es bei allen Stichwahlen im Juni 1903 gemacht haben: Mann für Mann für den Reaktionär gegen den Sozialdemokraten!

Die freisinnigen Mannen tun öffentlich so, wie wenn ihnen die Wahl jähder fielen. Mit dem geheimen Stimmzettel in der Hand aber ziehen sie jubelnd ins Lager der Brotwucherer und Wahlrechtsfeinde.

Das war so. Das wird in Eisenach-Vermbach wieder so sein. —

Andershalb Jahre unter dem Fallbeil

Berliner Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß der Gelehrte Walther, der vor anderthalb Jahren wahr scheinlich unschuldig zum Tode verurteilt worden ist, jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht worden sein soll.

Walther war auf Grund eines höchst mangelhaften Indizienbeweises von den Geschwornen schuldig erklärt worden, seine Gattin ermordet zu haben. Man hatte diese in einem Gehölz bei Berlin erhängt aufgefunden, und alle Zeichen deuteten auf Selbstmord. Indes erfuhr die Kriminalbehörde, daß Walther, der von seiner Frau getrennt lebte, unter auffälligen Umständen nach Berlin gereist war und mit seiner Frau einen Ausflug gemacht hatte, von dem sie nicht lebend zurückkehrte. Dazu kam, daß eine Reihe von Zeugen ausfragten, der lebenslustigen Frau sei ein Selbstmord nicht zuzutrauen gewesen. Nach der Verurteilung meldeten sich durch die sozialdemokratische Presse Zeugen, die sich bereit erklärten zu beschwören, daß Frau Walther sehr oft Selbstmordgedanken ausgesprochen habe. Trotzdem wurden wiederholte Anträge der Verteidiger auf Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt, die Revision wurde mangels formaler Vorbehalte vom Reichsgericht verworfen, und auch die Begnadigung blieb aus!

Der Verurteilte, der nach der Ueberzeugung vieler Personen unschuldig ist, lebte so seit anderthalb Jahren im Gefängnis tatsächlich unter dem Fallbeil. Jetzt soll man glücklich entdeckt haben, daß der Mann verrückt ist — wenn er es nicht schon früher war, mußte er es in den letzten anderthalb Jahren unbedingt geworden sein. Man nimmt an, daß die Begnadigung Erfolg haben wird.

Man kann sich vorstellen, wie es sich anfühlt, wenn man in einem Gefängnis unter dem Fallbeil verurteilt ist, und man weiß, daß man ein Narr ist.

Klar zum Gesichts.

Aus Paris wird der Magdeburger „Vollstimmte“ geschrieben:

Das Ministerium Rouvier ist also wieder komplet. Herr Trepoignant, der mit seinem Kampf gegen die Gewerkschaften den Verfallungsprozess erbracht hat, ist Kriegsminister; Herr Dubief, der ehemalige Handelsminister, wird als Minister des Innern den Wahlhandel betreiben und Herr Trouillot, der im Ministerium Combes Handelsminister war, nimmt seine unterbrochene Tätigkeit wieder auf.

Zur politischen Charakterisierung des Wechsels sei bemerkt, daß Herr Trouillot und Herr Dubief zu den Linksradikalen zählen. Es hat sich also in der Zusammensetzung des Ministeriums nichts geändert. Der Linksradikale Vorstoß ist durch den Linksradikalen Trouillot ersetzt. Die Radikalen sehen einen „verlässlichen“ Mann im Ministerium des Innern und die Gemäßigten einen verlässlichen Mann im Kriegsministerium. Herr Rouvier hat alle zufriedengestellt, die Radikalen, die Radikaleren und die Gemäßigten.

Es ist ein Ministerium der sogenannten republikanischen Konzentration mit Ausschluß der Rechten und der Sozialisten. Herr Rouvier ist also die Sammlung „aller guten Franzosen“ gelungen. Das rekonstruierte Ministerium wird mit viel republikanischer Phrasologie und ohne Sozialpolitik regieren. Man kann ihm ein langes Leben prophezeien. Für die Sozialdemokratie besteht der Gewinn darin, daß nunmehr eine reinliche Scheidung eingetreten ist. Sie Bürgertum, die Proletariat! Das honette Bürgertum ohne nationalökonomische Phrasen regiert, und zwar mit einer sichereren „republikanischen Mehrheit“. Die Herr Waldeck-Roussseau-Combes ist vorbei, es beginnt die Herr Rouvier.

Die einstigen Träume von Jaures und seinen Freunden über die Annäherung der Radikalen an den Sozialismus sind verfliegen. Was die überragenden bürgerlichen Demokraten Waldeck-Roussseau und Combes zu geben bereit schienen, wird sich das Proletariat von dem engherzigen Bourgeoisliberalismus erkämpfen müssen.

Die Sozialdemokratie hat sich geeinigt und das liberale Bürgertum hat sich geeinigt. Die gesellschaftlichen Nebel sind verschunden und die Situation ist klar zum Gesichts. Wir haben keine Ursache, uns darüber zu beklagen. —

Durchkreuzter Wahlrechtsbetrug.

Mit dem Wahlrecht zum dänischen Folkething ist es ungefähr ebenso bestellt, wie mit dem deutschen Reichstagswahlrecht: es ist nominell gleich für alle Staatsbürger — beginnt allerdings erst mit dem dreißigsten Lebensjahr — wird aber ungleich zum Schaden der städtischen Bevölkerung durch eine höchst ungerechte Wahlkreiseinteilung.

Seit vielen Jahren streben wir Parteigenossen nach Beseitigung dieses Unrechts und Erfüllung der grundsätzlichen Bestimmung in § 32 der Verfassung, wonach auf 16 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden soll. Endlich zu Beginn der jetzigen Reichstagsession schien es, als ob die Regierung diesem Wunsche nachkommen wollte. Aber der Gesetzentwurf, den der Ministerpräsident Christensen einbrachte, bestimmte lediglich, daß die Zahl der Folkethingmitglieder von 114 auf 132 erhöht werden sollte, und durch diese Abänderung wollte der Minister den Satz des § 32 beibehalten, der die Gleichheit der Wahlkreise fordert. Es war also auf einen Betrug abgesehen. Aber der Plan war schief eingeleitet, daß er mißlingen mußte.

In der vorigen Woche hat sich das Folkething in einer dreitägigen Debatte mit dem Regierungsentwurf befaßt. Die Rechtspartei suchte durch ihre Forderung der Einführung des Proportionalwahlsystems die ihr verhasste Reform womöglich ganz zu verhindern oder doch wenigstens zu verschleppen. Aber sie mußte bei einem solch volksfeindlichen Beginnen damit rechnen, daß sie bei den Neuwahlen im nächsten Jahre eine recht unangenehme Antwort von den Wählern erhalten würde. Der Sozialdemokratie und ihrem Wortführer, dem Genossen Vorbjerg, gelang es, durch eine sehr geschickte Taktik die konservativen Redner im Laufe der Debatte zum Zerstückeln auf ihre als Ultimatum aufgestellte Forderung zu veranlassen. Ebenso nötigte Vorbjerg den Ministerpräsidenten das Versprechen ab, daß er mit dem Folkething über eine bessere Wahlkreiseinteilung verhandeln wolle, z. B. in der Form, daß, wenn an der vorgeschlagenen Abgeordnetenzahl von 132 festgehalten wird, die Einwohnerzahl jedes Wahlkreises rund 20 000 betragen soll, und daß statt der jetzt bestehenden einfachen Majoritätswahlen die wirkliche Majorität der Wähler entscheiden soll, also Stichwahlen eingeführt werden.

Der Entwurf ist einem parlamentarischen Ausschusse übergeben worden, dem als Vertreter der Sozialdemokratie die Genossen Hördum und Vorbjerg angehören. Kommt eine gerechte Wahlkreisordnung zur Durchführung, so wird eine erhebliche Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion die Folge sein, abgesehen davon, daß auch sowieso die Wahlchancen für unsere Genossen äußerst günstig sind. —

Italien.

In Turin wurde dieser Tage eine Volksabstimmung über einen Antrag des Magistrats betreffend die Uebernahme der Erzeugung und Verwertung der elektrischen Kraft durch die Stadt vorgenommen. Es hatte hierüber innerhalb der städtischen Vertretungskörper ein großer Kampf stattgefunden, namentlich waren es die Merikalen, welche diesem Fortschritt auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung Opposition entgegensetzten. Das Resultat ist zum Gunsten der Kommunalisierung ausgefallen. Von 33 451 Stimmberechtigten beteiligten sich 18 338 an der Abstimmung; hiervon stimmten 12 750 mit ja, 5481 mit nein. —

Mit erneuter Kraft beginnt jetzt in Italien wieder die Bewegung der Arbeiter für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der Sozialdemokratie, der sich aber auch zahlreiche Kampfer aus den Kreisen des Bürgertums anschließen. So haben sich eine Anzahl kaufmännischer Vereine, Privatbeamte, Apotheker usw. zu den von dem Genossen Abgeordneten Caorvi aufgestellten Forderungen in zustimmendem Sinne geäußert. Gegen 200 Deputierte haben sich im Prinzip für die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe erklärt. —

Soziales.

S. Praktisches Christentum. Ein unerhörter Fall von „christlicher Nächstenliebe“ wird uns aus Augsburg gemeldet. Eine Textilarbeiterin wurde auf Kosten einer Fabrikkrankenkasse in die Klinik des Diakonissenhauses gebracht, um wegen eines Unterleibsleidens operiert zu werden. Die Operation wurde um 4 Uhr nachmittags vollzogen. Kaum war die Schwerkranke am andern Morgen unterredungsfähig, so wurde ihr bedeutet, daß sie schon am Morgen die Klinik wieder verlassen müsse, denn die Fabrikkrankenkasse erlaube das Verweilen der durch schwere Fabrikarbeit krank gewordenen Arbeiterin nicht länger als einen Tag. Als die Krankenschwester die Beschaffung einer Droschke in Erwägung zog, ging der Arzt darüber hinweg und meinte, die Kranke soll nur noch einige Stunden im Bett verweilen, dann werde sie schon nach Hause gehen können. Obwohl nun die Unglückliche noch nicht einmal die Folgen des Chloroformierens überstanden hatte und zeitweise noch taumelte, mußte die Schwerkranke um 2 Uhr nachmittags die Klinik verlassen und den halbstündigen Weg bei nachlassender Witterung zu Fuß antreten. Als sie unterwegs drohte zusammenzubrechen, nahm sich eine fremde Person der wandelnden Leiche an und brachte sie in ihre Wohnung, wo sie dann infolge Ueberanstrengung ohnmächtig zusammenbrach.

So geschehen im Zeitalter der Humanität. — Doch es war ja nur eine arme Textilarbeiterin! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. November 1905.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Das Ergebnis.

Die gestern beendeten Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung hatten folgendes Resultat:

Mittstadt:			
Sozialdemokraten	1905	1904	
Pistorius	1866	1195	Soeper . . . 3319 1638
Böhme	1863	1195	Seffe . . . 3816 1632

Buckau:

Haupt . . . 1645 (1903 1383) Kirchner . . . 764 (1903 740)
In der Mittstadt sind noch 40 Stimmen für Pistorius als Stadtverordneten auf 5 Jahre, für Böhme 42 Stimmen als Stadtverordneten auf 3 Jahre abzugeben worden. Es müssen aber abstimmen 2 700

hinzugezählt werden. In derselben Weise hat Vo. per 8 und Veste 3 Stimmen mehr erhalten, die in obiger Zahl nicht enthalten sind.

In W u d a u hat Voepel noch 7, Hesse 2 Stimmen erhalten, die sich Herr Kirchner anrechnen darf. Verglichen mit dem Ergebnis des Wahlkampfes vor 2 Jahren in dem gleichen Stadtbezirk haben wir nahezu 300 Stimmen gewonnen, die Gleicher 33. Sie werden jetzt wohl einsehen, daß Budau ein sicherer Besitz der Sozialdemokratie ist, der ihnen auch nicht durch plumpe Ueberrumpelungen entzogen werden kann. In der V o l k s v e r s a m m l u n g im „Thalia“-Saal, die äußerst zahlreich besucht war, wurde das Wahlergebnis mit großer Freude aufgenommen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Altstadt sprach Genosse Haupt über den Ausgang des Kampfes, zum Ausdrücken in unserm Kampfe und zu lebhafter Agitation auffordernd. Die Absicht des Budauer Ausschusses, aus Budau ein zweites Spandau für die Sozials zu machen, wie in der Versammlung im „Alder“ großsprecherisch verkündet wurde, ist elend gescheitert. Es fehlte dazu in Budau an den nötigen — a b h ä n g i g e n Elementen, die man einfach zur Wahl kommandieren kann.

Zur Würdigung des Wahlergebnisses in der Altstadt ist es notwendig, die Schlußzahlen des vorjährigen Wahlganges, der 4 Tage dauerte, hier mitzuteilen. Damals entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten mit der höchsten Stimmengahl 2318, auf den bürgerlichen Kandidaten mit der höchsten Stimmengahl 4535 Stimmen. Es fielen also unsere Genossen noch 452, den Gegnern 716 Stimmen an dem im vorigen Jahre erzielten Resultat. Wäre auch in diesem Jahre 4 Tage gewählt worden, dann würden offenbar auf beiden Seiten mehr Stimmen abgegeben worden sein. Die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten wäre aber auch dann nicht erfolgt. Zahlenmäßig haben in der Altstadt die bürgerlichen und die abhängigen Wähler ein gewaltiges Übergewicht über die Arbeiterwähler. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist dabei so stark, daß selbst ein Voepel bedingungslos mit in den Kauf genommen wurde, aus Furcht, unsere beiden Genossen könnten sonst gegenständig in die Stichwahl kommen. Das wäre auch die einzige Möglichkeit für uns gewesen, andre als agitatorische Erfolge in der Altstadt zu erzielen.

Bei der Stadtverordnetenwahl der ersten Abteilung in Budau machten von 35 Wahlberechtigten 16 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Sämtliche Stimmen wurden für den bisherigen Stadtverordneten Volkmar Bartels abgegeben.

Die gestern abend stattgefundene Volksversammlung im „Weissen Hirsche“ hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Genosse Landsberg verstand es, in seinem Vortrag über „Kriegsprozesse“ die volle Aufmerksamkeit der Hörer zu fesseln. Da dieser Vortrag schon einmal in Ludwigslust an dieser Stelle wieder gegeben wurde, erübrigt es sich, noch einmal näher darauf einzugehen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Genosse Giesecke gibt hierauf die Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahl in der Altstadt und Budau bekannt. Wie es sich bemängelte die Fähigkeit der Genossen bei der Flugblattverbreitung und forderte zur Agitation für die „Volksstimme“ und den sozialdemokratischen Wahlverein auf.

Folgende Anfrage ist von unseren Genossen dem Stadtverordneten-Vorsteher mitgeteilt worden:

Der Magistrat hat die Nachricht, daß das Wasserwerk kürzlich seinen Betrieb in erheblichem Maße einschränken mußte, lediglich im „Amtlichen Anzeiger“ und in der „Magdeburger Zeitung“ bekannt gegeben. Weshalb ist diese für die ganze Bevölkerung so außerordentlich wichtige Nachricht nicht in allen hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht worden?

Hoffentlich kommt diese Anfrage morgen noch zur Verhandlung.

Die Dampfdruckerei Behling in der Feitehemenstraße gehört zu denjenigen Betrieben, welche jedem Arbeiter, der den Schmutzriemen enger ziehen will, nur empfinden werden kann. Vor kurzer Zeit erst gab dieser liebenswürdige Herr Gelegenheit, ihn vor das Zunftgeschiedsgericht zu fordern, weil er, à la Tischlermeister Weißner, in der zweiten Arbeitswoche weniger Lohn zahlen wollte, ja sogar noch weiter ging und den, nach seiner Meinung in der ersten Woche zuviel gezahlten Lohn, in der zweiten wieder abzog. Damals erklärte Herr Behling, daß erst zwei Wochen bei ihm gearbeitet werden müßten, ehe er wisse, was er dem betreffenden Arbeiter für Lohn zahle. Selbstverständlich stimmten ihm die ehrbaren Zunftmeister, welche als Beisitzer fungierten, zu, und da diese die Anschauung des Herrn Behling für richtig hielten, glaubten die Arbeitnehmerbeisitzer ebenfalls auch, sich dieser Anschauung anschließen zu müssen, weshalb der Arbeiter um seinen ehrlich verdienten Lohn kam. Heute ist schon wieder Gelegenheit, den Magdeburger Drechslergesellen zeigen zu können, wie Behling bemüht ist, Vordrücken zu treiben. Ein Drechsler erhielt in der ersten Woche 32 Pf., in der zweiten 1 Pf. Zulage, also 33 Pf. Nun war Behling jedenfalls der Meinung, daß der Geselle bei dieser Zulage von 1 Pf. auch eine derartige Arbeitsleistung wie sein Arbeitgeber sich zulegen könnte, weshalb der Drechslermeister Behling ihm 160 Mark für angelegentlich verpflanzte Arbeit abzog. Der Arbeiter konnte nun Betrachtungen darüber anstellen, was er mit den zur Auszahlung gelangten circa 16 Mark unter den heutigen Verhältnissen anfangen soll. In die Drechslergesellen ergeht deshalb die dringende Mahnung: meidet den „Müßerbetrieb“ des Drechslermeisters Behling in der Feitehemenstraße.

Wohnungsartikel und Nachzuladenschluß. Die Magdeburger Gastwirte Fichtler und Bergemann sollten die Bekannmachung über den Nachzuladenschluß vom 22. Dezember 1904 in Verbindung mit den §§ 139e und f der Gewerbeordnung dadurch übertreten haben, daß sie am 10. Januar 1905 bzw. am 14. Februar 1905 noch nach 8 Uhr abends in ihren Gastwirtschaften anlässlich der Veranstaltung von Karnevalenden Karnevalsartikel: Karnevalklappen und dergleichen, feilboten ließen. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten mit der Begründung frei, daß der Verkauf jener Artikel nicht über den Rahmen des Gastwirts- und Schaufelwerbes hinausgegangen sei. Der Verkauf solcher Artikel an einem vom Gastwirt veranstalteten Karnevalabend sei lediglich ein zulässiger Ausfluß des Schaufelwerbes. Die Bestimmungen über den Nachzuladenschluß könnten darauf keine Anwendung finden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und erklärte es für unstatthaft, daß Karnevalsartikel nach 8 Uhr abends in einer Schanz- und Gastwirtschaft feilboten würden. Es seien dies Waren, die nicht auf der Stelle verzehrt werden sollten, sondern auch mitgenommen werden könnten.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft am 13. November mit folgender Begründung: Der Vordrücken ist nicht, wenn er annehme, daß die Bestimmungen, die sich auf den Nachzuladenschluß bezögen, nicht anwendbar seien auf Restaurationen, in denen während der Feiern Karnevalklappen und dergleichen auch noch nach der für offene Verkaufsstellen festgesetzten Schlußzeit käuflich seien. Dieser ganze Betrieb des Verkaufs der Karnevalsartikel habe doch nur die Bestimmung, Gäste in das Lokal zu ziehen und sie dort festzuhalten; sie sollten sich schmücken und nach Möglichkeit lange verweilen. Die Möglichkeit, die Artikel mitzunehmen, liege ja vor; aber es sei nicht die Absicht des Wirtes, sie zu schaffen. Der Verkauf der Karnevalsartikel unter den fraglichen Umständen gehöre ebenso zum Gast- und Schaufelwerbebetrieb, wie es dazu gehöre, wenn ein Gast, der seine Zigarrenspitze vergessen habe, sich eine beim Wirt kaufe, um gemütlicher im Lokal weiter rauchen zu

können, oder wenn der Wirt Zigarrenspitzen verkaufe, damit der Gast sie in seinem Lokal schreibe und so länger an den Tisch gesesselt sei.

Wiel Lärm um nichts. Die gerichtliche Untersuchung über das in Thale gefundene Skelett ist nun zum Abschluß gelangt und hat ergeben, daß keine Rede davon sein kann, daß das Skelett die Überreste des 1801 verschwundenen Kaufmanns Schmidt darstellt. Nach der Beschaffenheit der Knochen müssen diese bereits 100 Jahre in der Erde gelegen haben. Außerdem stammen sie, nach den Zähnen zu urteilen, von einem Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Spuren gewalttamer Verletzung sind nicht festgestellt worden. Es war nicht mehr zu ermitteln, ob die Knochen von einer Person weiblichen oder männlichen Geschlechts herrühren. Die Nachricht von der Beschaffung des angeblichen Täters in Düsseldorf wurde ja schon von vornherein dementiert. Die Staatsanwaltschaft war also nicht mehr geblieben wie der über-eifrige Berichterstatter, der „Magdeb. Ztg.“, der das Phantastische erzeugt und Thale in Aufregung versetzt hatte.

Wann ist das Rauchen gesundheitsförderlich? Man sollte es kaum glauben, daß bei einem so ungesunden verbreiteten Genussmittel, wie es der Tabak ist, noch so wenig genauere Kenntnisse darüber herrschen, ob dasselbe im allgemeinen als gesundheitsförderlich zu betrachten ist oder nicht. Selbst aus ärztlichen Kreisen hört man die widersprechendsten Ansichten äußern, jedoch gewinnt es den Anschein, als ob neuerdings dem Tabakrauchen für die Entstehung von Krankheiten eine erhöhte Bedeutung zugewiesen würde. Namentlich will man jetzt die neuerdings soviel genannte Aderverkalkung auf übermäßiges Rauchen zurückführen, und das zeitweise auftretende Hüften, eine Form der Aderverkalkung, ist von Professor Erb hauptsächlich bei Mäusen zu angebrochen worden, auch experimentell hat man bei Tieren, denen man Tabakabsud einpflanzte, Verkalkung der Gefäße auftreten sehen. Man mag über den Tabak im übrigen sagen was man will, das steht einwandfrei fest, daß zahllose Raucher trotz fortwährenden reichlichen Tabakgenusses ein hohes Alter erreichen. Es scheint aber in dieser Hinsicht, was bis jetzt zu wenig beachtet wurde, doch auch die Konstitution der Raucher sehr in Betracht zu kommen. Wie bei dem Alkohol, so ist auch beim Rauchen die Aufnahmefähigkeit des einzelnen sehr verschieden. Ein kräftiger Mensch kann hier mehr vertragen als ein schwächerer. Schädlich ist das Rauchen auf alle Fälle für Kinder und junge Leute, schädlich ferner der übermäßige Tabakgenuss, also der Genuss von täglich mehr als sechs Zigarren. Die häufigsten Folgen des übermäßigen Tabakgenusses sind: chronischer Magen- und Kehlkopfkatarrh, Husten, Heiserkeit, Bindehautkatarrh und Schjchwäche. Das Rauchen von Zigaretten ist am schädlichsten, weil sie am leichtesten im Übermaß genossen werden. Die Pfeife steht in der Mitte zwischen der Zigarette und Zigarrette. Schädlich ist ferner der Genuss von feuchten und minderwertigen Tabak. Er ist es, welcher namentlich Herzstörungen hervorruft: Herzklappen, Beklemmungen, Herzschmerzen und unregelmäßigen Puls. Man soll eine Zigarette niemals bis zum Ende rauchen, auch ist es zweckmäßig, bei Rauchen der Zigaretten Spitzen zu verwenden. Der englische Arzt Gerson versucht neuerdings eine Art Ehrenrettung des Tabaks. Er ist der Ansicht, daß die durch Tabakrauch entstehenden Schädigungen durch gleichzeitigen Alkoholenuss in hohem Maße verstärkt werden, und häufig letzterer die Hauptursache der angeblichen Tabakschädigung darstelle. Auch die Schädigung der Atmungsorgane bestreift Dr. Gerson, da eine Umfrage bei Rednern und Sängern, die stark rauchten, das Gegenteil ergab, auch hier war es meist der Alkoholenuss, der nachteilig wirkte. Ja von manchen Seiten wird gar ein vorteilhafter Einfluß des Tabaks auf die oberen Luftwege angegeben.

Von der Strafe. Zwei Pferde, die vor einem Kollwagen der Firma Knipm gespannt waren, gingen in der Herberstraße infolge Scheuwerdens nach dem Brücktor zu durch. Dabei wurde, wie wir gestern schon meldeten, der Droschenkutscher Karl Kühne aus Cracau überfahren. So daß er ins allstädtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Kollwerk kam erst am Häuschen des Brückengeld-Einnehmers zum Halt, indem die Tiere mit der Wagenbeiseel gegen das Haus rannten und dabei eine Gefährde verschoben. In der Nähe des Kaiser-Wilhelmplatzes brach am Dienstag morgen an einem der hohen Postkutschenwagen ein Hinterrad. Postkutschen und Schaffner kamen mit dem Schreck davon.

Ein Wild aus unser „schönen Welt“. Ein 60 Jahre alter Mann, der sich mühsam auf zwei Krücken weiter schleppte, war am Dienstag abend spät auf dem Trottoir gegenüber dem Rathhauskolonnaden hingestürzt und eingestürzt. Es hatten ihm die Mittel zur Uebernachtung in einer Herberge gefehlt. Nachdem er von Passanten aufgefunden worden war, veranfaßten mitleidige Seelen eine kleine Sammlung, deren Ergebnis ihm ein Nachtlager in einer Herberge gestattete.

Töblicher Mord. Dem auf dem Gruson-Werk beschäftigten Arbeiter Paul Gräfe aus Sudenburg fiel am Dienstag ein großes Eisenrad auf den Körper, der arg gequetscht wurde. Er, der außerdem erhebliche innere Verletzungen erlitt, wurde in das Sudenburger Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Der seit einem Jahre verheiratete so plötzlich ums Leben gekommene hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. Die Frau befindet sich wegen Krankheit ebenfalls im selben Krankenhaus, und zwar seit 31. Oktober. Und 14 Tage später stirbt ihr Gatte in der Anstalt, in der seine Frau krank daniederliegt. — Proletariatschick!

Von der Feuerwehr. Infolge Meldung von verschiedenen Meldern rückten Dienstag abend gegen 8 1/2 Uhr zunächst vier Fahrzeuge der Hauptwache und dann noch die Wachen Neustadt und Budau nach dem Grundstück Harzdorferstraße 9, wo dicht neben dem Neubau der katholischen Kirche und des Altes zwei Neubauten in Brand geraten waren. Infolge Sperrung der Straße mußte die Feuerwehr bis zur Brandstelle einen größeren Umweg machen, auch war das Aufsuchen des grundübigen Weges sehr schwierig. Das Feuer wurde mittels zweier Strahlrohre gelöscht, die schon in Brand geratene zweite Baubau konnte erhalten werden. Nach zweistündiger Arbeit konnte der erste Zug wieder abrücken. — Infolge mangelnden Schutzes der Dielen vor einem Ofen entstand im Hause Schönebeckstraße 118 am Mittwoch vormittag 9 Uhr ein Fußbodenbrand, der von der Wache Budau mit kleinem Löschgerät beseitigt wurde.

Irakas-Theater. Der große Erfolg, den das Berliner Sittenbild „Eine Gefasene“ am Sonntag und Montag hatte, veranlaßt die Direktion, das Stück die ganze Woche auf dem Repertoire zu lassen. Wir werden gebeten darauf hinzuweisen zu wollen, daß nur Erwachsene zu „Eine Gefasene“ Zutritt haben.

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* London, 15. November. Nach Meldungen, welche über Japan und Scharghai hierher gelangt sind, ist die Bevölkerung von Wladiwostok in vollem Aufruhr. Es finden heftige Straßenkämpfe zwischen den Anständigen und den Truppen statt. Bei diesen Zusammenstößen sind viele Personen ums Leben gekommen. Die ausländischen Einwohner haben ihre betreffenden Regierungen ersucht, Kriegsschiffe zu ihrem Schutze nach Wladiwostok zu entsenden. Die Vorgänge in Wladiwostok lenken die Aufmerksamkeit auf die Lage

in der, daß gar keine Nachrichten über die Ereignisse in Ostasien zwischen Tomsk und Wladiwostok vorhanden sind. Man glaubt daher, daß auch Sibirien durch revolutionäre Wirren erschüttert sei.

* Moskau, 15. November. Die Ubertreibung in Wladiwostok nimmt immer größere Dimensionen an. Seit Sonntag nacht steht die Stadt in Flammen. Sämtliche Läden, viele Kronegebäude und glanzvolle Gebäude sind eingestürzt; die halbe Stadt ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Offiziere dürfen sich nicht auf den Straßen zeigen. Unter den zahlreichen Verwundeten und Getöteten befinden sich Frauen und Kinder.

* Petersburg, 15. November. Für heute wird eine Kundgebung des Jaren erwartet, die den Bauern die Ueberweisung von Staatsländereien zu niedrigem Preise, rückzahlbar ratenweise innerhalb hundert Jahren, zusichert.

* Petersburg, 15. November. Hiesigen Privatmeldungen zufolge sind 24 000 gut bewaffnete Aufständische im Besitz von Georgia (Kaukasus). Georgia ist seit vielen Tagen vollständig von dem übrigen Teile Rußlands abgeschnitten. Die Anständigen traten den Truppen bewaffnet entgegen. Man macht hier kein Geheimnis daraus, daß mindestens zwei Armeekorps erforderlich wären, um das Gebiet zurückzuerobern. Es ist aber unmöglich, auch nur ein Armeekorps zu diesem Zwecke zu entsenden, da man die übrigen Teile des Kaukasus von Truppen nicht entblößen darf. Selbst wenn es möglich wäre, ein Armeekorps zu entsenden, hätten die russischen Behörden gar keine Mittel, sie nach Georgia zu transportieren, da der Verkehr auf sämtlichen kaukasischen Eisenbahnen ruht. Die Lage im Kaukasus ist hoffnungslos. Rußland wird einen langen schwierigen Feldzug führen und viele Millionen ausgeben müssen, um die russische Herrschaft im Kaukasus wieder zu errichten.

* Petersburg, 15. November. Der Scherpreß wird von hier telegraphiert: Die Unternehmung der Kronstädter Revolte nähert sich ihrem Ende. Die Helden dieses Dramas sollen erschossen werden — doch aus allen Schichten der Gesellschaft erheben sich Stimmen, die vor der Auslösung dieser Todesurteile warnen, die in so furchtbarer Zeit vor Gärung ungläubliche Konfessionen nach sich ziehen könnte. Zunächst will die Geistlichkeit mit dem vielgenannten Priester und Schriftsteller Petrow sich an den Jaren um Mildertung der Strafe für die Meuteer wenden, sobald tritt fast die gesamte Residuenz gegen die Verhängung von Todesurteilen auf, endlich sammelt die Einwohnerschaft von Kronstadt Unterschriften für eine im gleichen Sinne gehaltene Petition. Die Kronstädter Bürger hätten bis jetzt stets friedlich mit den Matrosen zusammengelebt. Alle diese Proteste sollen der Regierung beweisen, daß die Schuld der meuternden Matrosen geringer sei als die der Regierung, deren Indolenz jene unerträgliche Lage im Marinewesen geschaffen, die nun endlich zur Explosion geführt habe. — Unter den jetzt zurückgekehrten Emigranten befindet sich auch die vor 28 Jahren vielgenannte Sozialdemokratin Wera Zschelisch, die auf den damaligen Petersburger Oberpolizeimeister Trepow, den Vater des jetzigen Palastkommandanten Trepow, ein Revolverattentat verübt hatte.

* Berlin, 15. November. Die „Vorwärts“ hat am 14. November 1904, durch welche sich der russische Sozialdemokratismus dem 169. Infanterie-Regiment in Lawa (Sibirien) angeschlossen. Die frühere verantwortliche Redakteur Büttner gestern von der 2. Strafkammer des Landgerichts 2 zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Karlsruhe, 15. November. Das Militärvereinspräsidium hat eine Erklärung zu der Spaltung mancher Mitglieder der Kriegervereine bei den Stichwahlen erlassen. Das Präsidium besteht nach seiner Unterredung mit dem Großherzog nachdrücklich darauf, daß es zwischen Militärvereinen und Sozialdemokratie absolut keine Interessengemeinschaft geben könne. Der Gegensatz zwischen beiden verbiete durchaus die Stimmgabe für die Sozialdemokratie. Mit denjenigen Militärvereinen, die öffentlich zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert hätten, werde man noch abklären nach Anhörung der Gauvorsitzenden. Die andern seien über die Aufzeichnungen des Präsidiums zu belehren. — Ob die „differenzierenden“ Mitglieder der in Frage kommenden Kriegervereine eine solche Belehrung durch das Präsidium sich gefallen lassen wollen, ist ihre eigne Sache. Ein solches Erachten hätte das Präsidium eher eine Belehrung darüber nötig, daß es nicht Sache der Kriegervereine ist, sich um politische Vorgänge zu kümmern. Der zweite Weg ist der, daß diejenigen Mitglieder, die auf die Betätigung ihres Stimmrechtes nicht verzichten wollen, solchen Vereinen einfach den Rücken kehren.

* Dresden, 15. November. In der heutigen Staatsberatung in der Zweiten Kammer führte der Finanzminister Dr. Müller aus, die beabsichtigte Betrieb-mittelgemeinschaft der Staatsbahnen sei tatsächlich an ehrsachlichen, finanziellen und staatsrechtlichen Gründen gescheitert. Uebriggeblieben sei nur der beabsichtigte Plan der gemeinsamen Benutzung des Güterwagengarths, dem die sächsische Regierung sehr gern zustimme. Bezüglich der Umleitung der Güter seien neue Abmachungen zwischen den Verwaltungen getroffen, nach denen künftig jede Willkür ausgeschlossen sei. Das Freigepäck auf den Bahnen müsse aufgehoben werden, denn es stelle eine Ungerechtigkeit gegen die Reisenden ohne Gepäck dar. — Ob die Reichsfinanzreform den Finanzen der Bundesstaaten Erleichterung bringe, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit nicht absehen. Es sei daher Vorsicht geboten, sonst könnten sich die Landesfinanzen plötzlich vor peinlichen Ueberraschungen sehen.

* Christiania, 15. November. Gestern abend 12 Uhr lag das Ergebnis der Volksabstimmung aus 435 Wahlbezirken vor. Danach waren 242 518 Stimmen mit Ja und 64 081 Stimmen mit Nein abgegeben worden. Die Regierung wird morgen im Storting einen Gesetzentwurf betreffend die Vornahme der Königswahl einbringen.

* Wien, 15. November. In Lemberg versuchten gestern abend Studenten eine Demonstration gegen das russische Konsulat. Sie gerieten in Kampf mit der Polizei. Von beiden Seiten wurde geschossen; viele Studenten wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Briefkasten.

Langentwebbingen. Zuschriften ohne Unterschrift können wir unter keinen Umständen veröffentlichen.

S. G. Neustadt. Wenn Ihre Wohnung feucht ist, können Sie vom Vermieter innerhalb einer bestimmten Frist Abhilfe verlangen. Erfolgt diese nicht, dann können Sie die Mietzahlung verweigern; oder, falls die Wohnung nur zum Teil untauglich ist, einen Teil der Miete einbehalten. Ohne Kündigung ausziehen können Sie nur, wenn die Benutzung der Wohnung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Das letztere müssen Sie durch ein ärztliches Attest nachweisen können.

Erwerbsgericht-Beisitzer. Sitzung Donnerstag den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei G u s a b B ö h m e, Kl. Klosterstraße 15-16

land planten eine bemessene Intervention in russisch-Polen, nicht nur bestätigt, sondern auch hinzuzufügen, daß die solche Intervention ja etwas ganz „Selbstverständliches“ sei. Soweit die Nachricht des „Standard“ Oesterreich betrifft, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß sie falsch ist. Die inneren Schwierigkeiten, an denen das Habsburgerreich leidet, sind viel zu groß, die nationalen Widerstände, die bei der Ausübung eines solchen Plans zu überwinden wären, viel zu mächtig, als daß sich Oesterreich in ein solches gefährliches Spiel einlassen könnte. Die Glaubwürdigkeit des „Standard“ wird durch diese tatsächliche Feststellung erschüttert. Auf der andern Seite aber bleibt es doch sehr auffallend, daß sich der Zar gegenüber der Forderung der polnischen Autonomie so überraschend schnodderig und scheinbar couragiert benimmt; die Frage drängt sich auf, wer diesem Schwächling den Rücken gestärkt haben mag.

Die internationale Sozialdemokratie braucht nicht erst zu sagen, daß sie keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darin gipfeln, den Zar Nikolaus 2. zum König des Königreichs Polen krönen zu lassen. Viel wichtiger muß es ihr erscheinen, daß in diesem Augenblick alle Volkstämme Rußlands den Kampf gegen den Zarismus einmütig betreiben, als daß sie vorzeitig nationale Sonderwünsche geltend machen, deren Erfüllung sich aus einer demokratischen Neugestaltung des Staates doch von selbst ergeben würde, die aber unter den jetzigen Umständen Verwirrung schaffen und der Reaktion dienen. Die Polen, die früher die Rolle von Revolutionsführern gespielt haben, würden auf diese Weise in eine ähnliche Situation geraten, wie die Tschechen während der deutschen Revolution von 1848.

Deswegen wäre es aber kein geringeres Verbrechen, wenn Deutschland wirklich den Versuch machen würde, einen polnisch-nationalen Aufstand in Rußland mit gepanzerter Faust niederzuschlagen. Der bloße Versuch eines solchen Eingriffs, ja selbst die geringsten Vorbereitungen dazu, würden sofort die Sympathien aller zivilisierten Menschen und Völker auf Seite der Polen bringen. Für die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen hat man im europäischen Westen vielfach noch jene Vorliebe, die den herrschenden Klassen der deutschen Nation, seit sie reaktionär geworden, völlig verloren gegangen ist. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß der „Standard“ der deutschen Regierung gegenüber nur die Rolle des Lockers übernommen hat, der sie in die Fährnisse und Wirrnisse einer internationalen Verwicklung mit Vorbedacht hineintreiben will.

Welches Interesse hätte Deutschland an der Niederwerfung eines polnischen Kaiserthums? Doch nur das eine, daß die Polen im eignen Lande nicht zu übermütig werden möchten. Die polnische Frage in Deutschland ist aber eine rein preussische Frage; die verkehrte preussische Polenpolitik, in die das Reich leider nichts dringender hat, mit den Waffen fortzusetzen, ist eine Aufgabe, die nur böslia Götter dem Reich überlassen dürfen.

Und welchen Schaden hätte das Reich davon, wenn sich Preußen unter dem Druck eines siegreichen russisch-polnischen Aufstandes genötigt sehen würde, von seiner kaiserlichen Unterdrückungspolitik abzustehen? Im Jahre 1848 schrieb die „Kölnische Zeitung“:

„Will man die Freiheit der Polen — und man muß sie wollen — so überlasse man ihnen die innere Organisation ihrer Verwaltung selbständig; man ziehe die deutschen Beamten zurück, man unterstütze die Polen, wie sie selbst verlangen, in der Ausrüstung ihres Heeres und schütze sie in dessen gegen den nicht unwahrscheinlichen Angriff der Russen.“

Seitdem ist der nationalliberale Text ein ganz anderer geworden, und eine deutsche Intervention in Polen würde demnach nur mehr der Intervention des deutschen Proletariats hegegnen. Inzwischen wollen wir hoffen, daß der gesonderte nationalpolnische Aufstand ebenso wie seine Niederwerfung durch Preußen ein böser Traum bleibt, aus dem die Welt am Morgen einer siegreichen russischen Demokratie aufwachend erwachen wird.

Reichstagsstichwahl in Eisenach.

Am Freitag, 17. d. wird im Eisenacher Wahlkreis die Stichwahl die Entscheidung darüber bringen, wer der Nachfolger des verstorbenen nationalliberalen Abg. Fries wird: der Sozialdemokrat oder der bündlerische Antisemit. Die ausgefallenen Parteien, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und das Zentrum, haben zwischen den beiden Extremen zu wählen.

Die Qual ihrer Wahl wirkt erheiternd. Der Eisenacher Korrespondent der „Voss. Ztg.“ windet sich wie ein Regenwurm, der unter den Stiefelabsätzen geraten ist:

Die liberalen Parteien sind durch die Stichwahl zwischen den Antisemiten und den Sozialdemokraten in eine schwierige Lage verwickelt worden. Die verheerende antisemitische Agitation macht es selbst den Nationalliberalen außerordentlich schwer, die Unversittlichkeitsparole für den Kandidaten des Reichstages zu lassen. Dies geschieht seitens des Eisenacher Organes der Nationalliberalen auch nur vorsichtig. Die Berliner Parteileitung hat bis jetzt noch keine Erklärung abgegeben. Trotzdem wird sie, getrieben von Grundgedanken der Partei, gegen den Sozialdemokraten lauten. Wie aber die Verhältnisse liegen, werden die Eisenacher Nationalliberalen kaum einen Finger für Schicksal rühren. Man rechnet in Eisenach mit einer sehr harten Wahlentscheidung. Das Zentrum wird keine 1100 Stimmen zugunsten Schicksal abgeben. Nach erst dem Lande dürfte die Stimmenzahl des Antisemiten durch Zuwachs von nationalliberalen Stimmern und eines kleinen Teils der Freisinnigen zunehmen. Die Freisinnige Kampfpartei ist eben durch die harte und resolute Kampfpolitik der Sozialdemokratie in den vergangenen Wochen so heftig angegriffen worden, um es vor ihren Wählern veranzulassen zu können, ohne jede Beschränkung für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Auf alle Fälle gegen den

Antisemiten“, so wird ihre Parole lauten. Daß die Erklärung nicht unumwundener lauten wird, hat der sozialdemokratische Kandidat Leber selbst verschuldet.

Die Prophezeiung über die Stellung des freisinnigen Wahlauschusses trifft zu. Eine Depesche meldet:

Der Zentral-Wahlauschuss der Freisinnigen Volkspartei veröffentlicht heute folgende Erklärung: Bei der bevorstehenden Stichwahl überlassen wir den Gesinnungsgenossen, nach eigenem Ermessen ihre Stimme abzugeben, bemerken jedoch hierzu, daß kein freisinniger Mann dem antisemitischen Kandidaten seine Stimme geben kann.

Was! jagen die freisinnigen Wähler; was geht uns der Wahlauschuss an. Wir machen es, wie wir es bei allen Stichwahlen im Juni 1903 gemacht haben: Mann für Mann für den Reaktionen gegen den Sozialdemokraten!

Die freisinnigen Mannen tun öffentlich so, wie wenn ihnen die Wahl schwer fielen. Mit dem geheimen Stimmzettel in der Hand aber ziehen sie jubelnd ins Lager der Brotwucherer und Wahlrechtsfeinde.

Das mag ja. Das wird in Eisenach-Dornbach wieder so sein. —

Aberhalb Jahre unter dem Fallbeil!

Berliner Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß der Gehilfen Walther, der vor anderthalb Jahren wahr scheinlich unschuldig zum Tode verurteilt worden ist, jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht worden sein soll.

Walther war auf Grund eines höchst mangelhaften Indizienbeweises von den Geschwornen schuldig erklärt worden, seine Gattin ermordet zu haben. Man hatte diese in einem Gehölz bei Berlin erhängt aufgefunden, und alle Zeichen deuteten auf Selbstmord. Indes erfuhr die Kriminalbehörde, daß Walther, der von seiner Frau getrennt lebte, unter auffälligen Umständen nach Berlin gereist war und mit seiner Frau einen Ausflug gemacht hatte, von dem sie nicht lebend zurückkehrte. Dazu kam, daß eine Reihe von Zeugen ausfragten, der lebenslustigen Frau sei ein Selbstmord nicht zuzutrauen gewesen. Nach der Verurteilung meldeten sich durch die sozialdemokratische Presse Zeugen, die sich bereit erklärten zu beschwören, daß Frau Walther sehr oft wiederholte Anträge der Verteidiger auf Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt, die Revision wurde mangels formaler Verstöße vom Reichsgericht verworfen, und auch die Begnadigung blieb aus!

Der Verurteilte, der nach der Überzeugung vieler Personen unschuldig ist, lebte so seit anderthalb Jahren im Gefängnis tatsächlich unter dem Fallbeil. Jetzt soll man glücklich entdeckt haben, daß der Mann verrückt ist — wenn er es nicht schon früher war, mußte er es in den letzten anderthalb Jahren unbedingt geworden sein. —

Das Ministerium Roubier ist also wieder komplett. Herr Trouillot, der mit seinem Kampf gegen die Gewerkschaften den Befähigungsgrad erreicht hat, ist Kriegsminister; Herr Dubief, der ehemalige Handelsminister, wird als Minister des Innern den Wahlhandel betreiben und Herr Trouillot, der im Ministerium Combes Handelsminister war, nimmt seine unterbrochene Tätigkeit wieder auf.

Zur politischen Charakterisierung des Wechsels sei bemerkt, daß Herr Trouillot und Herr Dubief zu den Linksrabiaten zählen. Es hat sich also in der Zusammenziehung des Ministeriums nichts geändert. Der Linksrabiate Verkauf ist durch den Linksrabiate Mann im Ministerium des Innern und die Gemäßigten einen verlässlichen Mann im Kriegsministerium. Herr Roubier hat alle zufriedengestellt, die Rabiaten, die Radikalen und die Gemäßigten.

Es ist ein Ministerium der sogenannten republikanischen Konzentration mit Ausschluß der Rechten und der Sozialisten. Herr Roubier ist also die Sammlung „aller guten Franzosen“ gelungen. Das rekonstruierte Ministerium wird mit viel republikanischer Praefologie und ohne Sozialpolitik regieren. Man kann ihm ein langes Leben prophezeien. Für die Sozialdemokratie besteht der Gewinn darin, daß nunmehr eine reinliche Scheidung eingetreten ist. Sie Bürgertum, die Proletariat! Das honeste Bürgertum ohne nationalökonomische Phrase regiert, und zwar mit einer sicheren „republikanischen Mehrheit“. Die Vera Waldeck-Rousseau-Combes ist vorbei, es beginnt die Vera Roubier.

Die einstigen Träume von Jaures und seinen Freunden über die Annäherung der Radikalen an den Sozialismus sind verfliegen. Was die überragenden bürgerlichen Demokraten Waldeck-Rousseau und Combes zu geben bereit schienen, wird sich das Proletariat von dem engherzigen Bourgeoisliberalismus erkämpfen müssen.

Die Sozialdemokratie hat sich geeinigt und das liberale Bürgertum hat sich geeinigt. Die sozialistischen Nebel sind verfliegen und die Situation ist: Klar zum Gefecht.

Sie haben keine Ursache, uns darüber zu beklagen. —

Durchkreuzter Wahlrechtsbetrug.

Mit dem Wahlrecht zum dänischen Folkething ist es ungefähr ebenso bestellt, wie mit dem deutschen Reichstagswahlrecht: es ist nominell gleich für alle Staatsbürger — beginnt allerdings erst mit dem dreißigsten Lebensjahr — wird aber ungleich zum Schaden der städtischen Bevölkerung durch eine höchst ungerechte Wahlkreiseinteilung.

Seit vielen Jahren streben unsere Parteigenossen nach Befreiung dieses Unrechts und Erfüllung der grundsätzlichen Bestimmung im § 32 der Verfassung, wonach auf 16 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden soll. Endlich zu Beginn der jetzigen Reichstagsession sahen es, als ob die Regierung diesem Wunsche nachkommen wollte. Als der Gesetzentwurf, den der Ministerpräsident Christensen einbrachte, bestimmte lediglich, daß die Zahl der Folkethingmitglieder von 114 auf 132 erhöht werden sollte, und durch die Abänderung wollte der Minister den Satz des § 32 befreitigen, der die Gleichheit der Wahlkreise fordert. Es war also auf einen Vertrag abgesehen. Aber der Plan war tölpelhaft eingeleitet, daß er mißlingen mußte.

In der vorigen Woche hat sich das Folkething in einer dreitägigen Debatte mit dem Regierungsentwurf befaßt. Die Rechtsparthei suchte durch ihre Forderung der Einführung des Proporzwahlrechts die ihr verhasste Reform unmöglich ganz zu verhindern oder doch wenigstens zu verschleppen. Aber sie mußte bei einem solch volksfeindlichen Beginnen damit rechnen, daß sie bei den Neuwahlen im nächsten Jahre eine recht unangenehme Antwort von den Wählern erhalten würde. Der Sozialdemokratie um ihrem Wortführer, dem Genossen Borgbjerg, gelang es, durch eine sehr geschickte Taktik die konservativen Redner im Laufe der Debatte zum Verzicht auf ihre als Ultimatum aufgestellte Forderung zu veranlassen. Ebenso nötigte Borgbjerg den Ministerpräsidenten das Versprechen ab, daß er mit dem Folkething über eine bessere Wahlkreiseinteilung verhandeln wolle, z. B. in der Form, daß, wenn an der vorgeschlagenen Abgeordnetenzahl von 132 festgehalten wird, die Einwohnerzahl jedes Wahlkreises rund 20 000 betragen soll, und daß statt der jetzt bestehenden einfachen Majoritätswahlen die wirkliche Majorität der Wähler entscheiden soll, also Stichwahlen eingeführt werden.

Der Entwurf ist einem parlamentarischen Ausschuss überwiesen worden, dem als Vertreter der Sozialdemokratie die Genossen Gørdum und Borgbjerg angehören. Kommt eine gerechte Wahlkreisordnung zur Durchführung, so wird eine erhebliche Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion die Folge sein, abgesehen davon, daß auch sonstige die Wahlausichten für unsere Genossen äußerst günstig sind. —

Italien.

In Turin wurde dieser Tage eine Volksabstimmung über einen Antrag des Magistrats betreffend die Uebernahme der Erzeugung und Verwertung der elektrischen Kraft durch die Stadt vorgenommen. Es hatte hierüber innerhalb der städtischen Vertretungsorgane ein großer Kampf stattgefunden, namentlich waren es die Merikalen, welche diesem Fortschritt auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung Opposition entgegensetzten. Das Resultat ist zugunsten der Kommunalisierung ausgefallen. Von 33 451 Stimmberechtigten beteiligten sich 15 338 an der Abstimmung; hiervon stimmten 12 750 mit ja, 3481 mit nein. —

Mit erneuter Kraft beginnt jetzt in Italien wieder die Bewegung der Sozialdemokratie. Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der Sozialdemokratie, der sich aber auch zahlreiche Mitkämpfer aus den Kreisen des Bürgertums anschließen. So haben sich eine Anzahl kaufmännischer Vereine, Privatbeamte, Apotheker usw. zu den von dem Genossen Abgeordneten Caovri aufgestellten Forderungen in zustimmendem Sinne geäußert. Gegen 200 Deputierte haben sich im Prinzip für die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe erklärt. —

Soziales.

S. Praktisches Christentum. Ein unerhörter Fall von „christlicher Nächstenliebe“ wird uns aus Augsburg gemeldet. Eine Textilarbeiterin wurde auf Kosten einer Fabrikkrankenkasse in die Klinik des Diakonissenhauses gebracht, um wegen eines Unterleibsleidens operiert zu werden. Die Operation wurde um 4 Uhr nachmittags vollzogen. Kaum war die Schwerfranke am andern Morgen unterredungsfähig, so wurde ihr bedeutet, daß sie schon am Mittwoch die Klinik wieder verlassen müsse, denn die Fabrikkrankenkasse erlaube das Verweilen der durch schwere Fabrikarbeit krank gewordenen Arbeiterin nicht länger als einen Tag. Als die Krankenschwester die Beschaffung einer Droschke in Erwägung zog, ging der Arzt darüber hinweg und meinte, die Kranke soll nur noch einige Stunden im Bett verweilen, dann werde sie schon nach Hause gehen können. Obwohl nun die Unglückliche noch nicht einmal die Folgen des Chloroformierens überstanden hatte und zeitweise noch taumelte, mußte die Schwerfranke um 2 Uhr nachmittags die Klinik verlassen und den halbblindigen Weg bei naschalter Witterung zu Fuß antreten. Als sie unterwegs drohte zusammenzubrechen, nahm sich eine fremde Person der wandernden Leiche an und brachte sie in ihre Wohnung, wo sie dann infolge Ueberanstrengung ohnmächtig zusammenbrach.

So geschehen im Zeitalter der Humanität. — Doch es war ja nur eine arme Textilarbeiterin! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. November 1905.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Das Ergebnis.

Die gestern beendeten Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung hatten folgendes Resultat:

Wahlkreis:					
Sozialdemokraten	1905	1904	Mischmajch	1905	1904
Pistorius	1866	1195	Voepel	3819	1638
Böhme	1863	1105	Seife	3816	1632

Bücherei:

Haupt . . . 1645 (1903 1383) Kirchner . . . 764 (1903 740)
Zu der Altstadt sind noch 40 Stimmen für Pistorius als Stadtverordneten auf 5 Jahre, für Böhme 42 Stimmen als Stadtverordneten auf 3 Jahre abgegeben worden. Sie müssen zu dem nächsten

hingezählt werden. Zu derselben Weise hat Voepel 8 und Pesse 3 Stimmen mehr erhalten, die in obiger Zahl nicht enthalten sind.

Zu Budau hat Voepel noch 7, Pesse 2 Stimmen erhalten, die sich Herr Kirchner anrechnen darf. Verglichen mit dem Ergebnis des Wahlkampfes vor 2 Jahren in dem gleichen Stadtbezirk haben wir nahezu 300 Stimmen gewonnen, die Begner 33. Sie werden jetzt wohl einsehen, daß Budau ein sicherer Besitz der Sozialdemokratie ist, der ihnen auch nicht durch plumpe Ueberrumpelungen entrisen werden kann. In der Volksversammlung im „Thalia“-Saal, die äußerst zahlreich besucht war, wurde das Wahlergebnis mit großer Freude aufgenommen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses sprach Genosse Haupt über den Ausgang des Kampfes, zum Ausschreiten in unserm Kampfe und zu lebhafter Agitation auffordernd. Die Witsch des Budauer Witschmatsch, aus Budau ein zweites Spandau für die Sozials zu machen, wie in der Versammlung im „Alder“ großsprecherisch verkündet wurde, ist elend gescheitert. Es fehlte dazu in Budau an den nötigen — abhängigen Elementen, die man einfach zur Wahl kommandieren kann.

Zur Würdigung des Wahlergebnisses in der Altstadt ist es notwendig, die Schlüsszahlen des vorjährigen Wahlganges, der 4 Tage dauerte, hier mitzuteilen. Damals entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl 2318, auf den bürgerlichen Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl 4535 Stimmen. Es fehlten also unsern Genossen noch 452, den Gegnern 716 Stimmen an dem im vorigen Jahre erzielten Resultat. Wäre auch in diesem Jahre 4 Tage gewählt worden, dann würden offenbar auf beiden Seiten mehr Stimmen abgegeben worden sein. Die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten wäre aber auch dann nicht erfolgt. Zahlenmäßig haben in der Altstadt die bürgerlichen und die abhängigen Wähler ein gewaltiges Übergewicht über die Arbeiterwähler. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist dabei so stark, daß selbst ein Voepel bedingungslos mit in den Kauf genommen wurde, aus Furcht, unsere beiden Genossen könnten sonst gegenständig in die Stichwahl kommen. Das wäre auch die einzige Möglichkeit für uns gemessen, andre als agitatorische Erfolge in der Altstadt zu erlangen.

Bei der Stadtverordnetenwahl der ersten Abteilung in Budau machten von 35 Wahlberechtigten 16 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Sämtliche Stimmen wurden für den bisherigen Stadtverordneten Volkmar Bartels abgegeben.

Die gestern abend stattgefundene Volksversammlung im „Weißen Tisch“ hatte ein gutes Besuchs zu erfreuen. Genosse Landsherg verstand es, in seinem Vortrag über „Gegenprozesse“ die vollste Aufmerksamkeit der Hörer zu fesseln. Da dieser Vortrag schon einmal in Auszug an dieser Stelle veröffentlicht wurde, erübrigt es sich, noch einmal näher darauf einzugehen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Genosse Giesecke gibt hierauf die Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in Altstadt und Budau bekannt. Giesecke bemängelte die Lässigkeit der Genossen bei der Flugblattverbreitung und forderte zur Agitation für die „Volksstimme“ und den sozialdemokratischen Wahlverein auf.

Folgende Anfrage ist von unsern Genossen dem Stadtverordneten-Vorsteher mitgeteilt worden:

Der Magistrat hat die Nachricht, daß das Wasserwerk kürzlich seinen Betrieb in erheblichem Maße einschränken mußte, lediglich im „Antlichen Anzeiger“ und in der „Magdeburgerischen Zeitung“ bekannt gegeben. Weshalb ist diese für die ganze Bevölkerung so außerordentlich wichtige Nachricht nicht in allen hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht worden?

Soffentlich kommt diese Anfrage morgen noch zur Verhandlung.

Die Dampfdruckerei Behling in der Fettehennenstraße gehört zu denjenigen Betrieben, welche jedem Arbeiter, der den Schmachtrien enger ziehen will, nur empfinden werden kann. Vor kurzer Zeit erst gab dieser liebesherrliche Herr Gelegenheit, ihn vor das Zünungsrichtergesicht zu fordern, weil er, à la Tischlermeister Weisner, in der zweiten Arbeiterwoche weniger Lohn zahlen wollte, ja sogar noch weiter ging und den, nach seiner Meinung in der ersten Woche zuviel gezahlten Lohn, in der zweiten wieder abzog. Damals erklärte Herr Behling, daß erst zwei Wochen bei ihm gearbeitet werden müßte, ehe er wisse, was er dem betreffenden Arbeiter für Lohn zahle. Selbstverständlich stimmten ihm die ehrbaren Hoppmeister, welche als Beisitzer fungierten, zu, und da diese die Anschauung des Herrn Behling für richtig hielten, glaubten die Arbeitnehmerbedürftigen jedenfalls auch, sich dieser Anschauung anschließen zu müssen, weshalb der Arbeiter um seinen ehelich verdienten Lohn kam. Heute ist schon wieder Gelegenheit, den Magdeburger Drechslergesellen zeigen zu können, wie Behling bemüht ist, Lohnrückerei zu treiben. Ein Drechsler erhielt in der ersten Woche 32 Pf., in der zweiten 1 Pf. Zulage, also 33 Pf. Nun war Behling jedenfalls der Meinung, daß der Geselle bei dieser Zulage von 1 Pf. auch eine dekaristische Weisheit wie sein Arbeitgeber sich zulegen könnte, weshalb der Drechslermeister Behling ihm 1,60 Mark für angeblich verführte Arbeit abzog. Der Arbeiter konnte nun Berechtigungen darüber anstellen, was er mit den zur Auszahlung gelangten circa 16 Mark unter den heutigen Verhältnissen anfangen soll. An die Drechslergesellen ergeht deshalb die dringende Mahnung: meidet den „Musterbetrieb“ des Drechslermeisters Behling in der Fettehennenstraße.

Wohlfahrtsartikel und Aushilfsarbeiten. Die Magdeburger Gastwirte Fischer und Bergemann sollten die Bekannmachung über den Aushilfsarbeiten am 22. Dezember 1904 in Verbindung mit den §§ 139e und f der Gewerbeordnung dadurch übertritten haben, daß sie am 10. Januar 1905 bzw. am 14. Februar 1905 noch nach 5 Uhr abends in ihren Gastwirtschaften anlässlich der Veranstaltung von Karnevalabenden Karnevalsartikel: Karnevalstappen und dergleichen, feilboten ließen. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten mit der Begründung frei, daß der Verkauf jener Artikel nicht über den Rahmen des Gastwirts- und Schankgewerbes hinausgegangen sei. Der Verkauf solcher Artikel an einem vom Gastwirt veranstalteten Karnevalabend sei lediglich ein zulässiger Ausfluß des Schankgewerbes. Die Bestimmungen über den Aushilfsarbeiten-Ausschluß könnten darauf keine Anwendung finden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und erklärte es für unstatthaft, daß Karnevalsartikel nach 5 Uhr abends in einer Schank- und Gastwirtschaft feilgeboten würden. Es seien dies Waren, die nicht auf der Stelle verzehrt werden sollten, sondern auch mitgenommen werden könnten.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft am 13. November mit folgender Begründung: Der Vorder Richter irrte nicht, wenn er annahm, daß die Bestimmungen, die sich auf den Ladenschluß bezögen, nicht anwendbar seien auf Restaurationen, in denen während der Feiernachtszeit Karnevalstappen und dergleichen auch noch nach der für offene Verkaufsstellen festgesetzten Schlußzeit käuflich seien. Dieser ganze Betrieb des Verkaufs der Karnevalsartikel habe doch nur die Bestimmung, Gäste in das Lokal zu ziehen und sie dort festzuhalten; sie sollten sich schmücken und nach Möglichkeit lange verweilen. Die Möglichkeit, die Artikel mitzunehmen, liege ja vor; aber es sei nicht die Absicht des Wirtes, sie zu schaffen. Der Verkauf der Feiernachtsartikel unter den fraglichen Umständen gehöre ebenso zum Gast- und Schankgewerbe, wie es dazu gehöre, wenn ein Gast, der seine Zigarrenspitze vergessen habe, sich eine beim Wirt kaufen, um genüsslicher im Lokal weiter rauchen zu können, oder wenn der Wirt Ansichtskarten verkaufe, damit der Gast sie in seinem Lokal schreibe und so länger an den Tisch gefesselt sei.

— Viel Lärm um nichts. Die gerichtliche Untersuchung über das in Thale gefundene Skelett ist nun zum Abschluß gelangt und hat ergeben, daß keine Rede davon sein kann, daß das Skelett die Leberreste des 1801 verschwindenden Kaufmanns Schmidt darstelle. Nach der Beschaffenheit der Knochen müssen diese bereits 100 Jahre in der Erde gelegen haben. Außerdem stammen sie, nach den Ähnen zu urteilen, von einem Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Spuren gewaltfamer Verletzung sind nicht festgestellt worden. Es war nicht mehr zu ermitteln, ob die Knochen von einer Person weiblichen oder männlichen Geschlechts herkämen. Die Nachricht von der Verhaftung des angeblichen Täters in Düsseldorf wurde ja schon von vornherein demontiert. Die Staatsanwaltschaft war also nichtener geblieben wie der über-eifrige Berichterstatter, der „Magdeb. Ztg.“, der das Phantastische erzeugt und Thale in Aufregung versetzt hatte.

— Wann ist das Rauchen gesundheitschädlich? Man sollte es kaum glauben, daß bei einem so ungeheurer verbreiteten Genussmittel, wie es der Tabak ist, noch so wenig sichere Kenntnisse darüber herrschen, ob dasselbe im allgemeinen als gesundheits-schädlich zu betrachten ist oder nicht. Selbst aus ärztlichen Kreisen hört man die widersprechendsten Ansichten äußern, jedoch gewinn-t es den Anschein, als ob neuerdings dem Tabakrauchen für die Entscheidung von Krankheiten eine erhöhte Bedeutung zugemessen würde. Namentlich will man jetzt die neuerdings jodelnd ge-nannte Aderverkalkung auf übermäßiges Rauchen zurück-führen, und das zeitweise auftretende Sinnen, eine Form der Aderverkalkung, ist von Professor Erb hauptsächlich bei Mäusern angetroffen worden, auch experimentell hat man bei Tieren, denen man Tabakabsud einspritzte, Verkalkung der Gefäße auf-treten gesehen. Man mag über den Tabak im übrigen sagen was man will, das steht einwandfrei fest, daß zahllose Raucher trotz fort-währenden reichlichen Tabakgenusses ein hohes Alter erreichen. Es scheint aber in dieser Hinsicht, was bis jetzt zuwenig beachtet wurde, doch auch die Konstitution der Raucher sehr in Betracht zu kommen. Wie bei dem Alkohol, so ist auch beim Rauchen die Aufnahmefähigkeit des einzelnen sehr verschieden. Ein kräftiger Mensch kann hier mehr vertragen als ein schwäch-licher. Schädlich ist das Rauchen auf alle Fälle für Kinder und junge Leute, schädlich ferner der übermäßige Tabakgenuß, also der Genuß von täglich mehr als sechs Zigaretten. Die häufigsten Folgen des übermäßigen Tabakgenusses sind: chronischer Magen- und Stuhlkapitarrh, Husten, Heiserkeit, Binde-hautkatarrh und Schwäche. Das Rauchen von Zigaretten ist am schädlichsten, weil sie am leichtesten im Ueber-maß genossen werden. Die Pfeife steht in der Mitte zwischen der Zigarette und Zigarrete. Schädlich ist ferner der Genuß von feuch-tem und minderwertigem Tabak. Er ist es, welcher namentlich Herzstörungen hervorruft: Herzklappen, Verklemmungen, Herz-schmerzen und unregelmäßigen Puls. Man soll eine Zigarette nie-mals bis zum Ende rauchen, auch ist es zweckmäßig, bei Rauchen der Zigaretten Spitzen zu verwenden. Der englische Arzt Gersoh versucht neuerdings eine Art Ehrenrettung des Tabaks. Er ist der Ansicht, daß die durch Tabakmißbrauch entstehenden Schädigungen durch gleichzeitigen Alkoholgenuß in hohem Maße vermindert werden, und häufig letzterer die Hauptursache der ange-sprochenen Tabakschädigung darstelle. Auch die Schädigung der At-mungsorgane bezweifelt Dr. Gersoh, da eine Umfrage bei Rednern und Sängern, die parat rauchten, das Gegenteil ergab, auch hier war es meist der Alkoholgenuß, der nachteilig wirkte. Von manchen Seiten wird gar ein wohltätiger Einfluß des Tabaks auf die oberen Luftwege angegeben.

— Von der Strafe. Zwei Pferde, die vor einem Rollwagen der Firma Knyrim gespannt waren, gingen in der Weststraße infolge Scheuwendens nach dem Reaktor zu durch. Dabei wurde, wie wir gestern schon meldeten, der Dreckschmied Karl Kühne aus Cracau überfahren, so daß er ins alstädtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Fuhrwerk kam erst am Häuschen des Büchsenhändler-Einnehmers zum Halten, indem die Tiere mit der Wagendeckel gegen das Haus rannten und dabei eine Gefährdung verursachten. In der Nähe des Kaiser-Wahlgeländes brach am Dienstag morgen an einem der hohen Postpferdewagen ein Hinterrad. Postknecht und Schaffner kamen mit dem Schreck davon.

— Ein Bild aus unserer „schönen Welt“. Ein 60 Jahre alter Mann, der sich mühsam auf zwei Krücken weitergeschleppte, war am Dienstag abend spät auf dem Trottoir gegenüber den Rathsa-solonnaden hingestiegen und eingeschlafen. Es hatten ihm die Mittel zur Uebernachtung in einer Herberge gefehlt. Nachdem er von Passanten aufgerichtet worden war, veranfaßten mitleidige Seelen eine kleine Sammlung, deren Ergebnis ihm ein Nachtlager in einer Herberge ge-stattete!

— Tödlicher Unfall. Dem auf dem Gruson-Werk beschäftigten Arbeiter Paul Gräfe aus Sudenburg fiel am Dienstag ein großes Eisenrad auf den Körper, der arg gequält wurde. G., der außerdem erhebliche innere Verletzungen erlitt, wurde in das Sudenburger Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Entlieferung verstarb. Der seit einem Jahre verheiratete so plötzlich ums Leben Gefommene hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. Die Frau befindet sich wegen Krankheit ebenfalls im selben Krankenhaus, und zwar seit 31. Oktober. Und 14 Tage später stirbt ihr Gatte in der Anstalt, in der seine Frau krank daniederliegt. — Violetarienschicksal!

— Von der Feuerwehre. Infolge Meldung von verschiedenen Meldern rückten Dienstag abend gegen 8 1/2 Uhr zunächst vier Fahr-zuge der Hauptwache und dann noch die Wachen Neustadt und Budau nach dem Grundstück Harsdorferstraße 9, wo dicht neben dem Neubau der katholischen Kirche und des Nyls zwei Hausböden in Brand geraten waren. Infolge Spernung der Straße mußte die Feuerwehre bis zur Brandstelle einen größeren Umweg machen, auch war das Anfahren infolge des grundlosen Weges sehr er-schwert. Das Feuer wurde mittels zweier Strahlrohre gelöscht, die schon in Brand geratene zweite Hausböde konnte erhalten werden. Nach zweistündiger Arbeit konnte der erste Zug wieder abrücken. — Infolge mangelnden Schutzes der Dielen vor einem Ofen entstand im Hause Schöneackerstraße 118 am Mittwoch vormittag 9 Uhr ein Fußboden-brand, der von der Wache Budau mit kleinem Löschgerät beseitigt wurde.

— Zirkus-Theater. Der große Erfolg, den das Berliner Sittenbild „Eine Gefallene“ am Sonntag und Montag hatte, veran-lasste die Direktion, das Stück die ganze Woche auf dem Repertoire zu lassen. Wir werden gebeten darauf hinzuweisen zu wollen, daß nur Er-wachsene zu „Eine Gefallene“ Zutritt haben.

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* London, 15. November. Nach Meldungen, welche über Japan und Schanghai hierher gelangt sind, ist die Bevölkerung von Wladiwostok in vollem Aufbruch. Es finden heftige Straßenkämpfe zwischen den Russen und den Truppen statt. Bei diesen Zusammenstößen sind viele Personen ums Leben gekommen. Die ausländischen Einwohner haben ihre betreffenden Regierungen er-lucht, Kriegsschiffe zu ihrem Schutze nach Wladiwostok zu entsenden. Die Vorgänge in Wladiwostok lenken die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß gar keine Nachrichten über die Ereignisse in Sibirien zwischen Tomsk und Wladiwostok vorhanden sind. Man glaubt daher, daß auch Sibirien durch revolutionäre Wirren erschüttert sei.

* Moskau, 15. November. Die Menterei in Wladiwostok nimmt immer größere Dimensionen an. Seit Sonntag nacht steht die Stadt in Flammen. Sämtliche Läden, viele Kronegebäude und chinesische Wuden sind eingeeißert; die halbe Stadt ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Offiziere dürfen sich nicht auf den Straßen zeigen. Unter den zahlreichen Verwundeten und Getöteten befinden sich Frauen und Kinder.

* Petersburg, 15. November. Für heute wird eine Kundgebung des Baren erwartet, die den Bauern die Ueberweisung von Staatsländereien zu niedrigem Preise, ritzzahlbar ratenweise innerhalb hundert Jahren, zusichert.

* Petersburg, 15. November. Hiesigen Privatmeldungen zufolge sind 24 000 gut bewaffnete russische Truppen im Besitz von Georgien (Kaukasus). Georgien ist seit vielen Tagen vollständig von dem übrigen Teile Russlands abgeschnitten. Die Russen sind den Truppen bewaffnet entgegen. Man macht hier kein Geheimnis daraus, daß mindestens zwei Armeekorps erforderlich wären, um das Gebiet zurückzuerobern. Es ist aber unmöglich, auch nur ein Armeekorps zu diesem Zwecke zu entsenden, da man die übrigen Teile des Kaukasus von Truppen nicht entlassen darf. Selbst wenn es möglich wäre, ein Armeekorps zu entsenden, hätten die russischen Behörden gar keine Mittel, sie nach Georgien zu transportieren, da der Verkehr auf sämtlichen kaukasischen Eisenbahnen ruht. Die Lage im Kaukasus ist hoffnungslos. Russland wird einen langen schwierigen Feldzug führen und viele Millionen ausgeben müssen, um die russische Herrschaft im Kaukasus wieder zu errichten.

* Petersburg, 15. November. Der Scherbroste wird von hier telegraphiert: Die Unternehmung der Kronstädter Revolte nähert sich ihrem Ende. Die Helden dieses Dramas sollen erschossen werden — doch aus allen Schichten der Gesellschaft erheben sich Stimmen, die vor der Ausführung dieser Todesurteile warnen, die in so furchtbarer Zeit der Gärung; ungläubliche Konfessionen nach sich ziehen könnte. Zunächst will die Geistlichkeit mit dem vielgenannten Priester und Schriftsteller Petrov sich an den Baren um Milderung der Strafe für die Menterei wenden, Johann tritt fast die gesamte Residenzpresse gegen die Verhängung von Todesurteilen auf, endlich sammelt die Einwohnerschaft von Kronstadt Unterschriften für eine im gleichen Sinne gehaltene Petition. Die Kronstädter Bürger hätten bis jetzt stets friedlich mit den Matrosen zusammengelebt. Alle diese Proteste sollen der Regierung beweisen, daß die Schuld der meuternden Matrosen geringer sei als die der Regierung, deren Indeolenz jene unerträgliche Lage im Marinewesen geschaffen, die nun endlich zur Explosion geführt habe. — Unter den jetzt zurückgekehrten Emigranten befindet sich auch die vor 28 Jahren vielgenannte Sozialdemokratin Wera Sja-litsch, die auf den damaligen Petersburger Oberpolizeimeister Trepow, den Vater des jetzigen Palaiskommandanten Trepow, ein Revolverattentat verübt hatte.

* Berlin, 15. November. Die „Vorwärts“ in der Nummer vom 15. November 1904, durch welche sich der Unteroffizier... der frühere verantwortliche Redakteur Wiltner gestern bei der 2. Straf-kammer des Landgerichts 2 zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Karlsruhe, 15. November. Das Militärvereinspräsidium hat eine Erklärung zu der Haltung mancher Mitglieder der Kriegervereine bei den Stichwahlen erlassen. Das Präsidium besteht bei seiner Unterredung mit dem Großherzog nachdrücklich darauf, daß es zwischen Militärvereinen und Sozialdemokratie absolut keine Interessengemeinschaft geben könne. Der Gegensatz zwischen beiden verbiete durchaus die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie. Mit denjenigen Militärvereinen, die öffentlich zur Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert hätten, werde man noch abrechnen nach Anhörung der Gauvorstände. Die andern seien über die Anschauungen des Präsidiums zu belehren. — Ob die „differenzierenden“ Mitglieder der in Frage kommenden Kriegervereine eine solche Belehrung durch das Präsidium sich gefallen lassen wollen, ist ihre eigne Sache. Insekts Erachtens hätte das Präsidium eher eine Belehrung darüber nötig, ob es nicht Sache der Kriegervereine ist, sich um politische Vorgänge zu kümmern. Der zweite Weg ist, daß diejenigen Mitglieder, die auf die Befähigung ihres Stimmrechts nicht verzichten wollen, solchen Vereinen einfach den Rücken kehren.

* Dresden, 15. November. In der heutigen Staatsberatung in der Zweiten Kammer führte der Finanzminister Dr. Müller aus, die beabsichtigte Betriebsmittelgemeinschaft der Staatsbahnen sei tatsächlich an etatsrechtlichen, finanziellen und staatsrechtlichen Gründen gescheitert. Uebergeblieben sei nur der beabsichtigte Plan der gemeinsamen Benutzung des Güter-wagenparks, dem die sächsische Regierung sehr gern zustimme. Bezüglich der Umleitung der Güter seien neue Abmachungen zwischen den Verwaltungen getroffen, nach denen künftig jede Willkür aus-geschlossen sei. Das Freigeß auf den Bahnen müsse auf-gehoben werden, denn es stelle eine Ungerechtigkeit gegen die Reisenden ohne Gepäck dar. — Ob die Reichsfinanzreform den Finanzen der Bundesstaaten Erleichterung bringe, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit nicht absehen. Es sei daher Verzicht ge-boten, sonst könnten sich die Landesfinanzen plötzlich vor peinlichen Uebertragungen sehen.

* Christiania, 15. November. Gestern abend 12 Uhr lag das Ergebnis der Volksabstimmung aus 435 Wahl-freien vor. Danach waren 242 518 Stimmen mit Ja und 64 081 Stimmen mit Nein abgegeben worden. Die Regierung wird morgen im Storting einen Gesetzentwurf betreffend die Vor-nahme der Königswahl einbringen.

* Wien, 15. November. In Lemberg versuchten gestern abend Studenten eine Demonstration gegen das russische Kon-sulat. Sie gerieten in Kampf mit der Polizei. Von beiden Seiten wurde geschossen; viele Studenten wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Briefkasten.

Sangenwebbingen. Zuschriften ohne Unterschrift können nur unter keinen Umständen veröffentlicht werden.

S. G., Neustadt. Wenn Ihre Wohnung feucht ist, können Sie vom Vermieter innerhalb einer bestimmten Frist Abhilfe verlangen. Erfolgt diese nicht, dann können Sie die Mietzahlung verweigern oder, falls die Wohnung nur zum Teil untauglich ist, einen Teil der Miete einbehalten. Ohne Kündigung auszusprechen können Sie nur, wenn die Benutzung der Wohnung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Das letztere müssen Sie durch ein ärztliches Attest nachweisen können.

Gewerbegerichtspräsident. Sigmund Sommerzug den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Böhm, Kl. Klosterstraße 15-16 29

land planten eine bewaffnete Intervention in Russisch-Polen, nicht nur bestätigt, sondern auch hinzuzufügen, daß die solche Intervention ja etwas ganz „Selbstverständliches“ sei. Soweit die Nachricht des „Standard“ Oesterreich betrifft, so ist tausend gegen eins zu werten, daß sie falsch ist. Die inneren Schwierigkeiten, an denen das Gabsburgerreich leidet, sind viel zu groß, die nationalen Widerstände, die bei der Ausführung eines solchen Plans zu überwinden wären, viel zu mächtig, als daß sich Oesterreich in ein solches gefährliches Spiel einlassen könnte. Die Glaubwürdigkeit des „Standard“ wird durch diese tatsächliche Feststellung erschüttert. Auf der andern Seite aber bleibt es doch sehr auffallend, daß sich der Zar gegenüber der Forderung der polnischen Autonomie so überraschend schnöderig und scheinbar couragiert benimmt; die Frage drängt sich auf, wer diesem Schwächling den Rücken gestärkt haben mag.

Die internationale Sozialdemokratie braucht nicht erst zu sagen, daß sie keine Sympathie für Bestrebungen hat, die darin gipfeln, den Zar Nikolaus 2. zum König des Königreichs Polen krönen zu lassen. Viel wichtiger muß es ihr erscheinen, daß in diesem Augenblick alle Volksstämme Rußlands den Kampf gegen den Zarismus einmütig betreiben, als daß sie vorzeitig nationale Sonderwünsche geltend machen, deren Erfüllung sich aus einer demokratischen Neugestaltung des Staates doch von selbst ergeben würde, die aber unter den jetzigen Umständen Verwirrung schaffen und der Reaktion dienen. Die Polen, die früher die Rolle von Revolutionsführern gespielt haben, würden auf diese Weise in eine ähnliche Situation geraten, wie die Tschechen während der deutschen Revolution von 1848.

Deswegen wäre es aber kein geringeres Verbrechen, wenn Deutschland wirklich den Versuch machen würde, einen polnisch-nationalen Aufstand in Rußland mit gepanzerter Faust niederzuschlagen. Der bloße Versuch eines solchen Eingriffs, ja selbst die geringsten Vorbereitungen dazu, würden sofort die Sympathien aller zivilisierten Menschen und Völker auf Seite der Polen bringen. Für die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen hat man im europäischen Westen vielfach noch jene Vorliebe, die den herrschenden Klassen der deutschen Nation, seit sie reaktionär geworden, völlig verloren gegangen ist. Es ist darum nicht ausgeschlossen, daß der „Standard“ der deutschen Regierung gegenüber nur die Rolle des Lockers übernommen hat, der sie in die Fährnisse und Wirrnisse einer internationalen Verwicklung mit Vorbedacht hineintreiben will.

Welches Interesse hätte Deutschland an der Niederwerfung eines polnischen Aufstandes? Doch nur das eine, daß die Polen im eignen Lande nicht zu übermütig werden möchten. Die polnische Frage in Deutschland ist aber eine rein preussische Frage; die verkehrte preussische Polenpolitik, in die das Reich leider nichts dringender hat, mit den Waffen fortzusetzen, ist eine Aufgabe, die nur vältig eingeleitet sein darf. Und welchen Schaden hätte das Reich davon, wenn sich Preußen unter dem Druck eines siegreichen russisch-polnischen Aufstandes genötigt sehen würde, von seiner kaiserlichen Unterdrückungspolitik abzusehen? Im Jahre 1848 schrieb die „Münchener Zeitung“:

Will man die Freiheit der Polen — und man muß sie wollen — so überlasse man ihnen die innere Organisation ihrer Verwaltung selbständig; man ziehe die deutschen Beamten zurück, man unterstütze die Polen, wie sie selbst verlangen, in der Rüstung ihres Heeres und schütze sie in dessen gegen den nicht unwahrscheinlichen Angriff der Russen.

Seitdem ist der nationalliberale Text ein ganz anderer geworden, und eine deutsche Intervention in Polen würde vermuthlich nur mehr der Intervention des deutschen Protektariats begegnen. Inzwischen wollen wir hoffen, daß der gesonderte nationalpolnische Aufstand ebenso wie seine Niederwerfung durch Preußen ein böser Traum bleibt, aus dem die Welt am Morgen einer siegreichen russischen Demokratie aufwachen wird.

Reichstagsstichwahl in Eisenach.

Am Freitag, 17. ds., wird im Eisenacher Wahlkreis die Stichwahl die Entscheidung darüber bringen, wer der Nachfolger des verstorbenen nationalliberalen Abg. Fries wird: der Sozialdemokrat oder der bündlerische Antisemit. Die ausgesprochenen Parteien, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und das Zentrum, haben zwischen den beiden Extremen zu wählen.

Die Dual ihrer Wahl wirkt erweiternd. Der Eisenacher Korrespondent der „Voll. Ztg.“ wendet sich wie ein Regenwurm, der unter den Stiefelsohlen gerät: —

Die liberalen Parteien sind durch die Stichwahl zwischen den Antisemiten und den Sozialdemokraten in eine schwierige Lage verwickelt worden. Die verheerende antisemitische Agitation macht es selbst den Nationalliberalen außerordentlich schwer, die Antisemitisierungs-Parole für den Kandidaten Schatz ausgegeben. Dies geschieht seitens des Eisenacher Organes der Nationalliberalen aus nur provisorisch. Die Berliner Parteileitung hat bis jetzt noch keine Erklärung veröffentlicht. Trotzdem wird sie gegen den Grundgedanken der Partei, gegen den Sozialdemokraten lauten. Wie aber die Verhältnisse liegen, werden die Eisenacher Nationalliberalen kaum einen Finger für Schatz rühren. Man rechnet in Eisenach mit einer sehr harten Wahlkampf. Das Zentrum wird seine 119 Stimmen zugunsten Schatz abgeben. Auch auf dem Lande dürfte die Stimmenzahl des Antisemiten durch Zuwachs von nationalliberaler Seite und eines kleinen Teils der Freisinnigen zunehmen. Die Freisinnige Volkspartei ist eben durch die Partei und republikanische Kampfweise der Sozialdemokratie in den vergangenen Wochen zu sehr angegriffen worden, um es vor ihren Wählern herauszuweisen zu können, ohne jede Beschränkung für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Auf alle Fälle gegen den

Antisemiten“, so wird ihre Parole lauten. Daß die Erklärung nicht unumwundener lauten wird, hat der sozialdemokratische Kandidat Leber selbst verschuldet.

Die Prophezeiung über die Stellung des freisinnigen Wahlausschusses trifft zu. Eine Depesche meldet:

Der Zentral-Wahlausschuss der Freisinnigen-Volkspartei veröffentlicht heute folgende Erklärung: Bei der bevorstehenden Stichwahl überlassen wir den Gesinnungsgenossen, nach eigenem Ermessen ihre Stimme abzugeben, bemerken jedoch hierzu, daß kein freisinniger Mann dem antisemitischen bündlerischen Kandidaten seine Stimme geben kann.

Was! sagen die freisinnigen Wähler; was geht uns der Wahlausschuss an. Wir machen es, wie wir es bei allen Stichwahlen im Juni 1903 gemacht haben: Mann für Mann für den Reaktionsär gegen den Sozialdemokraten!

Die freisinnigen Männer tun öffentlich so, wie wenn ihnen die Wahl schwer fiele. Mit dem geheimen Stimmzettel in der Hand aber ziehen sie jubelnd ins Lager der Brotwucherer und Wahlrechtsfeinde.

Das war so. Das wird in Eisenach-Vermbach wieder so sein. —

Unterhalb Jahre unter dem Fallbeil!

Berliner Zeitungen verbreiten die Nachricht, daß der Geheime Rath Walther, der vor anderthalb Jahren wahrscheinlich unschuldig zum Tode verurteilt worden ist, jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht worden sein soll.

Walther war auf Grund eines höchst mangelhaften Indizienbeweises von den Geschwornen schuldig erklärt worden, seine Gattin ermordet zu haben. Man hatte diese in einem Gehölz bei Berlin erhängt aufgefunden, und alle Zeichen deuteten auf Selbstmord. Indes erfuhr die Kriminalbehörde, daß Walther, der von seiner Frau getrennt lebte, unter auffälligen Umständen nach Berlin gereist war und mit seiner Frau einen Ausflug gemacht hatte, von dem sie nicht lebend zurückkehrte. Dazu kam, daß eine Reihe von Zeugen ausfragten, der lebenslustigen Frau sei ein Selbstmord nicht zuzutrauen gewesen. Nach der Verurteilung meldeten sich durch die sozialdemokratische Presse Zeugen, die sich bereit erklärten zu beschwören, daß Frau Walther sehr oft Selbstmordgedanken ausgesprochen habe. Trotzdem wurden wiederholte Anträge der Verteidiger auf Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt, die Revision wurde mangels formaler Verstöße vom Reichsgericht verworfen, und auch die Begnadigung blieb aus!

Der Verurteilte, der nach der Ueberzeugung vieler Personen unschuldig ist, lebte so seit anderthalb Jahren im Gefängnis tatsächlich unter dem Fallbeil. Jetzt soll man glücklich entdeckt haben, daß der Mann verrückt ist — wenn er es nicht schon früher war, mußte er es in den letzten anderthalb Jahren unbedingt geworden sein. Man nimmt an, daß die Begnadigung Erfolg haben wird.

Man hat sich für die Begnadigung entschieden, man hat sich für die Begnadigung entschieden, man hat sich für die Begnadigung entschieden.

Klar zum Gefecht.

Aus Paris wird der Magdeburger „Vollstimmte“ geschrieben:

Das Ministerium Rouvier ist also wieder komplett. Herr Trouillot, der mit seinem Kampf gegen die Gewerkschaften den Lehrgangserfolg erbracht hat, ist Kriegsminister; Herr Dubief, der ehemalige Handelsminister, wird als Minister des Innern den Wahlhandel betreiben und Herr Trouillot, der im Ministerium Combes Handelsminister war, nimmt seine unterbrochene Tätigkeit wieder auf.

Nur politische Charakterisierung des Wechsels sei bemerkt, daß Herr Trouillot und Herr Dubief zu den Linksradikalen zählen. Es hat sich also in der Zusammenziehung des Ministeriums nichts geändert. Der Linksradikale Verleugung ist durch den Linksradikalen Trouillot ersetzt. Die Radikalen sehen einen „verlässlichen“ Mann im Ministerium des Innern und die Gemäßigten einen verlässlichen Mann im Kriegsministerium. Herr Rouvier hat alle zufriedengestellt, die Radikalen, die Radikaleren und die Gemäßigten.

Es ist ein Ministerium der sogenannten republikanischen Konzentration mit Ausschluß der Rechten und der Sozialisten. Herr Rouvier ist also die Sammlung „aller guten Franzosen“ gelungen. Das rekonstruierte Ministerium wird mit viel republikanischer Phrasologie und ohne Sozialpolitik regieren. Man kann ihm ein langes Leben prophezeien. Für die Sozialdemokratie besteht der Gewinn darin, daß nunmehr eine reinliche Scheidung eingetreten ist. Sie Bürgerthum, die Proletariat! Das honette Bürgerthum ohne nationalökonomische Phrasen regiert, und zwar mit einer sichereren „republikanischen Mehrheit“. Die Herr Waldeck-Roussseau-Combes ist vorbei, es beginnt die Herr Rouvier.

Die einstigen Träume von Jaures und seinen Freunden über die Annäherung der Radikalen an den Sozialismus sind verfliegen. Was die überragenden bürgerlichen Demokraten Waldeck-Roussseau und Combes zu geben bereit schienen, wird sich das Proletariat von dem engherzigen Bourgeoisliberalismus erkämpfen müssen.

Die Sozialdemokratie hat sich geeinigt und das liberale Bürgerthum hat sich geeinigt. Die sozialistisierenden Rebell sind verschlungen und die Situation ist klar zum Gefecht. Wir haben keine Ursache, uns darüber zu beklagen. —

Durchkreuzter Wahlrechtsbetrug.

Mit dem Wahlrecht zum dänischen Folkething ist es ungefähr ebenso bestellt, wie mit dem deutschen Reichstagswahlrecht: es ist nominell gleich für alle Staatsbürger — beginnt allerdings erst mit dem dreißigsten Lebensjahr — wird aber ungleich zum Schaden der städtischen Bevölkerung durch eine höchst ungerechte Wahlkreiseinteilung.

Seit vielen Jahren streben unsere Parteigenossen nach Befestigung dieses Unrechts und Erfüllung der grundgesetzlichen Bestimmung im § 32 der Verfassung, wonach auf je 16 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden soll. Endlich zu Beginn der jetzigen Reichstagsession schien es, als ob die Regierung diesem Wunsche nachkommen wollte. Aber der Gesetzentwurf, den der Ministerpräsident Christensen einbrachte, bestimmte lediglich, daß die Zahl der Folkethingsglieder von 114 auf 132 erhöht werden sollte, und durch diese Abänderung wollte der Minister den Satz des § 32 befeitigen, der die Gleichheit der Wahlkreise fordert. Es war also auf einen Beitrag abgesehen. Aber der Plan war so tölpelhaft eingeleitet, daß er mißlingen mußte.

In der vorigen Woche hat sich das Folkething in einer dreitägigen Debatte mit dem Regierungsentwurf befaßt. Die Reichtspartei suchte durch ihre Forderung der Einführung des Proportionalwahlrechts die ihr verhasste Reform womöglich ganz zu verhindern oder doch wenigstens zu verschleppen. Aber sie mußte bei einem solch volksfeindlichen Beginnen damit rechnen, daß sie bei den Neuwahlen im nächsten Jahre eine recht unangenehme Antwort von den Wählern erhalten würde. Der Sozialdemokratie und ihrem Wortführer, dem Genossen Borgbjerg, gelang es, durch eine sehr geschickte Taktik die konservativen Redner im Laufe der Debatte zum Verzicht auf ihre als Ultimatum aufgestellte Forderung zu veranlassen. Ebenso nötigte Borgbjerg den Ministerpräsidenten das Versprechen ab, daß er mit dem Folkething über eine bessere Wahlkreiseinteilung verhandeln wolle, z. B. in der Form, daß, wenn an der vorgeschlagenen Abgeordnetenzahl von 132 festgehalten wird, die Einwohnerzahl jedes Wahlkreises rund 20 000 betragen soll, und daß statt der jetzt bestehenden einfachen Majoritätswahlen die wirkliche Majorität der Wähler entscheiden soll, also Stichwahlen eingeführt werden.

Der Entwurf ist einem parlamentarischen Ausschuss überwiesen worden, dem als Vertreter der Sozialdemokratie die Genossen Görnum und Borgbjerg angehören. Kommt eine gerechte Wahlkreiseinteilung zur Durchführung, so wird eine erhebliche Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion die Folge sein, abgesehen davon, daß auch gewisse die Wahlausichten für unsere Genossen äußerst günstig sind. —

Italien.

In Turin wurde dieser Tage eine Volksabstimmung über einen Antrag des Magistrats betreffend die Uebernahme der Erzeugung und Verwertung der elektrischen Kraft durch die Stadt vorgenommen. Es hatte hierüber innerhalb der städtischen Vertretungsorgane ein großer Kampf stattgefunden, namentlich waren es die Merikalen, welche diesem Fortschritt auf dem Gebiet der städtischen Verwaltung Opposition entgegensetzten. Das Resultat ist zum Gunsten der Kommunalisierung ausgefallen. Von 38 451 Stimmberechtigten beteiligten sich 18 338 an der Abstimmung; hiervon stimmten 12 750 mit ja, 5481 mit nein. —

Mit erneuter Kraft beginnt jetzt in Italien wieder die Bewegung der Arbeiter für die gesetzliche Sonntagsruhe. Die Führung des Kampfes liegt in den Händen der Sozialdemokratie, der sich aber auch zahlreiche Kampfer aus den Kreisen des Bürgertums anschließen. So haben sich eine Anzahl kaufmännischer Vereine, Privatbeamte, Apotheker usw. zu den von dem Genossen Abgeordneten Casorri aufgestellten Forderungen im zustimmenden Sinne geäußert. Gegen 200 Demutierungen haben sich im Prinzip für die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe erklärt. —

Soziales.

S. Praktisches Christentum. Ein unerhörter Fall von „Christlicher Nächstenliebe“ wird uns aus Augsburg gemeldet. Eine Textilarbeiterin wurde auf Kosten einer Fabrikkrankenkasse in die Klinik des Diakonissenhauses gebracht, um wegen eines Unterleibsleidens operiert zu werden. Die Operation wurde um 4 Uhr nachmittags vollzogen. Kaum war die Schwerkranke am anderen Morgen unterredungsfähig, so wurde ihr bedeutet, daß sie schon am Mittwoch die Klinik wieder verlassen müsse, denn die Fabrikkrankenkasse erlaube das Beweisen der durch schwere Fabrikarbeit krank gewordenen Arbeiterin nicht länger als einen Tag. Als die Krankenschwester die Beschaffung einer Droschke in Erwägung zog, ging der Arzt darüber hinweg und meinte, die Kranke soll nur noch einige Stunden im Bett verweilen, dann werde sie schon nach Hause gehen können. Obwohl nun die Unglückliche noch nicht einmal die Folgen des Chloroformierens überstanden hatte und zwar weise noch taumelte, mußte die Schwerkranke um 2 Uhr nachmittags die Klinik verlassen und den halbstündigen Weg bei nachlassender Witterung zu Fuß antreten. Als sie unterwegs drohte zusammenzubrechen, nahm sich eine fremde Person der wandelnden Leiche an und brachte sie in ihre Wohnung, wo sie dann infolge Ueberanstrengung ohnmächtig zusammenbrach.

So geschehen im Zeitalter der Humanität. — Doch es war ja nur eine arme Textilarbeiterin! —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. November 1905.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Das Ergebnis.

Die gestern beendeten Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung hatten folgendes Resultat:

Wahlkreis:			
Sozialdemokraten	1905	1904	
Historius	1866	1195	3819
Böhme	1563	1195	3816

Wahlkreis:

Haupt . . . 1645 (1903 1363) Kirchner . . . 764 (1903 740)
Zwei der Altstadt sind noch 40 Stimmen für Historius als Stadtverordneten auf 5 Jahre, für Böhme 42 Stimmen als Stadtverordneten auf 3 Jahre abzugeben worden. Sie müssen zu dem obigen

hingezählt werden. In derselben Weise hat Vo. per 8 und Pessi 3 Stimmen mehr erhalten, die in obiger Zahl nicht enthalten sind.

In W u d a u hat Voepel noch 7, Pesse 2 Stimmen erhalten, die sich Herr Kirchner anrechnen darf. Verglichen mit dem Ergebnis des Wahlkampfes vor 2 Jahren in dem gleichen Stadtbezirk haben wir nahezu 300 Stimmen gewonnen, die Gegner 33. Sie werden jetzt wohl einsehen, daß Budau ein sicherer Besitz der Sozialdemokratie ist, der ihnen auch nicht durch plumpe Ueberrumpelungen entzogen werden kann. In der W o l k s v e r s a m m l u n g im „Thalia“-Saal, die äußerst zahlreich besucht war, wurde das Wahlergebnis mit großer Freude aufgenommen. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses der Stadt sprach Genosse Haupt über den Ausgang des Kampfes, zum Ausbilden in unserm Kampfe und zu lebhafter Agitation auffordernd. Die Absicht des Budauer Ausschusses, aus Budau ein zweites Spandau für die Sozials zu machen, wie in der Versammlung im „Wider“ großsprecherisch verkündet wurde, ist elend gescheitert. Es fehlte dazu in Budau an den nötigen — a b h ä n g i g e n Elementen, die man einfach zur Wahl kommandieren kann.

Zur Würdigung des Wahlergebnisses in der Altstadt ist es notwendig, die Schlüsselschlüsse des vorigjährigen Wahlganges, der 4 Tage dauerte, hier mitzuteilen. Damals entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten mit der höchsten Stimmengahl 2318, auf den bürgerlichen Kandidaten mit der höchsten Stimmengahl 4535 Stimmen. Es fehlten also unseren Genossen noch 452, den Gegnern 716 Stimmen an dem im vorigen Jahre erzielten Resultat. Wäre auch in diesem Jahre 4 Tage gewählt worden, dann würden offenbar auf beiden Seiten mehr Stimmen abgegeben worden sein. Die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten wäre aber auch dann nicht erfolgt. Zahlenmäßig haben in der Altstadt die bürgerlichen und die abhängigen Wähler ein gewaltiges Übergewicht über die Arbeiterwähler. Die Angst vor der Sozialdemokratie ist dabei so stark, daß selbst ein Voepel bedingungslos mit in den Kauf genommen wurde, aus Furcht, unsere beiden Genossen könnten sonst gegenständig in die Stichwahl kommen. Das wäre auch die einzige Möglichkeit für uns gewesen, andre als agitatorische Erfolge in der Altstadt zu erzielen.

Bei der Stadtverordnetenwahl der ersten Abteilung in Budau machten von 35 Wahlberechtigten 16 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Sämtliche Stimmen wurden für den bisherigen Stadtverordneten Volkmar Bartels abgegeben.

Die gestern abend stattgefundene Volksversammlung im „Weißen Hirsch“ hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Genosse Landsherg verstand es, in seinem Vortrag über „Gegenprozesse“ die volle Aufmerksamkeit der Hörer zu fesseln. Da dieser Vortrag schon einmal in Aussicht an dieser Stelle wieder gegeben wurde, erübrigt es sich, noch einmal näher darauf einzugehen. Meiner Beifall lohnte den Redner. Genosse Giese gibt hierauf die Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahl in Altstadt und Budau bekannt. Giese'se Bemerkungen über die Möglichkeit der Genossen bei der Flugblattverbreitung und forderte zur Agitation für die „Volksstimme“ und den sozialdemokratischen Wahlverein auf.

Folgende Anfrage ist von unseren Genossen dem Stadtverordneten-Vorsteher mitgeteilt worden:

Der Magistrat hat die Nachricht, daß das Wasserwerk kürzlich seinen Betrieb in erheblichem Maße einschränken mußte, lediglich im „Amtlichen Anzeiger“ und in der „Magdeburger Zeitung“ bekannt gegeben. Weshalb ist diese für die ganze Bevölkerung so außerordentlich wichtige Nachricht nicht in allen hiesigen Tageszeitungen veröffentlicht worden?

Hoffentlich kommt diese Anfrage morgen noch zur Verhandlung.

Die Dampfdruckerei Behling in der Fettehennenstraße gehört zu denjenigen Betrieben, welche jedem Arbeiter, der den Schmachtritten enger ziehen will, nur empfohlen werden kann. Vor kurzer Zeit erst gab dieser liebenswürdige Herr Gelegenheit, ihn vor das Innungsschiedsgericht zu fordern, weil er, à la Tischlermeister Meißner, in der zweiten Arbeitswoche weniger Lohn zahlen wollte, ja sogar noch weiter ging und den, nach seiner Meinung in der ersten Woche zuviel gezahlten Lohn, in der zweiten wieder abzog. Damals erklärte Herr Behling, daß erst zwei Wochen bei ihm gearbeitet werden müsse, ehe er wisse, was er dem betreffenden Arbeiter für Lohn zahle. Selbstverständlich stimmten ihm die ehrbaren Postmeister, welche als Beisitzer fungierten, zu, und da diese die Anschauung des Herrn Behling für richtig hielten, glaubten die Arbeitnehmerschlichter ebenfalls auch, sich dieser Anschauung anschließen zu müssen, weshalb der Arbeiter um seinen ehrlich verdienten Lohn kam. Heute ist schon wieder Gelegenheit, den Magdeburger Drechslergesellen zeigen zu können, wie Behling bemüht ist, Lohnrückerei zu treiben. Ein Drechsler erhielt in der ersten Woche 32 Pf., in der zweiten 1 Pf. Zulage, also 33 Pf. Nun war Behling jedenfalls der Meinung, daß der Gehalt bei dieser Zulage von 1 Pf. auch eine derartige Lohnrückerei wie sein Arbeitgeber sich zulegen könnte, weshalb der Drechslermester Behling ihm 160 Mark für angeliehene verputzte Arbeit abzog. Der Arbeiter konnte nun Betrachtungen darüber anstellen, was er mit den zur Anszahlung gelangten circa 16 Mark unter den heutigen Verhältnissen anfangen soll. An die Drechslergesellen ergeht deshalb die dringende Mahnung: meidet den „Musterbetrieb“ des Drechslermesters Behling in der Fettehennenstraße.

Handelsartikel und Nichtverladensfähig. Die Magdeburger Güterbesitzer Fischer und Bergemann sollten die Befreiungsmachung über den Nichtverladensfähig vom 22. Dezember 1904 in Verbindung mit den §§ 139e und f der Gewerbeordnung dadurch übertreten haben, daß sie am 10. Januar 1905 bzw. am 14. Februar 1905 noch nach 8 Uhr abends in ihren Geschäftsräumen anlässlich der Veranstaltung von Karnevalabenden Karnevalsartikel, Karnevalklappen und dergleichen, feilbieten ließen. Das Landgericht Magdeburg als Berufungsinstanz sprach jedoch die Angeklagten mit der Begründung frei, daß der Verkauf jener Artikel nicht über den Rahmen des Geschäftsbetriebs und Schaufelwerbes hinausgegangen sei. Der Verkauf solcher Artikel an einem vom Geschäftsbetrieb getrennten Karnevalabend sei lediglich ein zulässiger Ausfluß des Schaufelwerbes. Die Bestimmungen über den Nichtverladensfähig könnten darauf keine Anwendung finden.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und erklärte es für unstatthaft, daß Karnevalsartikel nach 8 Uhr abends in einer Schaufenster- und Geschäftsbetriebs feilgehalten würden. Es seien dies Waren, die nicht auf der Stelle bezogen werden sollten, sondern auch mitgenommen werden könnten.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft am 13. November mit folgender Begründung: Der Vordereichter irrte nicht, wenn er annahm, daß die Bestimmungen, die sich auf den Ladenschluß bezögen, nicht anwendbar seien auf Restaurationen, in denen während der Feiern Karnevalklappen und dergleichen auch noch nach der für offene Verkaufsstellen festgesetzten Schlußzeit käuflich seien. Dieser ganze Betrieb des Verkaufs der Karnevalsartikel habe doch nur die Bestimmung, Gäste in das Lokal zu ziehen und sie dort festzuhalten; sie sollten sich schmücken und nach Möglichkeit lange verweilen. Die Möglichkeit, die Artikel mitzunehmen, liege ja vor; aber es sei nicht die Absicht des Wirtes, sie zu schaffen. Der Verkauf der Karnevalsartikel unter den fraglichen Umständen gehöre ebenso zum Gast- und Schaufelwerbesbetrieb, wie es dazu gehöre, wenn ein Gast, der seine Zigarrenspitze vergessen habe, sich eine beim Wirt kaufe, um gemüthlicher im Lokal weiter rauchen zu

können, oder wenn der Wirt Unachtsamkeiten verkaufe, damit der Gast sie in seinem Lokal schreibe und so länger an den Tisch gesesselt sei.

Wiel Lärm um nichts. Die gerichtliche Untersuchung über das in Thale gefundene Skelet ist nun zum Abschluß gelangt und hat ergeben, daß keine Rede davon sein kann, daß das Skelet die Ueberreste des 1891 verführunden Kaufmanns Schmidt darstellt. Nach der Beschaffenheit der Knochen müssen diese bereits 100 Jahre in der Erde gelegen haben. Außerdem kamen sie, nach den Zähnen zu urteilen, von einem Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren. Spuren gewalttamer Verletzung sind nicht festgestellt worden. Es war nicht mehr zu ermitteln, ob die Knochen von einer Person weiblichen oder männlichen Geschlechts herrühren. Die Nachricht von der Verhaftung des angeblichen Täters in Düsseldorf wurde ja schon von vornherein dementiert. Die Staatsanwaltschaft war also nichterner gelassen wie der übereifrige Berichterstatter, der „Magdeb. Ztg.“, der das Phantasiestückchen erzeugt und Thale in Aufregung versetzt hatte.

Wann ist das Rauchen gesundheitsgefährlich? Man sollte es kaum glauben, daß bei einem so ungeheuer verbreiteten Genussmittel, wie es der Tabak ist, noch so wenig sichere Kenntnisse darüber herrschen, ob dasselbe im allgemeinen als gesundheitsgefährlich zu betrachten ist oder nicht. Selbst aus ärztlichen Kreisen hört man die widersprechendsten Meinungen äußern, jedoch gewinnt es den Anschein, als ob neuerdings dem Tabakrauchen für die Entziehung von Krankheiten eine erhöhte Bedeutung zugemessen würde. Namentlich will man jetzt die neuerdings soviel genannte Ueberveralkung auf übermäßiges Rauchen zurückführen, und das zeitweise auftretende Hüsten, eine Form der Ueberveralkung, ist von Professor Erd hauptsächlich bei Rauchern angetroffen worden, auch experimentell hat man bei Tieren, denen man Tabakabsud einspritzte, Veralkung der Gefäße auftreten sehen. Man mag über den Tabak im übrigen sagen was man will, das steht einwandfrei fest, daß zahllose Raucher trotz fortwährendem reichlichen Tabakgenusses ein hohes Alter erreichen. Es scheint aber in dieser Hinsicht, was bis jetzt zuwenig beachtet wurde, doch auch die Konstitution der Raucher sehr in Betracht zu kommen. Wie bei dem Alkohol, so ist auch beim Rauchen die Aufnahmefähigkeit des einzelnen sehr verschieden. Ein kräftiger Mensch kann hier mehr vertragen als ein schwächlicher. Schädlich ist das Rauchen auf alle Fälle für Kinder und junge Leute, schädlich ferner der übermäßige Tabakgenuß, also der Genuß von täglich mehr als sechs Zigaretten. Die häufigsten Folgen des übermäßigen Tabakgenusses sind: chronischer Magen- und Kehlkopfkatarrh, Husten, Heiserkeit, Bindehautkatarrh und Schjchwäche. Das Rauchen von Zigaretten ist am schädlichsten, weil sie am leichtesten im Uebermaß genossen werden. Die Pfeife steht in der Mitte zwischen der Zigarette und Zigarrete. Schädlich ist ferner der Genuß von feuchtem und minderwertigem Tabak. Er ist es, welcher namentlich Herzstörungen hervorruft: Herzklappen, Beklemmungen, Herzschmerzen und unregelmäßigen Puls. Man soll eine Zigarette niemals bis zum Ende rauchen, auch ist es zweckmäßig, bei Rauchen der Zigaretten Spikes zu verwenden. Der englische Arzt Gersoy verurteilt neuerdings eine Art Ehrenrettung des Tabaks. Er ist der Ansicht, daß die durch Tabakmißbrauch entstehenden Erkrankungen durch gleichzeitigen Alkoholgenuß in hohem Maße verstärkt werden, und häufig letzterer die Hauptursache der angeblichen Tabakschädigung darstelle. Auch die Schädigung der Nahrungsmittelorgane bestreift Dr. Gersoy, da eine Umfrage bei Rednern und Sängern, die stark rauchten, das Gegenteil ergab, auch hier war es meist der Alkoholgenuß, der nachteilig wirkte. Ja von manchen Seiten wird gar ein wohlthätiger Einfluß des Tabaks auf die oberen Luftwege angegeben.

Von der Strafe. Zwei Pferde, die vor einem Rollwagen der Firma Krupin gespannt waren, gingen in der Werkstraße infolge Scheinwerbers nach dem Vorfahrer zu durch. Dabei wurde, wie wir gestern schon meldeten, der Droschkentischer Karl Kühne aus Cracau überfahren, so daß er ins alstädtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Das Fuhrwerk kam erst am Häuschen des Brückengeld-Einnehmers zum Halten, indem die Tiere mit der Wagenbesetzung gegen das Haus rannten und dabei eine Gefährdung verursachten. In der Nähe des Kaiser-Wilhelmplatzes brach am Dienstag morgen an einem der hohen Postkutschenwagen ein Hinterrad. Postillon und Schaffner kamen mit dem Schreck davon.

Ein Wild aus unserer „Schönen Welt“. Ein 60 Jahre alter Mann, der sich mühsam auf zwei Krücken weitergeschleppte, war am Dienstag abend spät auf dem Trottoir gegenüber dem Rathauskolonnaden hingestürzt und eingestürzt. Es hatten ihm die Mittel zur Ueberwindung in einer Herberge gefehlt. Nachdem er von Passanten aufgefunden worden war, veranfaßten mitleidige Seelen eine kleine Sammlung, deren Ergebnis ihm ein Nachtlager in einer Herberge gestattete!

Töblicher Unfall. Dem auf dem Gensow-Werk beschäftigten Arbeiter Paul Gräse aus Sudenburg fiel am Dienstag ein großes Eisrad auf den Körper, der arg gequetscht wurde. G., der außerdem erhebliche innere Verletzungen erlitt, wurde in das Sudenburger Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb. Der seit einem Jahre verheiratete so plötzlich ums Leben gekommene hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. Die Frau befindet sich wegen Krankheit ebenfalls im selben Krankenhaus, und zwar seit 31. Oktober. Und 14 Tage später stirbt ihr Gatte in der Anstalt, in der seine Frau krank daniederliegt. — Proletarierschicksal!

Von der Feuerwehr. Infolge Meldung von verschiedenen Meldern rückten Dienstag abend gegen 8 1/2 Uhr zunächst vier Fahrzeuge der Hauptwache und dann nach die Wachen Neustadt und Budau nach dem Grundstück Garzdorferstraße 9, wo dicht neben dem Neubau der katholischen Kirche und des Hfls zwei Gebäuden in Brand geraten waren. Infolge Sperrung der Straße mußte die Feuerwehr bis zur Brandstelle einen größeren Umweg machen, auch war das Anfahren infolge des grundlosen Weges sehr schwierig. Das Feuer wurde mittels zweier Strahlrohre gelöscht, die schon in Brand geratene zweite Gebäude konnte erhalten werden. Nach zweistündiger Arbeit konnte der erste Zug wieder abrücken. — Infolge mangelnden Schutzes der Dielen vor einem Regen entstand im Hause Schönbeckerstraße 118 am Mittwoch vormittag 9 Uhr ein Fußbodenbrand, der von der Wache Budau mit kleinem Löschgerät beseitigt wurde.

Jokus-Theater. Der große Erfolg, den das Berliner Sittenbild „Eine Gefallene“ am Sonntag und Montag hatte, veranlaßt die Direktion, das Stück die ganze Woche auf dem Repertoir zu lassen. Wir werden gebeten darauf hinzuweisen zu wollen, daß nur Erwachsene zu „Eine Gefallene“ Zutritt haben.

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

* London, 15. November. Nach Meldungen, welche über Japan und Shanghai hierher gelangt sind, ist die Bevölkerung von Wladiwostok in vollem Aufbruch. Es finden heftige Straßenkämpfe zwischen den Aufständischen und den Truppen statt. Bei diesen Zusammenstößen sind viele Personen ums Leben gekommen. Die ausländischen Einwohner haben ihre betreffenden Regierungen ersucht, Kriegsschiffe zu ihrem Schutze nach Wladiwostok zu entsenden. Die Vorgänge in Wladiwostok lenken die Aufmerksamkeit auf die Lage

in Wladiwostok, die gar keine Nachrichten über die Ereignisse in Ostchina zwischen Tientsin und Wladiwostok vorhanden sind. Man glaubt daher, daß auch Sibirien durch revolutionäre Wirren erschüttert sei.

* Moskau, 15. November. Die Menteerei in Wladiwostok nimmt immer größere Dimensionen an. Seit Sonntag nacht steht die Stadt in Flammen. Sämtliche Läden, viele Kronegebäude und öffentliche Gebäude eingeebnet; die halbe Stadt ist in einen Trümmerhaufen verwandelt. Offiziere dürfen sich nicht auf den Straßen zeigen. Unter den zahlreichen Verwundeten und Getöteten befinden sich Frauen und Kinder.

* Petersburg, 15. November. Für heute wird eine Kundgebung des Baren erwartet, die den Bauern die Ueberweisung von Staatsländereien zu niedriger Preise, rückzahlbar ratenweise innerhalb hundert Jahren, zusichert.

* Petersburg, 15. November. Festigen Privatmeldungen zufolge sind 24000 gut bewaffnete Aufständische im Besitz von Georgia (Kaukasus). Georgia ist seit vielen Tagen vollständig von dem übrigen Teile Rußlands abgeschnitten. Die Aufständischen traten den Truppen bewaffnet entgegen. Man macht hier kein Geheimnis daraus, daß mindestens zwei Armeekorps erforderlich wären, um das Gebiet zurückzuerobern. Es ist aber unmöglich, auch nur ein Armeekorps zu diesem Zwecke zu entsenden, da man die übrigen Teile des Kaukasus von Truppen nicht entblößen darf. Selbst wenn es möglich wäre, ein Armeekorps zu entsenden, hätten die russischen Behörden gar keine Mittel, sie nach Georgia zu transportieren, da der Verkehr auf sämtlichen kaukasischen Eisenbahnen ruht. Die Lage im Kaukasus ist hoffnungslos. Rußland wird einen langen schmerzlichen Feldzug führen und viele Millionen ausgeben müssen, um die russische Herrschaft im Kaukasus wieder zu errichten.

* Petersburg, 15. November. Der Scherleppse wird von hier telegraphiert: Die Untersuchung der Kronstädter Revolte nähert sich ihrem Ende. Die Helden dieses Dramas sollen erschossen werden — doch aus allen Schichten der Gesellschaft erheben sich Stimmen, die vor der Ausführung dieser Todesurteile warnen, die in so furchtbare Zeit der Gärung ungläubliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Zunächst will die Geistlichkeit mit dem vielgenannten Priester und Schriftsteller Petrov sich an den Baren um Milde rung der Strafe für die Menteerer wenden, sodann tritt fast die gesamte Residenzpresse gegen die Verhängung von Todesurteilen auf, endlich sammelt die Einwohnerschaft von Kronstadt Unterschriften für eine im gleichen Sinne gehaltene Petition. Die Kronstädter Bürger hätten bis jetzt stets friedlich mit den Matrosen zusammengelebt. Alle diese Proteste sollen der Regierung beweisen, daß die Schuld der meuternden Matrosen geringer sei als die der Regierung, deren Indolenz jene unerträgliche Lage im Marinewesen geschaffen, die nun endlich zur Explosion geführt habe. — Unter den jetzt zurückgekehrten Emigranten befindet sich auch die vor 28 Jahren vielgenannte Sozialdemokratin Wera F. Lissitzkaja, die auf den damaligen Petersburger Oberpolizeimeister Trepow, den Vater des jetzigen Palastkommandanten Trepow, ein Revolverattentat verübt hatte.

* Berlin, 15. November. Die Reichsregierung hat die Strafkammer des Landgerichts 2 zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die frühere verantwortliche Redakteur Blittner gestern von der 2. Strafkammer des Landgerichts 2 zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Karlsruhe, 15. November. Das Militärvereinspräsidium hat eine Erklärung zu der Haltung mancher Mitglieder der Kriegervereine bei den Stichwahlen erlassen. Das Präsidium besteht nach seiner Unterredung mit dem Großherzog nachdrücklich darauf, daß es zwischen Militärvereinen und Sozialdemokratie absolut keine Interessengemeinschaft geben könne. Der Gegensatz zwischen beiden verbiete durchaus die Stimmgabe für die Sozialdemokratie. Mit denjenigen Militärvereinen, die öffentlich zu: Wahl von Sozialdemokraten aufgefordert hätten, werde man noch abreden nach Anhörung der Gauvorsitzenden. Die andern seien über die Aufständischen des Präsidiums zu belehren. — Ob die „diffidenten“ Mitglieder der in Frage kommenden Kriegervereine eine solche Belehrung durch das Präsidium sich gefallen lassen wollen, ist ihre eigene Sache. Andre Erachtens hätte das Präsidium eher eine Belehrung darüber nötig, doch es nicht Sache der Kriegervereine ist, sich um politische Vorgänge zu kümmern. Der zweite Weg ist der, daß diejenigen Mitglieder, die auf die Bekämpfung ihres Stimmrechtes nicht verzichten wollen, solchen Vereinen einfach den Rücken kehren.

* Dresden, 15. November. In der heutigen Staatsberatung in der Zweiten Kammer führte der Finanzminister Dr. Müller aus, die beabsichtigte Betriebsmittelgemeinschafter der Staatsbahnen sei tatsächlich an staatsrechtlichen, finanziellen und staatsrechtlichen Gründen gescheitert. Uebriggeblieben sei nur der beabsichtigte Plan der gemeinsamen Benutzung des Güterwagengarns, dem die sächsische Regierung sehr geneigt zustimme. Bezüglich der Umleitung der Güter seien neue Abmachungen zwischen den Verwaltungen getroffen, nach denen künftig jede Willkür ausgeschlossen sei. Das Freigepäck auf den Bahnen müsse aufgehoben werden, denn es stelle eine Ungerechtigkeit gegen die Reisenden ohne Gepäck dar. — Ob die Reichsfinanzreform den Finanzen der Bundesstaaten Erleichterung bringe, lasse sich mit Wahrscheinlichkeit nicht absehen. Es sei daher Vorsicht geboten, sonst könnten sich die Landesfinanzen plötzlich vor peinlichen Ueberraschungen sehen.

* Christiania, 15. November. Gestern abend 12 Uhr lag das Ergebnis der Volksabstimmung aus 435 Wahlkreisen vor. Danach waren 242518 Stimmen mit Ja und 64081 Stimmen mit Nein abgegeben worden. Die Regierung wird morgen im Storting einen Gesetzentwurf betreffend die Vornahme der Königswahl einbringen.

* Wien, 15. November. In Lemberg versuchten gestern abend Studenten eine Demonstration gegen das russische Konsulat. Sie gerieten in Kampf mit der Polizei. Von beiden Seiten wurde geschossen; viele Studenten wurden verwundet, darunter zwei schwer.

Briefkasten.

Langenweddingen. Zuschriften ohne Unterschrift können wir unter keinen Umständen veröffentlichen. — S. G., Neustadt. Wenn Ihre Wohnung feucht ist, können Sie vom Vermieter innerhalb einer bestimmten Frist Abhilfe verlangen. Erfolgt diese nicht, dann können Sie die Mietzahlung verweigern, oder, falls die Wohnung nur zum Teil untauglich ist, einen Teil der Miete einbehalten. Ohne Kündigung ausziehen können Sie nur, wenn die Benutzung der Wohnung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist. Das letztere müssen Sie durch ein ärztliches Urteft nachweisen können.

Gewerbezeitungs-Beifügung. Sitzung Donnerstag den 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Böhme, Kl. Klosterstraße 15-16

Enorme Reduction!

Nachdem wir unsern Zweck erreicht und das Publikum von der hervorragenden Güte unserer

SARITA DIAMANTEN

der besten Imitation der Welt,

überzeugt haben, werden wir sie in Zukunft durch Agenten verkaufen lassen. Inzwischen verkaufen wir unsere wunderbaren, entzückenden, brillirenden Steine, gefasst in.

Ringe, Broschen, Ohrringe, Cravattennadeln, Armbänder etc. etc.

die früher **8** Mark gekostet haben, für

4

Mark das Stück incl. Fassung

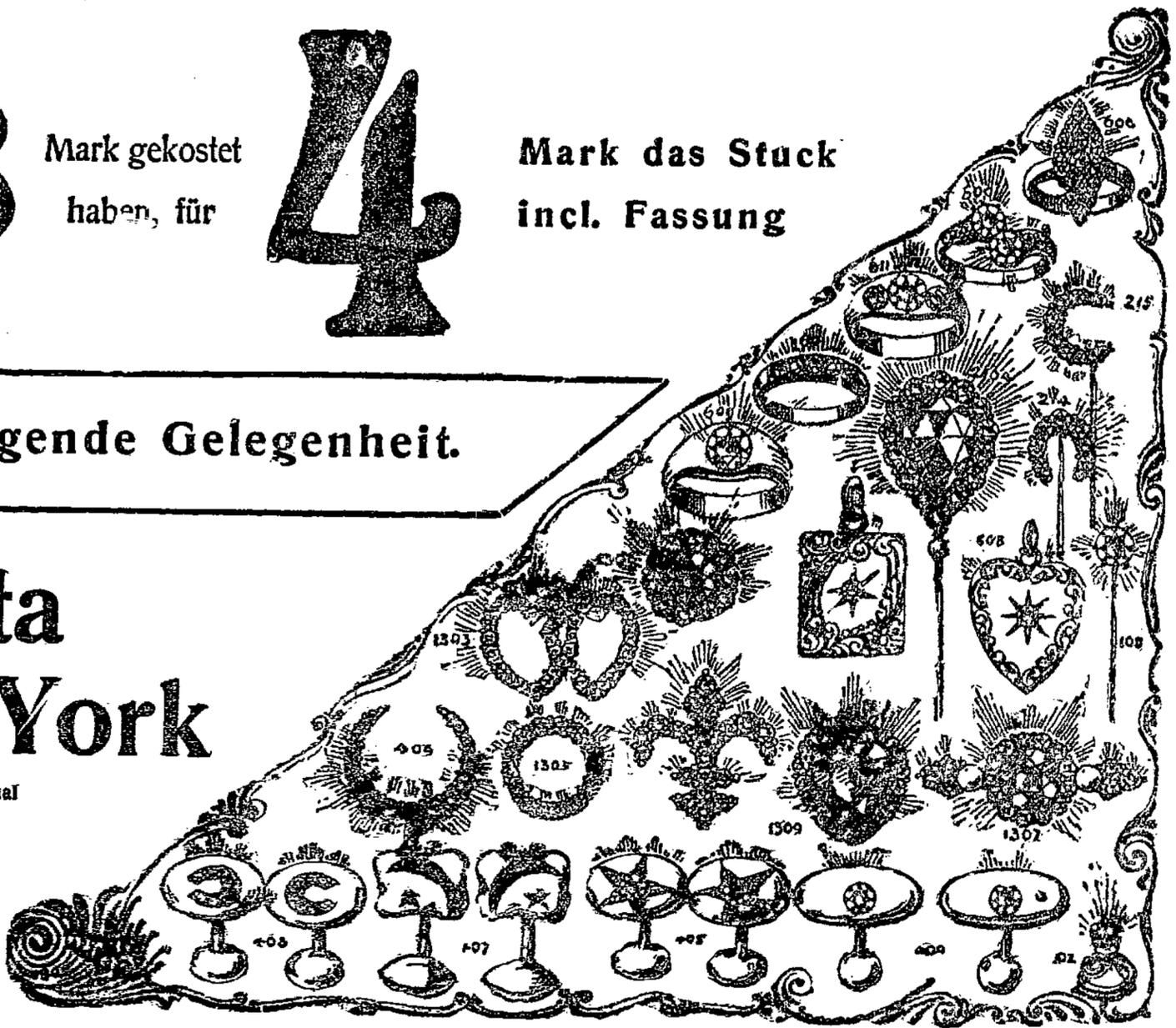
Hervorragende Gelegenheit.

Sarita
of New York

Isaac Blumenthal

Breiteweg 47

Magdeburg



Eingetroffen ist:

Die chronische Darmschwäche
das Grundübel des Kulturmenschen,
ihr Einfluss auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung.
Von Dr. med. Paczkowski, Arzt in Köln a. Rh.
Buchhandlung Volksstimme.

Uhren jeder Art, auch wenn sie verdorben sind, werden gut u. billig repariert. — Neue Uhren sehr billig. 117.
Merker, Uhrmacher
Rotekrebsstr. 27-28.

Littauer's Schnellnäher
machen in der Minute angehend 2000 Stiche, nähren vor- u. rückwärts, und sind die vollkommensten und leistungs- fähigsten Nähmaschinen der Gegenwart.
Außerdem empfehle: vor- u. rückwärtsnähende Schwing- schiff-, Zentral-Bobbin-, Ring- schiff-, Schuhmacher-Maschinen (deutsche Langschiff 50 Mt.) u. Wasch- maschinen. — Ohne Anzahlung wöchentlich 1 Mark Abzahlung. Bei Barzahlung hoher Rabatt.
Nadeln, Oel, Ersatzteile billigst. Gründlicher Unterricht gratis. Reparaturen werden gut und billigst ausgeführt. — 5jähr. Garantie.

Nähmaschinen- Spezialgeschäft
Louis Littauer
Breiteweg 272, 1448

Tannenzweige
zum Bedecken von Gräbern, sowie
Kränze, Kreuze in allen Preislagen
zum Totenfest in großer Auswahl, ferner
Obstbäume, Sträucher, Rosen hochstämmig und niedrig
zur jetzigen Pflanzzeit empfiehlt
Adolf Hänsch, Handelsgärtnerei
Magdeburg-Neustadt, Nachtweide No. 71
Fernsprecher Nr. 3668. 1441

Trauer-Magazin Glass & Co.
Magdeburg, Breiteweg 193/194. Telephon 1049.
Trauerkleider, Trauerkostüme, Trauerhüte, Trauer- blusen, Umänderungen, Auswahlfendungen sofort ins Haus. 1?

Jeder Zigaretten-Raucher

verlange und rauche nur Zigaretten der
Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft Dresden
(Eingetr. G. m. b. H.)

No. II 10 Stück 20 Pf. || No. III 10 Stück 30 Pf.

Generalvertretung

Otto Lohmann Magdeburg Halberstädterstr. 41

Nähmaschine gut näh., unter Sozialdemokratisches Lieber-
Garantie für buch. Preis 40 Bfg. Zu haben
18 Mt. zu verl. Bahnhofstr. 54, pt. in der Buchhandlung Volksstimme.